



Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 6. Juli 2006

57. Jahrgang / Nummer 13



Das Podium (v. l.): Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Innenminister Dr. Günther Beckstein, Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl, KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun, Manfred Hölzlein, Präsident des Verbandes der Bayerischen Bezirke, Wirtschaftsminister Erwin Huber und Landrat Roland Schwing.

Kleiner CSU-Parteitag in Amberg:

Starke Kommunen - starkes Bayern!

„Nirgendwo ist die CSU näher an den Menschen als in den Kommunen“, betonte Parteichef Edmund Stoiber beim Kleinen Parteitag im oberpfälzischen Amberg. Nur die CSU könne die Interessen der Kommunen auch in Berlin und Brüssel wirksam durchsetzen und nur in dieser Partei seien die Kommunalpolitiker in allen Gremien der Partei mit starken Persönlichkeiten vertreten.

„Unsere Kommunalpolitiker sind das Rückgrat der CSU“, sagte Stoiber und dankte stellvertretend den Spitzenvertretern Luitpold Braun (KPV-Landesvorsitzender), Städtetagsvorsitzendem Hans Schaidinger, Landkreistagspräsident Theo Zellner, Gemeindetagspräsident Uwe Brandl sowie dem Präsidenten des Verbandes der Bayerischen Bezirke, Manfred Hölzlein.

Entschließung

Einstimmig verabschiedeten die rund 200 Delegierten eine Entschließung mit dem Titel „Starke Kommunen - starkes Bayern“, in der ein „Bündnis“ mit den Kommunen in Bayern angestrebt wird. Den Städten und Gemeinden wird eine finanzielle Planungssicherheit bis zum Jahr 2013 zugesagt. „Die

CSU“, so heißt es in dem Papier, „ist die Kommunalpartei in Bayern“. Sie bekenne sich zu starken Kommunen als Garanten für Selbstverantwortung, Bürger-nähe, soziales Miteinander und

Transparenz in Bayern. Deshalb sei es für die CSU eine Daueraufgabe von hoher Priorität, die kommunale Selbstverwaltung zu wahren und zu stärken. Auch die in den Kommunen rechtmäßig lebenden Ausländer müssten Teil dieser Bürgergesellschaft werden. Die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund sei eine entscheidende Zukunftsaufgabe, um den Zusammenhalt (Fortsetzung auf Seite 4)

Streik an kommunalen Krankenhäusern:

Bedenkzeit für Arbeitgeber

Nach dem dreimonatigen Arbeitskampf an den Universitäts-Kliniken haben es die Patienten in Deutschland nun mit einem weiteren großen Ärztestreik zu tun. Bei einer Urabstimmung der Ärztegwerkschaft Marburger Bund (MB) unter den Ärzten an Kreiskrankenhäusern und städtischen Kliniken sprachen sich 97,1 Prozent der Teilnehmer für einen Arbeitskampf aus. Erste Streiks gab es inzwischen auch in Bayern.

In dieser Woche haben die städtischen Krankenhäuser eine Streikpause eingelegt. „Wenn die Gegenseite die Bedenkzeit nicht nützt und mit keinem vernünftigen Angebot kommt, werden in der nächsten Woche die

Streiks fortgesetzt“, sagte der stellvertretende Geschäftsführer des Marburger Bundes Bayern, Werner Horn. Im Freistaat sind rund 6.000 Mediziner in neun Städten zum Streik aufgerufen: in München, Nürnberg, Augsburg, Altötting, Berchtesgaden, Haar, Landshut, Traunstein und Fürstenfeldbruck.

Vor Festlegung des Finanzausgleichs:

Rückendeckung für Spitzenverbände

Kommunalvertreter im Gespräch mit Landtags-CSU und -SPD

Vor den entscheidenden Verhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit dem bayerischen Finanzminister über den Finanzausgleich im Nachtragshaushalt 2006 und die Voraussetzungen für den bayerischen Doppelhaushalt 2007/08 hatten sich Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke in Gesprächen mit den Landtagsfraktionen der CSU und SPD um Rückendeckung für ihre Forderungen an den Freistaat bemüht.

Theo Zellner vom Landkreistag fasste namens der vier zusammen, man habe nicht nur Verständnis gefunden, sondern auch die Bereitschaft, auf die Forderungen einzugehen; insbesondere was die Bauinvestitionen, den Kostenausgleich für Hartz IV und die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips im Schulbereich betrifft. Die beiden Fraktionsvorsitzenden begrüßten andererseits das Bestreben der vier Verbände, interne Streitigkeiten beizulegen oder hintanzustellen.

Die CSU hatte die zu ihr gehörenden Verbandsvorsitzenden erstmals zu ihrer Fraktionsklausur in Wildbad Kreuth eingeladen (GZ 1/2, 19.1.06), die große Oppositionsfraktion empfing die vier kurz vor dem Spitzengespräch mit dem Finanzminister zu einer Konferenz mit ihrem er-

weiterten Vorstand im Maximilianeum; auch das eine Premiere. Zuvor beim 7. Bürgermeister- und Landrätetag der SPD im Plenarsaal des Landtags hatte SPD-Fraktionschef Franz Maget die 190 anwesenden sozialdemokratischen (Ober)Bürgermeister und Landräte beschwörend ermahnt, gegenüber Finanzminister Prof. Kurt Falthäuser geschlossen aufzutreten.

Unterschiedliche Kostenbelastung

Unter anderem kamen die Differenzen zwischen Städten und Gemeinden über die unterschiedliche Kostenbelastung als Folge der Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe nach Hartz IV und über die Zweitwohnungssteuer zur Sprache. Ohne geschlossene Front wären die Kommunalpolitiker der Staatsregierung hilflos ausgeliefert“, warnte Maget.

Während beim Bürgermeistertag noch kontrovers unter den SPD-Politikern diskutiert wurde, gab es tags darauf im Gespräch der Verbandsvorsitzenden mit dem Fraktionsvorstand keine Gegensätze. „Wer hofft, dass wir uns auseinander dividieren lassen, der irrt“, betonte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl vor der Presse.

Weg von der Rasenmähermethode

CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann hatte in Kreuth von „atmosphärischen Verbesserungen“ gesprochen. Für die Etatberatungen im Landtag stellte er später im Pressegespräch in Aussicht, man werde weiter versuchen, bei notwendigen Haushaltskürzungen „von

der Rasenmähermethode etwas wegzukommen“. Zur Zweitwohnungssteuer unterstrich Herrmann, sie zu erheben, bleibe den Städten und Gemeinden anheim gestellt. Die CSU werde die vor zwei Jahren auf dringenden Wunsch zahlreicher Kommunen zugelassene Steuer nicht wieder verbieten. Auch eine gesetzliche Regelung für die Erhebung werde es nicht geben.

Der Kuchen muss größer werden

Für die SPD geht es laut Maget darum, den Finanzausgleich über die bisherigen rund 5,65 Milliarden Euro hinaus aufzustocken. „Der Kuchen muss größer werden.“ Maget und Helga Schmitt-Bussinger als kommunalpolitische Sprecherin verwiesen beispielhaft auf die Bauinvestitionen der Kommunen, die in den letzten zehn Jahren von 4,5 auf 2,9 Milliarden Euro zurückgegangen seien. Im Gespräch mit den vier Verbandsvorsitzenden war von rund 200 Millionen Euro Aufstockung die Rede. **rm**



Nichts ist mehr so, wie es einmal war - dank Bruno dem Bären. Der Bürgermeister war froh, in dieser heiklen Angelegenheit keine Entscheidung fällen zu müssen. Über das gesplante Verhältnis des Menschen zur Natur nachzudenken, lohnt sich nach seiner Ansicht aber allemal. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Nachtragsetat 2006 ohne neue Schulden	2
Krankenhäuser sollen gestärkt werden	2
Stoiber verleiht Verdienstorden	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Autofahrer sind EU-Prügelknaben	3
„Limes-Konferenz“ in Weißenburg	3
Bayern für Neuorientierung der Zuwanderungspolitik	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunal Finanzen	5 - 8
Abfall - Umwelt	9 - 12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16



Spielend lernen mit allen Sinnen: Für die Kinder der Schwanfelder Grundschule stand ein lebhafter und erlebnisreicher Unterricht auf dem Programm. Drei Tage lang war die Rollende Spielkiste mit dem Projekt „Entdecke die Hecke“ zu Gast in der Klasse 2b (vgl. Seite 12).

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Nachtragsetat 2006 ohne neue Schulden

Finanzminister Faltlhauser: Kommunale Investitionen werden gestärkt

Als Dokument der Solidität und der Verantwortung vor zukünftigen Generationen hat Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser den Nachtragsetat 2006 im Landtag eingebracht. Der von 35.099 Mrd. Euro im Stammbudget auf 35.109 Mrd. Euro erhöhte Gesamthaushaltsplan ist demnach ohne Neuverschuldung in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Beim Schwerpunkt kommunaler Finanzausgleich habe sich der Freistaat erneut als verlässlicher und stets dialogbereiter Partner der bayerischen Kommunen erwiesen.

Für die Opposition dient der Nachtrag nicht dem Wachstum und der Konsolidierung. Vom ausgeglichenen Haushalt mit der „schwarzen Null“ bei den Krediten sei Faltlhauser weit entfernt. Der Finanzminister betonte, mit dem Haushalt 2006 werde

eine neue Ära in der Haushaltspolitik eingeläutet. Die bundesweit einzigartige Leistung, ohne Neuverschuldung auszukommen, sei Ziel und Anker einer soliden, am Gedanken der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit orientierten Finanz-

politik ohne Tricksereien. Zum Vorwurf der Opposition, die „schwarze Null“ werde nur dadurch erreicht, dass 2005 mit 1,3 Mrd. Euro die höchsten Kredite der letzten Jahrzehnte aufgenommen und weitere 500 Mio. Euro aus Kreditermächtigungen früherer Jahre genutzt wurden, sagte der Minister, angesichts der Einnahmeausfälle der letzten Jahre habe auch Bayern seine Verschuldung erhöhen müssen. Der Freistaat habe aber unter allen Bundesländern, vom Bund ganz zu schweigen, die mit großem Abstand geringste Verschuldung. Pro Kopf betrage sie lediglich 1851 Euro; in den übrigen Flächenländern West liege sie im Schnitt bei 5.512 Euro.

Schwerpunkte im Bereich Bildung, Wissenschaft und Innere Sicherheit

Faltlhauser räumte ein, die Heranziehung von etwa 155 Millionen Euro aus Privatisierungserlösen - z. B. Verkauf von E.ON-Anteilen und Immobilien - sei nicht die beste Lösung. Er wolle diesen Betrag im Haushaltsvollzug weiter absenken. Privatisierungserlöse müssen verfassungsgemäß im Grundstockvermögen des Staates bleiben. Trotz des engen Finanzierungsspielraumes sei es gelungen, im Nachtragshaushalt Schwerpunkte im Bereich Bildung, Wissenschaft und Innere Sicherheit zu setzen. Auch die kommunalen Investitionen würden deutlich gestärkt. Er betonte, dass alle Spitzenverbände bei den FAG-Verhandlungen Ende Januar dem zusätzlichen Investitionspaket von 120 Mio. Euro zugestimmt haben.

Der Minister nannte einige Zahlen: Schulhausbau 40 Mio., Straßenbau und -unterhalt 24 Mio., Abwasseranlagenbau 30

Mio., ÖPNV-Investitionen 6 Mio. sowie Investitionszuschüsse 20 Mio. Euro.

Stärkung der Verwaltungshaushalte

Zur Stärkung der Verwaltungshaushalte fließen 17 Mio. Euro in die Schlüsselzuweisungen. Hiervon würden insbesondere die finanzschwachen Kommunen profitieren. Dieses Gesamtpaket werde im Umfang von 55 Mio. Euro durch zusätzliche Haushaltsmittel finanziert. Der Rest werde durch einen Aufwuchs beim Kfz-Steuerverbund und durch Umschichtungen gedeckt.

Generationengerechtigkeit

Der SPD-Finanzexperte Dr. Heinz Kaiser befand, der Etat ausgleich komme nur zustande, indem der Minister insgesamt über 2,1 Mrd. Euro aus Rücklagen, Fonds, Stöcken, Verschuldung am Grundstock und Darlehensrückflüssen von den Flughäfen München und Nürnberg zusammenkratze, sowie durch Einsparungen bei allen Fachministerien. „Die Politik der schwarzen Null ist in allen wichtigen Feldern der Landespolitik gescheitert.“ Die Investitionsquote von 11,7% im vorläufigen Haushaltsabschluss 2005 sei die niedrigste aller Zeiten in Bayern. Für den Grünen-Haushaltssprecher Thomas Mütze ist der Nachtragsentwurf „ein großer Bluff“. Faltlhauser sei nicht der Musterschüler sondern der Mustertäuscher in Deutschland.

Haushaltsausschussvorsitzender Manfred Ach (CSU) bewerte die Haushalte ohne Neuverschuldung als finanzpolitischen Meilenstein im Zeichen der Generationengerechtigkeit. Besonders hervorzuheben sei, dass die Schwerpunkte Bildung, Wissenschaft und Innere Sicherheit gezielt ausgebaut werden. Der SPD falle seit Jahrzehnten nichts anderes ein, als einen soliden Staatshaushalt schlecht zu reden. Er gab Kaiser insoweit recht, dass mehr wirtschaftliches Wachstum dringend notwendig sei. **rm**

Krankenhäuser sollen gestärkt werden

**Eigenverantwortung der Träger wird erweitert
Gesetzesnovelle ermöglicht großzügigeren Umgang mit staatlichen Fördermitteln**

Neuorientierung der Krankenhausplanung, Neuausrichtung der Krankenhausförderung sowie Vereinfachung des Normenbestandes sind die grundlegenden Ziele einer Änderung des Bayerischen Krankenhausgesetzes. Sie wurde ausgelöst durch neue bundesrechtliche Rahmenbedingungen, die zu beschleunigtem Bettenabbau geführt haben.

Der federführende Sozialausschuss des Landtags hat die von Ministerin Christa Stewens erläuterte Novelle mit den Stimmen der CSU gebilligt, die den Text dahin erweiterte, dass das Land noch mehr als bisher auf die Rückforderung von Fördermitteln von den Krankenhausträgern verzichtet.

Eigenverantwortung

Mit dem neuen Gesetz werde eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und bürgernahe Krankenhausversorgung gesichert, erklärte die Ministerin. Die Eigenverantwortung der Träger werde gestärkt, wirtschaftlichere Strukturen im stationären Bereich würden ermöglicht und Hemmnisse zur Förderung unternehmerischer Aktivitäten abgebaut. Die Höhe der jährlichen, pauschalen staatlichen Förderung soll nicht mehr allein von der Bettenzahl sondern von der medizinischen Leistung des Krankenhauses abhängen. Derzeit werden in den 394 zugelassenen bayerischen Krankenhäusern 75.805 Betten und 2.420

teilstationäre Plätze vorgehalten. Vor zehn Jahren waren es noch 86.000 Betten. Zugleich sei die durchschnittliche Verweildauer von 11,2 Tagen 1994 auf 8,5 Tage 2004 gesunken.

Bessere Zusammenarbeit

Das geänderte Gesetz wolle die Krankenhäuser dabei unterstützen, vermehrt zusammenzuarbeiten, auch über kommunale Grenzen hinweg. Des Weiteren sollen die Träger einen spürbar größeren Spielraum zum eigenverantwortlichen Wirtschaften erhalten. Der Freistaat engagiert sich laut Stewens jährlich mit 453 Mio. Euro für die bayerischen Krankenhäuser. Allein letztes Jahr wurde die Finanzierung neuer Bauprojekte im Umfang von rund 100 Mio. Euro beschlossen.

Für die CSU begrüßte Dr. Thomas Zimmermann die Novelle. Damit würden die Krankenhausträger flexibler für den schwierigen Umstrukturierungsprozess. Der Bettenschwund sei vor allem durch das Fallpauschalengesetz der alten rot-grü-

Dr. Angelika Niebler, MdEP:

Integration wichtigstes Kriterium bei Familienzusammenführung

Europäischer Gerichtshof bestätigt Beschränkung des Familienzuzuges Mitgliedstaaten behalten Prüfungsrecht

Ein wichtiges Signal für die Ausgestaltung des Familienzuzugs von Einwanderern in die EU hat jetzt der Europäische Gerichtshof gegeben: Danach kann ein EU-Staat bei über zwölf Jahre alten Kindern, die zu ihren bereits in der EU lebenden Familien ziehen wollen, prüfen, ob sie die erforderlichen Integrationskriterien erfüllen. Darüber hinaus kann ein Mitgliedsstaat zwischen Antrag und Erlaubnis der Familienzusammenführung eine Wartezeit von maximal drei Jahren verfügen.

Der EuGH hat damit die bestehende EU-Richtlinie zur Familienzusammenführung von Drittstaatsangehörigen bestätigt. Die Richter sehen in der Richtlinie keinen Verstoß gegen die Grundrechte.

Mit einer Klage hatten sich Sozialdemokraten, Liberale und Grüne aus dem Europäischen Parlament gegen die entsprechende Richtlinie gewandt. Die Abgeordneten beklagten einen Verstoß gegen die Grundrechte. Der EuGH hat diese Klage jetzt abgewiesen.

Die fragliche Richtlinie sieht unter anderem vor, dass ein Drittstaatsangehöriger, der rechtmäßig in der Europäischen Gemeinschaft lebt, grundsätzlich einen Anspruch darauf hat, dass der Aufnahmestaat den Nachzug seiner Kinder im Rahmen der Familienzusammenführung gestattet.

Allerdings kann ein EU-Land nach Maßgabe der Richtlinie bei einem Kind, das älter als zwölf Jahre alt ist, prüfen, ob es nationale Integrationskriterien erfüllt. Zudem kann ein EU-Staat verlangen, dass sich ein Ausländer zwei Jahre rechtmäßig in dem Land aufgehalten hat, bevor es zur Familienzusammenführung kommt. Schließlich kann ein Mitgliedsstaat zwischen Antrag und Erlaubnis der Familienzusammenführung eine Wartezeit von maximal drei Jahren verfügen.

Selbstverständlich sollen Familien die Möglichkeit haben, dauerhaft an einem Ort mit einander zu leben. Aber es muss auch für die EU andererseits die Möglichkeit geben, die Ernsthaftigkeit dieser Absicht zu überprüfen.

Der EuGH hat mit seinem Urteil klargestellt, dass bei der Familienzusammenführung die Integrationsfähigkeit in die Gesellschaft des Gastlandes eine unabdingbare Notwendigkeit ist. Eine Familienzusammenführung hängt somit zu Recht davon ab, ob die Kinder in dem jeweiligen EU-Land integriert werden können.



Staatsregierung will Anwalt der Kommunen sein

Milliardenschwere Fehlentwicklungen beim Arbeitslosengeld II sollen gestoppt werden

Der Bayerische Landtag hat die Staatsregierung beauftragt, über den Bundesrat weitere Nachbesserungen des Hartz-IV-Systems zu erreichen, „um die milliardenschweren Fehlentwicklungen zu korrigieren“, die insbesondere den Kommunen drohen. So steht es in einem Dringlichkeitsantrag der Regierungsfraktion, der gegen die Stimmen der Opposition angenommen wurde.

Die Besserungen beim „Arbeitslosengeld II“ gemäß Hartz IV würden dazu führen, dass der Bund heuer voraussichtlich 28 Mrd. statt der geplanten 24 Mrd. für erwerbsfähige Langzeitarbeitslose und ihre Bedarfsgemeinschaften ausgeben müsse. Mit Blick auf die angespannte finanzielle Situation öffentlicher Haushalte müsse gewährleistet sein, dass die staatlichen und kommunalen Gelder bei denen ankommen, die sie wirklich benötigen. Die öffentlichen Gelder „müssen weit mehr als bisher dafür eingesetzt werden, tatsächlich in Arbeit zu vermitteln als Arbeitslosigkeit zu verwalten“.

Für die CSU erklärte Joachim Unterländer, die Finanzierung des neuen Systems sei nicht gesichert. Leider seien die bei Sozialausgaben erfahrenen Kommunen nicht ausreichend gehört worden. Die Mischverwaltung beim Arbeitslosengeld II zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen müsse zu deren Gunsten geändert werden. Weit mehr als jetzt bundesweit 69 „Optionskommunen“ sollten die Möglichkeit zur Federführung im Rahmen der Experimentierklausel erhalten.

Die SPD-Abgeordnete Christa Steiger warf der CSU vor, seinerzeit im Vermittlungsausschuss das mit „hineinverhandelt“ zu haben, was sie jetzt wieder aus dem Gesetz heraus haben wolle. Grundsätzlich müsse sich die Staatsregierung bemühen, mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Ähnlich äußerte sich Eike Hallitzky (Grüne). Der CSU-Antrag offenbare zudem die absolute Einflusslosigkeit der CSU in der Großen Koalition.

Das wies Staatskanzleiminister Eberhard Sinner zurück. Die Opposition beschäftige sich mit der Vergangenheit statt mit der Zukunft. Die Diskussion mit den Kommunalpolitikern gehe an SPD und Grünen völlig vorbei. „Wir machen uns zum Anwalt der Kommunen.“ **rm**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Haisch
87784 Westerheim
am 20.7.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Wollinger
84332 Hebertsrieden
am 12.7.

Bürgermeister Georg Hirsch
90559 Burgthann
am 17.7.

Bürgermeister Georg Glas
82266 Inning
am 24.7.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hermann Schnitzer
82380 Peißenberg
am 18.7.

Bürgermeister Werner Pfadler
97258 Gollhofen
am 18.7.

Bürgermeister Reinhold Kuhn
97337 Dettelsbach
am 23.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Gaßner
92245 Kümmersbruck
am 15.7.

Bürgermeister Peter Flach
82237 Würthsee
am 19.7.

Bürgermeister Peter Neubert
97493 Bergheimfeld
am 21.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Kundler
93349 Mindelstetten
am 13.7.

Bürgermeister Georg Vonbrunn
96264 Altenkunstadt
am 23.7.

Bürgermeister Klaus Fließ
86932 Pürgen
am 24.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Schubert
87751 Heimertingen
am 14.7.

Bürgermeister Josef Scharf
84166 Adlkofen
am 15.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Burkhard Klein
97348 Rödelsee
am 13.7.

Bürgermeister Lothar Müller
95703 Plößberg
am 15.7.

Bürgermeister Klaus Löffler
96361 Steinbach a. Wald
am 16.7.

„Limes-Konferenz“ in Weißenburg:

Großartige Chance für ländlichen Tourismus

Der obergermanisch-raetische Limes gehört seit Juli 2005 zum Weltkulturerbe der UNESCO. Für den Fraktionsvorsitzenden der CSU im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, ist dies ein herausragender Erfolg bei der internationalen Anerkennung bayerischer Kulturdenkmäler. Herrmann und die CSU-Fraktion im Landtag setzen sich dafür ein, diese Auszeichnung und das historische Erbe Limes kulturell und touristisch zu nutzen. Auf einer hochkarätig besetzten bayerischen „Limes-Konferenz“ in Weißenburg diskutierten Joachim Herrmann, der bayerische Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel, Wirtschaftsminister Erwin Huber, der Vorsitzende des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur, Dr. Ludwig Spaenle, der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Franz Pschierer sowie der Oberbürgermeister der Stadt Weißenburg, Reinhard Schwirzer, das Limes-Konzept und seine Chancen für den Tourismus.

Wie Joachim Herrmann darlegte, wurde der Limes als Grenzbefestigung des Römischen Reiches in verschiedenen Stufen zwischen 100 n. Chr. und 160 n. Chr. errichtet. In seiner letzten Ausbauphase erstreckte er sich auf einer Länge von 550 km, beginnend am Rhein bei Koblenz und zog sich hinunter bis zur Donau bei Regensburg; 158 km davon befinden sich auf bayerischem Gebiet.

Archäologisches Denkmal

Dieses imposante archäologische Denkmal erinnere an die grandiose Ingenieurskunst der antiken Baumeister, die in vielen Teilen der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Bayern das Landschaftsbild bis heute prägt. Staatsregierung und CSU-Fraktion hätten frühzeitig die kulturpolitische, identitätsstiftende Bedeutung des Limes sowie sein Potenzial für die touristische Entwicklung insbesondere in Franken erkannt und alle Kräfte eingesetzt, um den Erhalt und die Förderung dieses kulturellen Erbes voranzubringen. Laut Herrmann stellt der Limes und seine Aufnahme in das Welterbe „besonders für den Tourismus in den betroffenen Gemeinden“ eine große Chance dar. Wichtig seien reizvolle Landschaften und Kulturgüter, die dauerhaften Erfolg im Tourismuswettbewerb mit Deutschland und Europa garantieren.

Neue Anziehungspunkte

Das neue Weltkulturerbe Limes füge sich nahtlos in dieses Tourismuskonzept Bayerns ein; in den am Limes liegenden Städten und Gemeinden könnten durch Ausgrabungen, Informationstafeln und Vorträge, durch Rad- und Wanderwege neue Anziehungspunkte für in- und ausländische Touristen geschaffen werden. Das „Bayerische Limes-Informationszentrum“ in Weißenburg sei zwar ein wichtiger Schritt, aber eben nur einer von vielen. Für eine weitere touristische Erschließung des Limes müsse die Zusammenarbeit des Freistaats mit den betroffenen Kommunen sowie den Tourismusverbänden verstärkt werden, forderte der Fraktionsvorsitzende. Denkmalpflegerische und tourismuspolitische Initiativen müssten mit regionalen und strukturellen Maßnahmen abgestimmt und vernetzt werden. Die Aufnahme des Limes in die Liste des Welterbes der UNESCO sei Anerkennung und Auftrag zugleich.

Kulturpolitische Verantwortung

Herrmann: „Wir als CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag stellen uns dieser kulturpolitischen Verantwortung und werden in den nächsten Doppelhaushalten die finanziellen Grundlagen für die Weiterentwicklung

des Limes-Konzepts in Bayern schaffen.“ Wirtschaftsminister Erwin Huber zufolge ist der Limes noch kein touristischer Selbstläufer und für sich genommen auch keine touristische Destination.

Attraktive Angebote

Es gelte, einen Besuch interessant zu machen und das Tourismuspotential des Limes nach und nach punktuell zu erschließen. Konkret müssten die Leistungserbringer sowohl für Übernachtungsgäste als auch für Tagestouristen attraktive, buch-

bare Angebote entwickeln. Die Limes-Anrainer müssten sich aktiv in die Konzepte der Regionalverbände einbringen. Es gelte, neue Kombinationen von Kulturerlebnis, Erholung, Fitness und Genüssen aller Art zusammen zu stellen und zu bewerben. Von der Klassenfahrt im Rahmen des Latein- und Geschichtsunterrichts über den Radtouristen oder die Wanderer, die ihre Tour mit einer Besichtigung verbinden möchten bis hin zur jungen Familie gebe es unzählige Möglichkeiten.

Intensive Zusammenarbeit

Den Einen locke die Kombination von Museumsbesuch und kulinarischem Erleben, der Nächste wolle eine Denkmalbesichtigung mit dem Besuch der nahen Limes-Therme mit Römer-Sauna in Bad Gögging verbinden. Huber begrüße es in diesem Zusammenhang, dass die Tourismusverbände Franken und Ostbayern bereits intensiv die notwendigen Prozesse vorantreiben. Ersterer beispielsweise arbeite eng mit der Arbeitsgemeinschaft „Deutsche Limes-Straße“

Gleiche Möglichkeiten für Stadt und Land

Landtag berät Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms

Den Menschen in Stadt und Land in ihrer angestammten oder gewählten Heimat beste Perspektiven zu bieten, ist das Ziel der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP). Entsprechend der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber vom November 2003 legte Wirtschaftsminister Erwin Huber dem Landtag den Entwurf vor, mit dem die LEP-Fassung vom April 2003 auf den neuesten Stand der lokalen bis globalen Entwicklung gebracht werden soll.

Es geht demnach um zeitgemäße Voraussetzungen und Chancen im Bereich Bildung und Kultur, Arbeit und Wohnen und um die dazu notwendige Infrastruktur. Einen wesentlichen Beitrag soll das Regionalmanagement leisten, für das es bereits über 30 Initiativen gibt; von kommunalen und Landkreis-Allianzen bis zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

Pakt mit den Spitzenverbänden

Dreh- und Angelpunkt für die erfolgreiche Umsetzung dieses Vorhabens soll ein Pakt des Freistaats mit den kommunalen Spitzenverbänden sein, der schon vorbereitet wird. Zunächst hat der Landtag bis zur Sommerpause Zeit, die LEP-Fortschreibung zu beraten. Sie tritt an Stelle des am 1. April 2003 in Kraft getretenen Programms. Das erste wurde am 1. Mai 1976 rechtlich wirksam. Auf dieser Grundlage konnten mit verschiedenen Ergänzungen große Erfolge erzielt werden, zog Huber Bilanz. Es sei gelungen, das Gefälle zwischen Stadt und Land deutlich abzubauen und eine weitgehende Annäherung an gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen.

Die aktuelle Herausforderung komme von der Globalisierung, der EU-Osterweiterung, der Wirtschaftstendenz zur Konzentration auf ausgewählte industrielle Stützpfiler und von der demografischen Entwicklung mit sinkenden Geburtenzahlen, Überalterung und Abwanderung aus Teilgebieten. Gleichzeitig müsse von einer Verknappung der Haushalts-, Investitions- und Fördermittel ausgegangen werden.

Um das in 30 Jahren Landes-

planung Geschaffene zu erhalten und an die neuen Bedürfnisse anzupassen, seien mit dem System der Zentralen Orte die entscheidenden Pflöcke eingeschlagen worden. Die vielfach kritisierten Nachteile dieses Systems würden im neuen LEP durch das „Vorrangprinzip“ angegangen, ohne die Zentralen Orte abzuschwächen. „Wir wollen, dass auch schwach strukturierte Räume Zukunft haben“, betonte der Minister. Eine Finanzierung nach dem Gießkannenprinzip werde es nicht geben.

Strukturschwache ländliche Räume sollen bei gleichgelagerter fachlicher Notwendigkeit in der Förderung Priorität haben bei Maßnahmen zur Versorgung mit Infrastruktur, bei der Abgrenzung von staatlichen und EU-Fördergebieten mit entsprechenden Maßnahmen sowie bei der Verteilung der Finanzmittel.

Impulsgeber

Bayerns ländlicher Raum mit 80% der Fläche und fast 60% der Bevölkerung dürfe keine Ausgleichsfunktion für die Verdichtungsgebiete haben, was deren Bedeutung nicht mindere. Die Metropolregionen München und Nürnberg charakterisierte Huber als Impulsgeber für das ganze Land. Sie böten die Chance, eine Aufbruchsstimmung zu erzeugen, die interregionale Vernetzung und Kooperation zu stärken und das Marketing im europäischen Wettbewerb zu fördern. Die Frage nach den zwischen den Städten einerseits, Landkreisen und Gemeinden andererseits umstrittenen Einzelhandelsprojekten auf der „grünen Wiese“ ließ Huber unbeantwortet. Vom Verbot bis zur schrankenlosen Freigabe gebe es „alle

zusammen und weise in vielfältiger Weise auf die Limes-Straße hin (Limes-Straße als Ferienstraße, Therme Weißenburg, Römerschatz). Der Tourismusverband Ostbayern wiederum werde den Limes in seinen verbandseigenen Publikationen verstärkt einbauen. Richtungsweisend für attraktives Denkmal-Erleben sei das vom Geschäftsführer des Tourismusverbandes Naturpark Altmühltal initiierte Projekt „Archäologie erleben im Landkreis Eichstätt/ Naturpark Altmühltal“.

Bayerisches Kulturerbe

Im Rahmen dieses Projekts werde eine Ackerfläche mit einer Römervilla im Untergrund dauerhaft den Touristen als Grabungsgelände angeboten, wo sich der begeisterte Reisende unter wissenschaftlicher Anleitung aktiv an der Ausgrabung beteiligen kann. Damit werde ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung und Entwicklung des Tourismussektors im gesamten Naturpark Altmühltal geleistet.

Huber abschließend: „Alle beteiligten Stellen sollten intensiv zusammenwirken, um den Limes als bayerisches Kulturerbe sowohl zu bewahren als auch offensiv touristisch zu vermarkten. Als attraktives Forum der römischen Geschichte kann er so von Aschaffenburg bis Regensburg ein Anziehungspunkt für die Touristen aus aller Welt sein!“ DK

nur erdenklichen Vorstellungen“. Sie müssten im Einzelfall beurteilt werden. Innenstädte müssten durch verkehrsgerechte Stadtplanung genau so am Leben erhalten werden wie Landgemeinden, in denen es keinen Einzelhandel mehr gebe, die also auf Einkaufszentren angewiesen seien.

Konflikte

Schon die Aussprache im Plenum und die erste Beratung im federführenden Wirtschaftsausschuss spiegelte die Konflikte wider, die in den Kommunen, deren Spitzenverbänden und zwischen den Parteien herrschen. Huber selbst hatte eingeräumt, dass zum Beispiel in Sachen Einkaufsgroßmärkte auch in der CSU Differenzen auszugetragen seien, was Ausschussvorsitzender Josef Pschierer (CSU) bestätigte. Andererseits betonte er, kein anderes Land habe bisher so viel gerade für den ländlichen Raum getan wie Bayern. Ehe die Beratungen - voraussichtlich zur Sommerpause - abgeschlossen werden, wird es auch noch eine Anhörung im Landtag geben. Huber hatte noch darauf verwiesen, dass Politiker aus allen Lagern zweifeln, ob es des LEP überhaupt noch bedürfe. In diesem Punkt ergab sich Einigkeit. Die Sprecher aller drei Fraktionen bekannten sich zur Weiterentwicklung des Programms.

Nicht unter Zeitdruck

Die Hauptsprecher der Opposition, Hildegard Kronawitter (SPD), Stellvertreterin Pschierers im Vorsitz des Wirtschaftsausschusses, und Christian Magerl (Grüne) beanstandeten zunächst die zeitliche Abfolge. Abgesehen davon, dass der Ministerpräsident die Überholung des LEP nur ein halbes Jahr nach dem Inkrafttreten der letzten Fortschreibung verkündete, habe sich die Staatsregierung alle Zeit der Welt gelassen, den neuen Entwurf zu erarbeiten. Der

GZ Kolumne Luitpold Braun

liebe Leser



manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Autofahrer in der gesamten Europäischen Union die Prügelknaben sind. Es genügt offenbar nicht, dass sie unter unerträglichen und nicht begründbaren hohen Treibstoffpreisen leiden. Nein, sie werden auch noch mit Steuererhöhungen (Versicherungssteuer) und anderen Schikanen bedacht. Einerseits verlangt man zum Beispiel von jedem Bürger eine höhere Mobilität, andererseits soll jedoch die Kilometerpauschale gekürzt werden!

Der vielkritisierte Schilderwald sollte seit Jahren abnehmen. In Wirklichkeit nimmt er

Autofahrer sind EU-Prügelknaben

zu. Parkverbote, Geschwindigkeitsbeschränkungen und Einbahnregelungen vermehren sich.

Zwischenzeitlich haben die europäischen Länder die unterschiedlichsten Mautsysteme eingeführt. Die Schweizer verlangen eine Jahresmaut, ein Anziehungspunkt für die Touristen aus aller Welt sein!“ DK

LKW. Italien, Frankreich und andere Länder haben eine Streckenmaut.

Neuerdings werden unterschiedliche Beleuchtungsvorschriften eingeführt. In einigen Ländern gelten diese den ganzen Tag, in anderen ab der Dämmerung und bei den nächsten nur außerhalb der Ortschaften.

Den Autofahrern kann man nur viel Glück wünschen bei ihrer Reise quer durch Europa!

Trotzdem: Schöne Ferien!

Die

Ergebnisse der Tarifverhandlungen:

Staatsregierung und BBB erörtern Eckpunkte

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, Finanzminister Dr. Kurt Faltlhauser und der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) Rolf Habermann erörterten in einem ausführlichen Gespräch die Übertragung des Ergebnisses der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst auf die bayerischen Beamten.

Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes hat noch einmal seine Grundpositionen deutlich gemacht. Dabei geht es dem BBB nach den Worten seines Vorsitzenden in erster Linie darum zumindest einen Ausgleich für die höhere Wochenarbeitszeit (rund zwei Stunden) der Beamtinnen und Beamten zu erreichen. In der Folge des Gesprächs hat die Staatsregierung dem Bayerischen Beamtenbund folgende Eckpunkte angeboten:

- 1. Sonderzahlung bis 31.12.2009**
Die Sonderzahlung wird bis 31.12.2009 für aktive Beamte

Landtag dürfe jetzt nicht unter Zeitdruck gesetzt werden. Ebenso übereinstimmend erachtete die Opposition den Entwurf nicht als die angekündigte große Verschlingung des Programms oder als Musterbeispiel für Verschlingung und Verwaltungseinfachung. Huber hatte erwähnt, das LEP werde durch die Neufassung um 40% gekürzt und stelle sich als straffes, lesbares und anwenderfreundliches Konzept dar. **rm**

Landtag dürfe jetzt nicht unter Zeitdruck gesetzt werden. Ebenso übereinstimmend erachtete die Opposition den Entwurf nicht als die angekündigte große Verschlingung des Programms oder als Musterbeispiel für Verschlingung und Verwaltungseinfachung. Huber hatte erwähnt, das LEP werde durch die Neufassung um 40% gekürzt und stelle sich als straffes, lesbares und anwenderfreundliches Konzept dar. **rm**

Landtag dürfe jetzt nicht unter Zeitdruck gesetzt werden. Ebenso übereinstimmend erachtete die Opposition den Entwurf nicht als die angekündigte große Verschlingung des Programms oder als Musterbeispiel für Verschlingung und Verwaltungseinfachung. Huber hatte erwähnt, das LEP werde durch die Neufassung um 40% gekürzt und stelle sich als straffes, lesbares und anwenderfreundliches Konzept dar. **rm**

Die Kommunalpolitische Vereinigung der Christlich-Sozialen Union in Bayern

sucht Kandidatinnen und Kandidaten
für Bürgermeister-, Oberbürgermeister- und Landratswahlen

Sie haben eine fundierte Ausbildung und Berufserfahrung, die Sie befähigt, Verantwortung zu übernehmen. Das Vertrauen, das die Menschen Ihnen entgegenbringen, ist berechtigt. Sie sind sympathisch und der Elan, mit dem Sie alles anpacken, ist einfach mitzuerleben. Ihre Lebenswillingkeit ist in jeder Hinsicht positiv. Kurz gesagt: Sie haben das Herz auf dem rechten Fleck!

jetzt! Nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf:
KPV-Landesgeschäftsstelle, Nymphenburger Str. 44, 80335 München
Telefon 089 / 1243-263, KPV@csu-bayern.de

KPV

Starke Kommunen - starkes ...

(Fortsetzung von Seite 1)
unserer Gesellschaft zu bewahren. Hier komme nicht nur den Städten, sondern auch dem ländlichen Raum eine immer wichtiger werdende Funktion zu. Die CSU sei der verlässliche Anwalt für die Kommunen auf allen politischen Ebenen und habe sich bereits im ersten halben Jahr der neuen Regierung in Berlin als erfolgreicher Vertreter kommunaler Interessen bewährt. Im Koalitionsausschuss habe sich die CSU für die Kommunen auf allen politischen Ebenen und habe sich bereits im ersten halben Jahr der neuen Regierung in Berlin als erfolgreicher Vertreter kommunaler Interessen bewährt. Im Koalitionsausschuss habe sich die CSU für die Kommunen auf allen politischen Ebenen und habe sich bereits im ersten halben Jahr der neuen Regierung in Berlin als erfolgreicher Vertreter kommunaler Interessen bewährt.

Ausgleichsfonds

Bereits im Kommunalen Finanzausgleich 2006 habe der Freistaat Bayern für Belastungen der Kommunen durch Hartz IV einen Ausgleichsfonds von 50 Mio. Euro eingerichtet. Die CSU trete ein für grundlegende Reformen zu Hartz IV gerade auch zu Gunsten der Kommunen. Ziel müsse es sein, die Unternehmungskosten im SGB II zu senken und die Handlungsfähigkeit der Arbeitsgemeinschaften zu verbessern.

Konsolidierungs- und Wachstumspolitik

Die Konsolidierungs- und Wachstumspolitik der Großen Koalition entlaste nicht nur den Bund, sondern auch die Kommunen. Erfolge für Wachstum und Arbeitsplätze stabilisierten zudem die Gewerbesteuer-Einnahmen der Kommunen. Das 25. Mrd. Euro-Wachstumspaket setze gezielt Schwerpunkte für den Mittelstand. Davon profitierten auch die Kommunen: „Die Spielräume für dringende Infrastruktur-Investitionen werden weniger eng sein. Höhere Inve-

Bedenkzeit für Arbeitgeber ...

(Fortsetzung von Seite 1)
zum Streik sei die „Quittung für eine schier unerträgliche Arbeitgeberarroganz“. Im MB sind 55.000 kommunale Klinikärzte organisiert.

Forderungen nicht finanzierbar

Aus Sicht der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) gefährdet der Ärztestreik massiv die Versorgung der Patienten. VKA-Hauptgeschäftsführer Manfred Hoffmann sagte, die vom MB geforderten Gehaltserhöhungen seien nicht finanzierbar. Die kommunalen Kliniken seien in erster Linie auf Geld der Krankenkassen angewiesen. Zudem seien die kommunalen Klinikärzte bereits „die am besten verdienende Berufsgruppe des öffentlichen Dienstes“.

Verhandlungsbereitschaft

VKA-Verhandlungsführer Otto Foit erklärte, man habe dem MB die weitere Verhandlungsbereitschaft über einen arzt-spezifischen Tarifvertrag angeboten. Die Ärztegewerkschaft solle endlich die finanziellen Möglichkeiten der kommunalen Krankenhäuser in ihre Position einbeziehen. „Wir fordern den Marburger Bund auf, umgehend wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um auf dem Boden des Machbaren zu einem Tarifabschluss zu kommen.“ Der VKA plädiert für eine Übernahme des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst. Deutscher Städtetag, Deut-

stitionen der Kommunen geben Wachstumsimpulse vor Ort.“

Public-Private-Partnership

Erfolgreich habe sich die CSU bei der Bildung der Großen Koalition für die Kommunen eingesetzt. Die Daseinsvorsorge bleibe Aufgabe der Kommunen, das Steuerprivileg für Abfall und Abwasserentsorgung bleibe erhalten. Einheitliche Regeln für Public-Private-Partnership-Projekte sollen geschaffen und kommunale Investitionen erleichtert werden. Die Geltung der EU-Vorschriften im Vergaberecht soll möglichst auf Großprojekte beschränkt werden und so eine Vielzahl kleinerer Investitionen nicht unnötig erschweren.

Bündnis mit Kommunen

Bayern sei mit der Einführung des Konnexitätsprinzips den Interessen der Kommunen weitestgehend entgegengekommen. Die Staatsregierung sei auch auf einem guten Weg, die Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung des Konnexitätsprinzips bei der Nachmittagsbetreuung einvernehmlich zu lösen.

Auf der Grundlage des erfolgreichen Dialogs beim Kommunalgipfel und bei den Kommunalen Finanzen strebt die CSU im nächsten Jahr ein Bündnis mit den Kommunen in Bayern an. Kernpunkte dieses Bündnisses mit den Kommunen sollen sein:

1. Sicherung der eigenen Finanzkraft der Kommunen
2. Abwehr von Kostenbelastungen der Kommunen durch den Bund
3. Verlässlicher und berechenbarer kommunaler Finanzausgleich
4. Weniger Bürokratie für die Kommunen.

„Unser Ziel sind familienfreundliche Kommunen nach dem Motto: ‚Vorfahrt für Familien‘ bei Verwaltung und Infrastruktur“ heißt es weiter in der Entschliebung. Die Kinderbetreuung soll weiter ausgebaut und die aktive Bürgergesell-

schener Landkreistag sowie Deutscher Städte- und Gemeindebund warnten vor einer „beispiellosen Kostenlawine“ für das Gesundheitswesen, den Bürger, aber auch für die Kommunen selbst. Deshalb könne die Vereinbarung des Marburger Bundes für die Unikliniken nicht auf die kommunalen Kliniken übertragen werden. Eine Übertragung des TdL-Abschlusses auf die kommunalen Kliniken würden Mehrkosten für das ärztliche Personal von 15 bis 20 Prozent bedeuten. Der Vorsitzende des Interessenverbandes der kommunalen Krankenhäuser (IVKK) Hansjörg Hermes sagte, eventuelle höhere Personalkosten der Kliniken müssten durch Stellenkürzungen kompensiert werden.

Zwei Drittel in kommunaler Hand

In Bayerns Kliniken lassen sich jährlich mehr als 2,5 Millionen Patienten stationär behandeln. Fast zwei Drittel der 343 Krankenhäuser sind nach Angaben der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) in kommunaler Hand und damit von den Streiks betroffen. Mit 217 kommunalen Krankenhäuser hat Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr viele kommunale Kliniken. Die Gründe dafür liegen in den 70er Jahren. Damals wurden verstärkt kommunale Krankenhäuser zur flächendeckenden medizinischen Versorgung im Freistaat gebaut. DK

schaft gestärkt werden. Schwerpunkte in der Landespolitik sollen auch im Bereich der Bildung gesetzt werden - „gerade auch für qualitativ hochwertige Hauptschulen und am Bedarf der Wirtschaft orientierte Berufsschulen überall im Land“.

Solide Kommunalfinanzen

Die bayerischen Kommunen sollen zu Vorreitern für den Umweltschutz und den Einsatz erneuerbarer Energien gemacht werden. Ziel sei eine generationengerechte Politik durch solide Kommunalfinanzen. Im Zeitalter der Globalisierung stünden alle bayerischen Kommunen im Wettbewerb um Arbeit, Wohlstand und Zukunftsperspektiven. Zudem würden Antworten auf die demographische Entwicklung benötigt, insbesondere für attraktive Regionen jenseits der Ballungsräume. Die Kommunen stünden dabei vor besonderen Herausforderungen, da sie beispielsweise von Betriebsschließungen und -verlagerungen oder Abwanderung der jüngeren Bevölkerung direkt betroffen sind.

Leistungsfähige Ballungsräume

Zugleich seien die CSU-Kommunalpolitiker mit bundespolitischen und europapolitischen Rahmenbedingungen konfrontiert, auf die sie nur begrenzt Einfluss nehmen könnten. „Umso wichtiger ist ein gemeinsamer Einsatz in der CSU für unsere Kommunen.“ Für die Partei ist klar: Die Lebensqualität in der Heimat kann nur erhalten wer-

Integrationsgipfel am 14. Juli:

Bayern für Neuorientierung der Zuwanderungspolitik

Stoiber: „Interessen Deutschlands müssen verstärkt im Vordergrund stehen“
Integrationsverpflichtung, Maßnahmen gegen Zwangsheirat und ausreichende Deutschkenntnisse bei der Einschulung als Kernelemente

Bayern will beim Integrationsgipfel der Bundesregierung am 14. Juli für eine grundlegende Neuorientierung bei der Zuwanderungspolitik eintreten. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber kündigte an, sich beim Integrationsgipfel dafür einzusetzen, klare Regeln für die Zuwanderung zu verankern.

Stoiber: „Wir brauchen in Deutschland eine Neubestimmung der Zuwanderungspolitik. Bei der Zuwanderung müssen künftig verstärkt die Interessen Deutschlands und seiner Menschen im Vordergrund stehen. 80 bis 90 Prozent der Bürger erwarten völlig zu Recht, dass der Staat von den Menschen, die in unser Land kommen, auch ganz konkrete Integrations Schritte einfordert. Es gibt in Deutschland auch einen breiten politischen Konsens, dass für die Integration ausreichendes Deutsch und die Werteordnung im Grundgesetz der entscheidende Maßstab sein muss. Ich bin deshalb sehr optimistisch, dass nach einer intensiven Diskussion über diese zentrale gesellschaftliche Frage die große Koalition die notwendigen Verbesserungen beschließen wird.“ Als zentrale Eckpunkte Bayerns beim Integrationsgipfel bezeichnete Stoiber vor allem die Integrationsverpflichtung für Zuwanderer, konsequente Maßnahmen gegen Zwangsheirat und ausreichende Deutschkenntnisse bei der Einschulung:

1. Integrationsverpflichtung für Zuwanderer

Zentraler Bestandteil einer neuen Zuwanderungspolitik ist nach den Worten von Innenminister Dr. Günther Beckstein eine Integrationsverpflichtung für Ausländer und Spätaussiedler nach dem Grundsatz „Fordern

den durch vitale und attraktive Regionen. Dazu gehörten leistungsfähige Metropolen und Ballungsräume, aber genauso der attraktive ländliche Raum.

Attraktiver ländlicher Raum

Die CSU arbeite für gleiche Chancen in ganz Bayern. Gezielt soll der ländliche Raum gestärkt werden durch:

- das Vorrangprinzip für besonders strukturschwache ländliche Räume im Landesentwicklungsprogramm,
- die „Allianz Bayern Innovativ“,
- eine moderne Kommunikationsinfrastruktur,
- einen Demographiefaktor im kommunalen Finanzausgleich,
- den Einsatz der Mittel der Städtebauförderung und der Dorferneuerung,
- die Unterstützung der Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg,
- ein gezieltes Regionalmanagement,
- den Einsatz für eine kraftvolle Regionalförderung von EU, Bund und Land in den strukturschwächeren Landesteilen, zum Beispiel in den grenznahen Regionen.

In einer ersten Stellungnahme begrüßte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, die zugesagte finanzielle Planungssicherheit. „Das ist ein Signal, das dringend erwartet wurde“, so Brandl. In Bayern könnten 790 von rund 2000 Gemeinden wegen der Erbe in ihren Kassen keinen verfassungsgemäßen Haushalt mehr vorlegen. Wegen des Geldes war in der Vergangenheit das Verhältnis zwischen den Kommunalverbänden und der CSU angespannt. DK

Mehr Subsidiarität und Demokratie in der EU

Nationale Parlamente in EU-Gesetzgebung eingebunden
Stoiber: „Bayerns Einsatz hat sich gelohnt

Der EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel setzt eine grundlegende bayerische Forderung nach mehr Transparenz, Demokratie und Bürgernähe von künftigen EU-Vorhaben um. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bezeichnete es als großen Erfolg, dass künftig die nationalen Parlamente direkt und frühzeitig in EU-Vorhaben eingebunden werden.

Mit dieser Entscheidung der Staats- und Regierungschefs in Brüssel wird jetzt faktisch das von Bayern geforderte Subsidiaritäts-Frühwarnsystem eingeführt. Ministerpräsident Stoiber: „Bayerns Einsatz für mehr Demokratie und Subsidiarität in der EU hat sich gelohnt. In Zukunft werden entsprechend unserer Forderung die nationalen Parlamente als entscheidende Träger demokratischer Legitimation frühzeitig mit geplanten EU-Vorhaben befasst. Das heißt, wir können künftig vor dem Erlass von EU-Recht eine intensive und frühzeitige Diskussion in unseren Parlamenten über mögliche Auswirkungen von geplanten EU-Vorschriften führen. Eine solche öffentliche Debatte in den Mitgliedstaaten über geplante EU-Regelungen führt zu mehr Transparenz, Demokratie und Bürgernähe und letztlich auch zu mehr Akzeptanz bei den Bürgern.“ Gleichzeitig ist dies nach den Worten von Europaministerin Emilia Müller auch ein wichtiger Beitrag für eine bessere EU-Rechtsetzung.

Der Europäische Rat hat bei seinem Gipfel am 15. und 16. Juni 2006 in Brüssel die Zusage der EU-Kommission, alle neuen Vorschläge und Konsultationspapiere den nationalen Parlamenten direkt zur Verfügung zu stellen und sie dazu vor einer Entscheidung auf EU-Ebene um Stellungnahme zu bitten, ausdrücklich begrüßt. Gleichzeitig hat der Rat die EU-Kommission ersucht, die Stellungnahmen der nationalen Parlamente insbesondere hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit und des Subsidiaritätsgrundsatzes angemessen zu berücksichtigen. Dies laufe auf eine Praktizierung des im EU-Verfassungsvertrag vorgesehenen Subsidiaritäts-Frühwarnsystems auf der Grundlage einer freiwilligen Selbstverpflichtung der EU-Kommission hinaus, erläuterte die Europaministerin. Ein solches „Quasi-Frühwarnsystem“ werde dazu beitragen, die Akzeptanz und das Vertrauen der Bürger in die europäische Integration zurück zu gewinnen.

Müller bezeichnete es als großen Erfolg dass es gelungen sei, diese direkte Einbindung der nationalen Parlamente in die EU-Vorhaben in die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 15. und 16. Juni 2006 aufzunehmen. □

Umgekehrt werden junge Türi-
ninnen, die hier zu Schule
gegangen sind, in die Türkei
verheiratet. Das läuft der Integration
klar zuwider und diesen Mechanismus
müssen wir durchbrechen.“

3. Deutsch in der Schule

Bayern will sich auf dem Integrationsgipfel dafür stark machen, dass das Prinzip „Deutsch vor der Einschulung“ nicht nur in Hessen und Bayern, sondern überall in Deutschland durchgesetzt wird. Alle Länder sollen nach den Worten Stoibers hier an einem Strang ziehen und in einer politischen Grundsatzentscheidung ausreichende Deutschkenntnisse bei der Einschulung verlangen. Stoiber: „Der Schlüssel für eine gelungene soziale Integration ist die gemeinsame deutsche Sprache. Das müssen wir fördern, aber auch verlangen. Ich bin zuversichtlich, dass alle Länder den Schwerpunkt der Sprachförderung auf den Kindergarten verlagern und einen Deutstest vor der Einschulung einführen.“ □

Kurt Falthäuser: Neue Methoden der Haushaltsführung

Finanzminister Kurt Falthäuser stellte neue Techniken der Haushaltsführung mit produkt- und leistungsorientiertem Haushalt für den Freistaat vor. An der klassischen Kame-
ralistik wird zwar festgehalten, aber sie wird ergänzt mit einem Produktplan, bei dem die Aufgaben der jeweiligen Verwaltung beschrieben werden. Betriebswirtschaftliche Kosten fließen so auch in die Verwaltungsaufgabe; das eigentliche Neue ist, dass die Kosten- und Leistungsrechnung als internes Steuerungsinstrument der Verwaltung mit dem nach außen wirkenden Haushalt zusammengeführt wird. Ergebnis: Mehr Transparenz und Zielgenauigkeit. □

werden. Zweitens: Wer die Pflicht zur Teilnahme an einem Integrationskurs nicht erfüllt, muss auch mit Konsequenzen für seinen Aufenthaltsstatus rechnen.“

2. Konsequente Maßnahmen gegen Zwangsheirat

Bayern wird sich beim Integrationsgipfel auch für konsequente Maßnahmen gegen Zwangsheirat einsetzen. Damit soll nach den Worten Becksteins ein deutliches Zeichen gesetzt werden, dass Zwangsverheiraten in Deutschland verboten sind und nicht geduldet werden. Beckstein: „Wir müssen den Zwangsverheiraten gerade türkischer Mädchen nach Deutschland einen klaren Riegel vorschieben.“ Der Ehegatten-nachzug zu hier lebenden Ausländern soll nach den Worten Becksteins nur mit Grundkenntnissen der deutschen Sprache zugelassen werden. Es müsse der Grundsatz gelten: Deutschkenntnisse vor der Einreise. Darüber hinaus müsse das Zuzugsalter bei Eheschließungen für junge Frauen aus Ländern wie der Türkei in der Regel auf 21 Jahre heraufgesetzt werden. Beckstein: „Nur so können wir Zwangsehen entgegen wirken. Es ist kein Einzelfall, dass junge Türi-
ninnen schon mit 15 Jahren nach Deutschland verbracht werden, um hier sofort mit einem Mann verheiratet zu werden, den sie oft noch gar nicht gesehen haben. Sie sprechen kein Wort Deutsch, werden von jedem Kontakten fern gehalten und bleiben über Jahre Fremde in unserem Land.“

Bayerischer Sparkassentag 2006 in Bamberg:

Sparkassen stabilisieren Ergebnisse auf hohem Niveau

Sparkassenverbandschef Naser: Optimistische Prognose für 2006
Glos und Faltlhauser: Bekenntnis zum bewährten Drei-Säulen-System

Im Streit um ihr Namens- und Markenrecht haben die Vertreter der 77 Sparkassen im Freistaat massiven Widerstand angekündigt. Beim bayerischen Sparkassentag in Bamberg, der unter dem Motto „Erfolgreich voraus“ stand, machten sie deutlich, dass weder Privatbanken noch Investoren ihre geschäftlichen Absichten hinter dem Namen „Sparkasse“ verstecken dürften. Dies käme einem „Etikettenschwindel“ gleich, so die Kritik des geschäftsführenden Präsidenten des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Siegfried Naser.

Die EU-Kommission moniert, dass nach deutschem Recht nur öffentlich-rechtliche

Jahren bereits sei mit der EU-Kommission eine Einigung erzielt worden. Damals habe es



Der geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Siegfried Naser, bei seiner Begrüßung.

Kreditinstitute den Schriftzug „Sparkasse“ an ihre Fassaden montieren dürfen, aber nicht private - und dies verstoße gegen die in der Union verankerten Prinzipien Niederlassungsfreiheit und freier Kapitalverkehr. Der Streit um das exklusive Namensrecht schwelt schon seit Jahren, doch erst jüngst verschärfte Brüssel die Gangart, indem es ein Ultimatum setzte. Die EU verlangt von der Bundesregierung, innerhalb von zwei Monaten zu reagieren. Das aber ist nicht so einfach, denn dazu müsste das Kreditwesengesetz (KWG) geändert werden, das das Sparkassen-Monopol regelt.

Nur wo Sparkasse drin ist ...

Nur wo Sparkasse drin sei, dürfe auch Sparkasse draufstehen, sagte Naser. Das Vorgehen der Brüsseler Behörde bezeichne er als „Skandal“. Vor fünf

geheßen, es gebe in diesem Punkt keinen Handlungsbedarf. Im Unterschied zu den Privatbanken hätten die Sparkassen einen öffentlichen Auftrag und seien dem Gemeinwohl verpflichtet. „Wir Sparkassen können uns doch auch nicht beliebige Aktienbank oder Genossenschaft nennen, weil wir die Voraussetzungen für diese Bezeichnung eben nicht erfüllen“, stellte Naser klar. Er forderte die Bundesregierung auf, bei einem Rechtsstreit mit der EU standhaft zu bleiben.

... darf auch Sparkasse draufstehen

Kein Hehl machte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos aus seiner Absicht, den Sparkassen im Namensstreit den Rücken zu stärken. Mit Nachdruck werde er sich dafür einsetzen, dass nur Sparkassen diesen Namen tragen: „Mit die-

ser Bezeichnung muss sich auch weiterhin eine gewisse Ausschließlichkeit verbinden.“ Erneut bekräftigte der Minister die Haltung der Bundesregierung, sich der Anweisung Brüssels „mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln“ zu widersetzen. Für den Fall, dass auf dem Verhandlungswege mit der EU-Kommission keine Einigung erzielt werde, kündigte Glos an, notfalls auch vor den Europäischen Gerichtshof zu ziehen. Der CSU-Politiker sprach sich zudem für den Erhalt des deutschen Drei-Säulen-Systems mit den öffentlich-rechtlichen, privaten sowie genossenschaftlichen Kreditinstituten aus.

Unterstützung von der Staatsregierung

Drei Männer - ein Wort: Unterstützung erhalten die bayerischen Sparkassen auch von der Bayerischen Staatsregierung. „Der Freistaat bekennt sich weiterhin zu den Sparkassen und zum bewährten Drei-Säulen-System in der Kreditwirtschaft!“ erklärte Finanzminister Kurt Faltlhauser. Die Sparkassen seien aufgrund ihrer charakteristischen räumlichen und persönlichen Nähe insbesondere für den bayerischen Mittelstand der erste Ansprechpartner unter den Banken: So finanzierten die bayerischen Sparkassen im gewerblichen Bereich derzeit etwa zwei Drittel aller Handwerksbetriebe und jede zweite Existenzgründung. „62 Prozent der Deutschen vertrauen den Sparkassen und mehr als 75 Prozent der Deutschen wollen die Sparkassen in ihrer heutigen

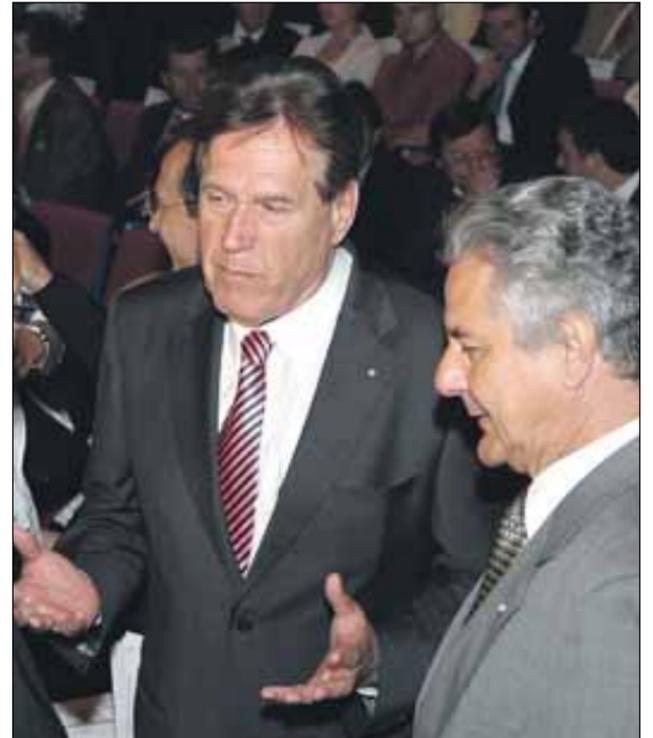
Struktur und geschäftspolitischen Ausrichtung erhalten sehen“, sagte Faltlhauser und betonte: „Das hohe Vertrauen der Bürger belegt den Erfolg der Sparkassen.“

Vor diesem Hintergrund hält er eine Relativierung des Bezeichnungsschutzes für Sparkassen für „inakzeptabel“. Die Bezeichnung „Sparkasse“ müsse ohne Wenn und Aber den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, also den klassischen Sparkassen, vorbehalten bleiben. „Ich halte die gesamte Diskussion um das Aufbrechen des Drei-Säulen-Systems der deutschen Kreditwirtschaft für verfehlt. Die Sparkassen-Finanzgruppe ist kein Steinbruch, aus dem sich Wettbewerber jeweils ein passendes Stück herauschlagen können - der Bezeichnungsschutz für Sparkassen muss erhalten bleiben!“ forderte der Minister.

Deutlich sprach sich Faltlhauser gegen übermäßige Belastungen für die Kreditwirtschaft aus immer umfangreicheren Anforderungen der Bankenaufsicht aus. „Wenn der Finanzplatz Deutschland im europäischen und internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben soll, darf der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei der Bankenaufsicht nicht aus den Augen gelassen werden. Dies gilt insbesondere für die Tätigkeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.“

Initiativen zur Deregulierung der Bankenaufsicht

Der Finanzminister verwies in diesem Zusammenhang auch auf wichtige bayerische Initiativen zur Deregulierung der Bankenaufsicht: So wurde auf Initiative Bayerns die absolute Offenlegungsgrenze auf 750.000 Euro erhöht. Damit herrsche nun bei den Offenlegungsvorschriften Wettbewerbsgleichheit zu Österreich. Darüber hinaus habe der Bundesrat, ebenfalls auf Initiative Bayerns, eine umfangreiche Entschließung zum Abbau der



Bayerns Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser (r.) mit Bundeswirtschaftsminister Michael Glos.

Überreglementierung bei der Bankenaufsicht gefasst. Zudem unterstütze Bayern nachdrücklich die von der Wirtschaftsministerkonferenz der Länder im Juni 2006 beschlossene Stellungnahme „Effiziente Bankenaufsicht ohne Überregulierung“ und setze sich für eine Kostenbeteiligung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht an den Kosten der Aufsicht, für eine praktikable Umsetzung der dritten EU-Geldwäscherichtlinie und vor allem für eine Reduktion der Sonderprüfungen ohne besonderen Anlass ein.

Drei-Säulen-Modell

Der Europaparlamentarier Alexander Radwan wies darauf hin, dass das Sparkassenmodell beispielhaft für andere europäische Länder sei. Er bezeichnete das deutsche Drei-Säulen-Modell als einzigartig, die Rechtsform und der Begriff der Sparkasse würden in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich gehandhabt und ausgefüllt. Da die eigene „Großfamilie“ heterogen strukturiert sei, sei es umso wichtiger, einheitliche Ziele der Sparkassen zu definieren.

Der europäische Gesetzesrahmen verfolge das Ziel einer Finanzmarktintegration, um den europäischen Markt vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten attraktiver und wettbe-

werbsfähiger zu machen, fuhr Radwan fort. Er nannte hier unter anderem die großen Fortschritte beim Aktionsplan für Finanzdienstleistungen (Financial Services Action Plan, FS-AP), der primär im Wertpapierbereich große Fortschritte gebracht habe. Drei zentrale Ziele seien die Gewährleistung eines einheitlichen Firmenkundenmarktes für Finanzdienstleistungen, die Schaffung offener und sicherer Privatkundenmärkte und die Modernisierung der Aufsichtsregeln sowie deren Überwachung gewesen. Fast alle der mehr als 40 geplanten legislativen Maßnahmen seien bis Juni 2004 verabschiedet worden. Daneben hätten vor allem die Richtlinien zu Basel II zu den Weichenstellungen der letzten Zeit gehört.

Spannungsfeld

Insgesamt stünden sich der Wunsch nach einem integrierten Finanzbinnenmarkt mit der Tatsache der Heterogenität des Sparkassensektors gegenüber, bilanzierte Radwan. Dieses Spannungsfeld gelte es auszubalancieren und seine eigene Positionierung in einem europäischen Finanzbinnenmarkt zu stärken. Ziel sollte es sein, „das Regionalbankensystem zu einem Modell für Europa zu machen“ - gerade in einer Zeit der Veränderungen. **DK**

Für Hypothekendarfbriefe der BayernLB:

Weiteres „AAA“-Rating

Die Rating-Agentur Standard & Poor's (S&P) hat der BayernLB auch für Emissionen von Hypothekendarfbriefen die beste Ratingnote „AAA“ erteilt. Die Bewertung reflektiert zum einen die hohe Qualität der Pfandbriefe zu Grunde liegenden Forderungen (Deckungsmasse), zum anderen jedoch auch die von der BayernLB eingegangene Selbstverpflichtung, in der die Steuerung von Marktrisiken und Liquidität beschrieben werden.

Die Selbstverpflichtung der BayernLB enthält Grundsätze zur aktiven Steuerung des Deckungsregisters für öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarfbriefe, wie zum Beispiel die Steuerung der barwertigen Überdeckung, und geht damit über die nach neuem Pfandbriefgesetz (PfandBG) geforderte Transparenz hinaus; sie wird ab sofort von der BayernLB als „Selbstverpflichtung für das Management der Pfandbriefregister“ auf ihrer Internetseite www.bayernlb.de/investor-relations/ veröffentlicht.

Erstklassiges Standing

„Die Vervollständigung der bestehenden Ratings für unsere Hypothekendarfbriefe durch das veröffentlichte AAA-Rating

von S&P sichert unser erstklassiges Standing als bedeutender Emittent an den Kapitalmärkten und ermöglicht uns auch weiterhin die kostengünstige Nutzung dieser für die BayernLB und die gesamte Sparkassen-Finanzgruppe Bayern bedeutsamen Refinanzierungsquelle. Die BayernLB ist damit die einzige Landesbank mit einem AAA-Rating der drei Ratingagenturen S&P, Moody's und Fitch sowohl für öffentliche Pfandbriefe als auch für Hypothekendarfbriefe“, kommentierte der Vorstandsvorsitzende Werner Schmidt die Ratingentscheidung. Die Selbstverpflichtung trägt dazu bei, den Investoren zukünftig eine noch klarere Beurteilung ihrer AAA-Pfandbrief-Anlagen zu ermöglichen. **DK**

Marktführer Sparkassen

„Die 77 bayerischen Sparkassen sowie ihre Töchter und Verbundpartner sind im Freistaat Bayern nicht nur fest verankert, sondern als Finanzgruppe der Marktführer“, erklärte der geschäftsführende Verbandspräsident Siegfried Naser bei der Vorstellung aktueller Zahlen. Die bayerischen Sparkassen entwickelten sich gut und hätten ihre Betriebsergebnisse auf hohem Niveau stabilisiert. Die Prognose für 2006 gestalte sich ordentlich. Die intensive Arbeit in den Sparkassen führe somit bereits jetzt im dritten Jahr hintereinander zu durchaus achtbaren Betriebsergebnissen.

Laut Naser vergaben die bayerischen Sparkassen im vergangenen Jahr an Unternehmen und Selbstständige neue Darlehenszusagen für mittel- und längerfristige Finanzierungen im Volumen von 6,5 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr bedeute dies einen Anstieg um 23,8 %. Auch im ersten Vierteljahr 2006 setzte sich dieser Trend fort. Gegenüber dem ersten Quartal 2005 lägen die Firmenkreditzusagen im ersten Quartal 2006 um 23,3 % höher. Die Kreditzusagen im Wohnungsbaukredit stiegen sogar noch deutlicher: Sie liegen Naser zufolge im ersten Quartal 2006 um 29,8 % höher als im ersten Quartal 2005.

Die Zusammenarbeit im Verbund in Bayern sei über alle Einheiten hinweg ausgebaut und gefestigt worden, stellte der Präsident fest. Die Kooperation mit der Versicherungskammer Bayern, der BayernLB, der LBS Bayerische Landesbausparkasse und vielen weiteren Einheiten sei in ihrer Gesamtschau hervorragend. Früher strategisch umstrittene Themen wie z. B. Kapitalerhöhung und regionaler Haftungsverbund seien erfolgreich geregelt worden.

Nachdem nunmehr die grundsätzliche Strategie der Sparkassen-Finanzgruppe Bayern stehe, „können und müssen wir uns im täglichen Geschäftsleben darauf konzentrieren, wie wir unsere Marktführerschaft in Bayern weiter festigen und ausbauen können“, fuhr Naser fort. Hierzu habe der Sparkassenverband auch im IT-Bereich eine geradezu historische Richtungsänderung vorgenommen: „Wir schließen uns jetzt mit der Sparkassen Informatik (SI) zusammen und schaffen so für über 300 deutsche Sparkassen den größten IT-Finanzdienstleister Europas.“

Im Hinblick auf die kommunalen Eigentümer bemerkte Naser: „Ungerechtfertigte Angriffe von Seiten der EU-Kommission und der privaten Konkurrenz haben Sparkassen und Kommunen in den letzten Jahren eng zueinander geführt.“ In diesem Zusammenhang dankte er Gemeinden und Städten, den kommunalen Spitzenverbänden und den Verwaltungsratsmitgliedern „für das gute Miteinander, das es den Sparkassen ermöglicht, sich auf ihre Kernaufgabe, das Geschäft mit den Kunden, zu konzentrieren.“ **DK**

Theo Harnischmacher feierte 60. Geburtstag

Am 28. Juni 2006 feierte der Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der BayernLB, Theo Harnischmacher, seinen 60. Geburtstag. Harnischmacher blickt auf eine beeindruckende Karriere innerhalb der Sparkassenorganisation zurück, für die er von 1962 bis 1964 mit einer Ausbildung zum Bankkaufmann bei der Sparkasse Menden in Westfalen den Grundstein gelegt hat.

Nach seinem Studium zum Diplom-Sparkassenbetriebswirt wurde Harnischmacher im Alter von 29 Jahren zum Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Ludwigsstadt und 6 Jahre später zum Vorsitzenden des Vorstandes bestellt. Die durch eine Fusion neu entstandene Sparkasse Miltenberg-Obernburg führte er von 1988 an knapp 13 Jahre lang mit als Vorstandsvorsitzender, bis er im November 2001 in den Vorstand der BayernLB berufen wurde.

Fundiertes Wissen

Theo Harnischmacher hat das neue Geschäftsmodell der Bank maßgeblich geprägt und die strategische Neuausrichtung mit ho-

hem Einsatz und fundiertem Fachwissen an entscheidender Stelle vorangetrieben. Innerhalb des Vorstandes verantwortet er als Dezernent für das Geschäftsfeld „Sparkassen und Markt Bayern“ und die LBS Bayern wesentliche Säulen der BayernLB. Harnischmacher engagiert sich zusätzlich in verschiedenen Gremien der Sparkassenorganisation. Mit seiner Ernennung zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes im Januar 2005 und der Vertragsverlängerung bis 2011 durch den Verwaltungsrat im März 2006 wird die hohe Wertschätzung, die der verheiratete Familienvater bei Anteilseignern, Mitarbeitern und Kunden genießt, verdeutlicht. **DK**

Ingolstadt und Sonthofen:

Private Investoren finanzieren kommunale Freizeitbäder

Von Michael Edinger, Stellvertretender Direktor, SüdLeasing Mannheim

Mit Erlebnisbädern halten Ingolstadt und Sonthofen trotz angespannter Haushaltslage ihren Freizeitwert. Möglich wurde das durch eine Finanzierung gemeinsam mit privaten Investoren. Das Konzept bewährt sich im Alltag.

Der Luftkurort Sonthofen im Allgäu lockt seine jährlich rund 485.000 Übernachtungsgäste mit einer Attraktion, die das Freizeitangebot der Alpenstadt bereichert.

Freizeitwert bereichert

Sonthofen hat mit dem Bau des Freizeitbades Wonnemar seinen Freizeitwert erhöht. Die Investition ist Teil des Projektes

„Zukunft Sonthofen“ für die Stadtentwicklung.

Auch Ingolstadt hat in seine Infrastruktur investiert: Die Donautherme, ebenfalls namens „Wonnemar“, sowie benachbarte Saturn-Arena, eine Multifunktionshalle für Kultur- und Sportveranstaltungen, steigern Lebensqualität und Attraktivität der Stadt im Zentrum des Städtedreiecks München, Nürnberg und Augsburg. Beide Kommu-

nen, Sonthofen und Ingolstadt, konnten die Infrastrukturinvestitionen trotz angespannter Haushaltslage durch die Zusammenarbeit mit privaten Investo-

Immobilie geleast
... in Zukunft investiert
... Ihr Partner: SüdLeasing.



SüdLeasing

Man least viel Gutes über uns.

SüdLeasing GmbH · Augustaanlage 33
68165 Mannheim · Telefon: (06 21) 428-2700
Telefax: (06 21) 428-2724 · www.suedleasing.de

Ein Unternehmen der Landesbank Baden-Württemberg
Mannheim · Stuttgart

lasten, ist voll aufgegangen,“ sagt Werner Gerngroß, Stadtkämmerer der Stadt Sonthofen. Das Bad werde gut angenommen, die konzipierten Besucherzahlen wurden in den vier Jahren seit Eröffnung des Bades stets erreicht.

Selbstständige GmbH

Betrieben wird die Einrichtung von einer selbstständigen Bäder- und Freizeitanlagen GmbH, in deren Beirat auch der Bürgermeister sitzt. Wegen des in jüngerer Vergangenheit sinkenden Zinsniveaus sei es durch Nachverhandlungen sogar gelungen, die Raten der Mietzahlungen zu senken, so Gerngroß. So muss die Stadt binnen fünf Jahren rund 300.000 Euro weniger als geplant ausgeben.

Investor stundete Zinsen

Allerdings musste Sonthofen auch einen Rückschlag verkraften: Als Folge des Hochwassers im vorigen Jahr standen die tiefer gelegenen Räume einschließlich Maschinen und Technik unter Wasser. Es entstand ein Schaden in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro. Von August bis November musste das Bad geschlossen werden. Der private Investor reagierte flexibel und stundete die Zahlung des Erbauzins kurzfristig. „Inzwischen läuft alles wieder wie geplant“, versichert der Sonthofener Stadtkämmerer.

Finanzierungskonzept geht auf

Dessen positive Bilanz der Partnerschaft von öffentlicher Hand und privaten Investoren

ren - darunter die Süd Leasing-Gruppe - stemmen.

„Unser Konzept, das Freizeitangebot unseres Urlaubsortes zu verbessern und gleichzeitig den städtischen Haushalt zu ent-

Brigitte Walter verstärkt Vorstand der Real I.S. AG

Ab dem 1. Juli 2006 wird Brigitte Walter als Mitglied des Vorstandes - zunächst 1 Jahr als stellvertretendes Vorstandsmitglied - den Vorstand der Real I.S. AG komplettieren. Im Vorstand wirken außerdem Josef Brandhuber als Vorstandsvorsitzender und Jochen Schenk als weiteres Vorstandsmitglied.

Das Aufgabengebiet von Frau Walter umfasst den Bereich Unternehmenssteuerung, Risikomanagement, Portfoliomanagement inkl. Research. Darüber hinaus trägt sie die Verantwortung für den Geschäftsbereich Performance (Asset- und Fondsmanagement). Der Geschäftsbereich Performance umfasst das Management des weltweiten Immobilienbestandes inkl. der Kapitalanlageprodukte mit einem Investitionsvolumen von derzeit rd. 3,9 Mrd. In der Real I.S. AG, in der Frau Walter seit 1.4.2001 tätig ist, baute sie zunächst die Bereiche Unternehmenssteuerung, Risikomanagement und Portfo-

liomanagement inkl. weltweitem Research aus. Projekte wie z. B. der Aufbau der eigenen Hausverwaltung der Real I.S. AG aber auch IT- und Personalprojekte und ein aktives Teilnehmungsmanagement gehören u. a. zu ihrem Trackrekord innerhalb der vergangenen 5 Jahre. Frau Walter war derzeit bereits Prokuristin der Real I.S. AG und übt Geschäftsführermandate von Beteiligungsgesellschaften aus. Fragen der Prozessoptimierung - insbesondere im Immobilienankauf und der Produktauflagen, aber auch der Immobilienverwaltung - sind ihre Spezialität. Sie hat sich in dieser Zeit durch ihre spezifische Tätigkeit auch in Immobilien Themen umfangreiches Fachwissen erworben. Frau Walter besuchte 1989/1990 das Lehrinstitut für das kommunale Sparkassen- und Kreditwesen in Bonn. Sie verfügt über langjährige Berufserfahrung, davon viele Jahre in der Sparkasse Bad Hersfeld - Rotenburg. Sie hat dort alle Bereiche des Kredit- und Geldwesens kennen gelernt, zuletzt war Sie Hauptabteilungsleiterin des Vorstandesekretariats mit einem breiten Aufgabengebiet. „Mit Frau Walter komplettiert sich der Vorstand mit einer erfahrenen und versierten Fach- und Führungskraft, die über umfangreiche Erfahrungen im Geld- und Kreditwesen und im Immobilienbereich verfügt. Gemeinsam mit Frau Walter werden wir die Marktstellung der Real I.S. AG weiter festigen und ausbauen“ - so kommentieren Dr. Rudolf Hanisch, Aufsichtsratsvorsitzender sowie Josef Brandhuber, Vorstandsvorsitzender der Real I.S. AG. □

Kur- und Familienfreizeitbad „Wonnemar“, Sonthofen

Auftraggeber: Stadt Sonthofen

Auftragnehmer: Oberallgäuer Bäder- und Freizeitanlagen GmbH & Co. KG, Fa. Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Süd Leasing

Projektvolumen: Baukosten 17 Millionen Euro

Vertragsart: Betreibermodell

Leistungen der Auftragnehmer: Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb

Vergabeverfahren: Öffentliche Ausschreibung (Nebenangebot)

Öffentliche Fördermittel: keine

Projektdurchführung: 1999-2001

Quelle: Leitfaden „PPP zur Realisierung öffentl. Baumaßnahmen in Bayern - Teil 1“, hrsg. von Gesprächsgruppe PPP. □

bestätigt auch Thomas Hehl von der Freizeitanlagen GmbH der Stadtwerke Ingolstadt: „Das Erlebnisbad wird wegen des vielfältigen Angebots gut angenommen. Wir erreichen die in der Planungsphase konzipierten Besucherzahlen und Einnahmen, so dass unser Finanzierungskonzept aufgeht.“ Hehl betrachtet die Private-Public-Partnership auch im Gesamtrahmen mit der benachbarten Saturn-Arena. „Die Kultur- und Sportveranstaltungen laufen dort sogar besser als geplant, was unsere Bilanz noch verbessert“, erklärt Hehl.

Vorteile von PPP

Die Erfahrungen in Sonthofen und Ingolstadt bestätigen

die typischen Vorteile von Private-Public-Partnerships:

- Sämtliche Risiken während der Bauphase werden von der Leasinggesellschaft übernommen, auch alle Termin- und Preisrisiken.
- Während der Bauphase entstehen für die Kommune keine mit dem Bau verbundenen Kosten.
- Die Finanzierung erfolgt zu Kommunalkreditkonditionen.
- Zahlungen werden für die Kommune erst nach Inbetriebnahme fällig.
- Die Raten für die Bäder werden langfristig festgeschrieben und aus den Einnahmen finanziert. So wächst das Freizeitangebot der Kommune - ohne zusätzliche Haushaltsbelastung. □

Lob für engagierte Mediziner und innovative Projekte

BayernLB verleiht zum neunten Mal Klinikförderpreis

München - Die BayernLB verlieh zum neunten Mal den mit 25.000 Euro dotierten Klinikförderpreis. Der bundesweit ausgeschriebene Wettbewerb richtet sich Kliniken, die den Strukturwandel im Gesundheitswesen vorantreiben.

Die BayernLB unterstreicht mit diesem Engagement die soziale Verantwortung von Unternehmen. Damit auch künftig hohes Niveau und medizinischer Fortschritt im Gesundheitswesen bezahlbar bleiben, sind Maßnahmen wie Effizienzsteigerung sowie Optimierung der Strukturen und Prozessabläufe in den Kliniken dringend erforderlich. „Unser Ziel ist es, Kliniken auszuzeichnen, die den Strukturwandel im Gesundheitswesen mit innovativen Ideen besonders vorantreiben und dabei den Patienten in den Mittelpunkt stellen“, so Dr. Rudolf Hanisch, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der BayernLB, zur Idee des Engagements der Bank. Der Wandel der Krankenhäuser hin zu leistungsorientierten Unternehmen mit wichtiger sozialer Aufgabe wird dabei unterstützt. Schirmherrin des Klinikförderpreises ist die Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christa Stewens.

Telemedizin und Onkologie

Ausgezeichnet wurden dieses Jahr das Städtische Klinikum München/Harlaching mit dem Projekt „TEMPiS - Telemedizinisches Pilotprojekt zur integrierten Schlaganfallversorgung“ und die Klinik der Universität Köln mit dem Projekt „Centrum für integrierte Onkologie“.

Versorgungsnetz für Ältere

Einen Sonderpreis erhielt das Evangelische Krankenhaus Bielefeld für das Projekt „Ein stabiles Versorgungsnetz für ältere und hoch betagte Bürger mit gerontopsychischem Behandlungsbedarf in Bielefeld“. Die ersten beiden Projekte wurden mit 10.000 Euro prämiert. Der Sonderpreis ist mit 5.000 Euro dotiert.

Das Telemedizinische Pilotprojekt zur integrierten Schlaganfallversorgung in der Region Süd-Ost-Bayern (TEMPiS) ist

durch seine Effizienz und wohnortnahen Therapiemöglichkeiten ein Musterbeispiel für die Versorgung von Schlaganfallpatienten. Aus der Phase des Modellprojekts wurde es wegen der ausgewiesenen Erfolge bereits in die Regelversorgung überführt. Das Projekt dient inzwischen als „Qualitätsindikator“ für die weitere bedarfsorientierte Schlaganfallversorgung im Flächenstaat Bayern. Die Zahl der in den regionalen Kooperationskliniken durchgeführten Lysen konnte wesentlich gesteigert und die Verweildauer in diesen Kliniken verkürzt werden. Die im Rahmen des Projekts behandelten Patienten haben hinsichtlich Überlebenschancen und Behinderungsgrad gegenüber einer unspezialisierten Standardbehandlung erheblich profitiert.

Die bayerischen Krankenkassen tragen die laufenden Kosten und schaffen die weitere finanzielle Grundlage. Die Telemedizin-Investitionen werden vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen gefördert. Die Kosten der wissenschaftlichen Analyse wurden getragen von der Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe.

Jede Minute zählt

Eine besondere Herausforderung im Schlaganfallbereich liegt im Zeitfenster. Jede Minute zählt. Hier setzt TEMPiS an: Rasches Eingreifen durch wesentlich kürzere Transportwege; sofortige Verfügbarkeit von Spezialisten und wichtigen Daten; Transfer neurologischen Fachwissens von Schlaganfall-Spezialstationen - der sog. Stroke units - mit Hilfe der Telemedizin in die regionalen Krankenhäuser; dezentraler Ansatz: der Experte kommt zum Patienten - und nicht umgekehrt; Bündelung und Konzentration von Fachwissen; Verbesserung der Schlaganfallversorgung in regionalen Kliniken. Das Projekt ist inzwischen auf weltweites Interesse gestoßen. □

Privater Kanal zum öffentlichen Netz:

Staatliche Förderung möglich

Finanzstaatssekretär Meyer setzt sich für Kommunen ein

Vilshofen. Das Engagement von Bürgermeistern, insbesondere des 1. Bürgermeisters der Stadt Vilshofen Hans Gschwendtner und des 1. Bürgermeisters der Gemeinde Aldersbach und KPVB-Zirksvorsitzenden Franz Schwarz hatten Erfolg. Die Initiative der Bürgermeister haben CSU-Landtagsabgeordnete unter Federführung des stellvertretenden CSU-Fraktionsvorsitzenden Markus Sackmann und Finanzstaatssekretär Franz Meyer aufgegriffen. Der Antrag der CSU mit dem Ziel, dass ein privater Kanal zum öffentlichen Kanalnetz auch staatlich gefördert wird, wurde in der jüngsten Plenarsitzung angenommen.

Wie Staatssekretär Meyer Bürgermeister Gschwendtner bei einem Gespräch im Rathaus bestätigte, gibt es jetzt eine Entlastung für Hausbesitzer in dünn besiedelten Gebieten. Legt ein Hausbesitzer einen privaten Kanal zum öffentlichen Kanalnetz, kann er dafür unter bestimmten Voraussetzungen eine Förderung des Freistaates Bayern erhalten. Meyer erläuterte dem Bürgermeister dass der Hausbesitzer jedoch nur dann einen Zuschuss zu den Kanalbaukosten bekomme, wenn damit eine private Kleinkläranlage, die auch staatlich gefördert werden würde, unnötig wird.

Auf Nachfrage berichtete der Staatssekretär dem Bürgermeister, dass der Antrag im Landtag mit den Stimmen der CSU

beschlossen wurde. „Diese Regelung ist eine pragmatische Lösung, von der alle Seiten profitieren“, so Gschwendtner. Die Hausbesitzer kämen nunmehr in den Genuss einer dauerhaften Entsorgungssicherheit und die Gemeinden könnten so ihre bestehenden Anlagen besser auslasten.

Kommunalfreundlichkeit

Gschwendtner, der auch stellvertretender Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetages ist, dankte der Mehrheitsfraktion für die konkrete Umsetzung ihrer Initiativen. „Dies zeigt erneut die Kommunalfreundlichkeit von Staatsregierung und Landtags-CSU“, so Meyer. □

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE
Dienstleistungen für Kommunen

- Bauland-Entwicklung (Beschaffung und Erschließung)
- Kommunale Investitionen
- Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner für die jeweiligen Regierungsbezirke:

Franken: Herr Grauer Tel. 0911 / 23 20 929
Herr von Imhoff Tel. 0911 / 23 20 920

Oberbayern und Schwaben: Herr Danninger Tel. 0821 / 50 22 613

Niederbayern und Oberpfalz: Herr Müller Tel. 0941 / 78 00 116

Kompetenzzentrum, Planungs-, Dokumentationsdienstleistungen und Konversion: Herr Streng Tel. 0921 / 78 42 34



Wussten Sie eigentlich, dass König Ludwig III im Jahre 1917 die Gründung einer Bayerischen Landessiedlungs Gesellschaft initiierte?

Bayerische Landessiedlung GmbH



Presse-Regionaltag des Genossenschaftsverbands Bayern:

Genossenschaft hat Zukunft

Mittelfranken als Auftaktregion
Zentrale Forderungen an die Politik

Die Präsentation eines Schwergewichts unter den Genossenschaften - der DATEV eG - sowie die der Obstverwertungsgenossenschaft Förrenbach eG, einer klassischen Raiffeisengenossenschaft, bildeten den Schwerpunkt des Presse-Regionaltags des Genossenschaftsverbands Bayern in Hersbruck. Mittelfranken stellte die Auftaktregion für die nunmehr jährlich stattfindende Informationsveranstaltung dar, die unter dem Motto „Genossenschaft hat Zukunft“ stand.

Die DATEV eG ist nicht nur eine der mitarbeiterstärksten Genossenschaften, sondern gehört zu den größten Softwarehäusern Deutschlands. Dass das Unternehmen dieses Jahr seinen 40. Geburtstag feiern konnte, zeigt nach den Worten des Präsidenten des Genossenschaftsverbands Bayern, Stephan Götzl, „die Substanz und Qualität, die hinter diesem Unternehmen steckt“.

Beispielhaft ist auch die Obstverwertungsgenossenschaft Förrenbach eG: Sie stellt eine von 20 bayerischen Obst- und Ge-

befänden sich allein 106 in Mittelfranken. Über 2,7 Millionen bayerische Bürger und damit mehr als ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung Bayerns seien Mitglied einer Genossenschaft, fuhr der Präsident fort. In Mittelfranken seien ca. 10.000 Menschen in Genossenschaften beschäftigt, in ganz Bayern knapp 70.000 Mitarbeiter. Hinzu kämen ca. eine Million Beschäftigungsverhältnisse, die in direktem oder indirektem Zusammenhang mit Genossenschaften in Bayern durch die ca. 300.000 Mitglieder allein bei



Der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, Stephan Götzl (l.) mit Prof. Dieter Kempf, Vorstandsvorsitzender der DATEV eG.

Vertrauen und Zuversicht. Dies zeige sich auch darin, dass sie Jahr für Jahr über eine halbe Milliarde Euro in den Standort Bayern investieren. Mit Hilfe ihrer Mitarbeiter und modernen Unternehmen würden jährlich rund 3,9 Milliarden Euro an Wertschöpfung in Bayern erwirtschaftet - „eine stolze Summe“, wie Götzl bemerkte.

Paradebeispiele

Wie man in wirtschaftlich nicht immer einfachen Zeiten Kräfte in genossenschaftlichen Unternehmen bündeln kann, um auf Erfolgskurs zu bleiben, dafür seien die Mitglieder der 42 Handwerksgenossenschaften ein Musterbeispiel. Sie könnten gemeinsam einkaufen und planen, Maschinen gemeinsam nutzen, gemeinsam am Markt auftreten und so Aufträge an Land ziehen, die ein einzelner Betrieb womöglich allein nie bekommen hätte. Die beiden Genossenschaften, die am Regionaltag näher vorgestellt wurden, bezeichnete Götzl als „Paradebeispiele auf ihren Feldern“.

Jedes Mitglied der Genossenschaft bleibe selbstständig und unabhängig. Durch die Mitgliedschaft in der Genossenschaft reduziere es aber seine

Kosten und stärke seine Chancen am Markt, betonte Götzl. Gerade für den Mittelstand gelte: „Nutzen von Kooperationsvorteilen, Erzeugen von Marktmacht und das Bilden von Netzwerken sind heute unverzichtbar für den wirtschaftlichen Erfolg. Oder anders: Mit der genossenschaftlichen Unternehmensform macht sich der Mittelständler das Leben leichter.

Das unterstreichen auch die 354 bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken täglich aufs Neue.“

Dichtes Netz an Geschäftsstellen

Denn anders als viele Banken seien die bayerischen Genossenschaftsbanken dort zu finden, wo die meisten Mittelständler, die Handwerksunternehmen sind: in den Regionen. Mit 3.346 Geschäftsstellen, davon 325 in Mittelfranken, verfügten sie über das dichteste Geschäftsstellen-netz aller bayerischen Bankengruppen und das über ganz Bayern verteilt.

Gesetzesreform gibt weiteren Auftrieb

Die genossenschaftliche Idee biete den Genossenschaftsbanken das nötige Potenzial, im harten Wettbewerb als Sieger hervorzugehen, sagte der Präsident. Die Reform des Genossenschaftsgesetzes, das am 18. August dieses Jahres in Kraft tritt, gebe dem Genossenschaftswesen weiteren Auftrieb. So werde die Rechtsform der Genossenschaft über die bisherigen Wirtschaftszweige und Wirtschaftsräume hinaus für viele Unternehmen interessant.

Unbürokratische Möglichkeiten

Zum einen werde es möglich sein, mit nur noch drei Mitgliedern eine Genossenschaft zu gründen anstatt mit sieben. Zum anderen ergäben sich durch die neu eingeführte Europäische Genossenschaft deutlich bessere und unbürokratischere Möglichkeiten zur Kooperation auf

dem europäischen Binnenmarkt. Doch um diese neuen Möglichkeiten nutzen zu können, müssten die politischen Rahmenbedingungen für die Unternehmen selbst stimmen. Hier gebe es allerdings noch einiges zu tun. Deswegen sind laut Götzl folgende Maßnahmen von Seiten der Politik unabdingbar notwendig:

1. Abbau von bürokratischen Lasten

Die bürokratischen Lasten und Kosten in Deutschland müssten drastisch reduziert werden. Ein typisches Beispiel liefere im Bereich der Kreditgenossenschaften die Prüfungsmethodik der BaFin, die die Banken ebenso Millionen koste wie das Kontenabrufverfahren. Mittlerweile habe sich das Gesetz zu einem „Kapitalverteilungsgesetz“ entwickelt.

2. Neuausrichtung der Steuerpolitik

Im Rahmen einer umfassenden, den Mittelstand entlastenden Unternehmenssteuerreform dürfe es nicht nur wettbewerbsfähige Steuersätze und eine deutliche Vereinfachung geben, sondern es müsse ebenso eine moderate Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge eingeführt werden. Sie sei ein wichtiger Schritt, den Kapitalabfluss ins Ausland zu stoppen und gleichzeitig den bürokratischen Aufwand zu reduzieren.

3. Grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme

Die Werte der Eigenverantwortung und Selbsthilfe müssten in der aktuellen Reformdebatte wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Davon sei bisher so gut wie nichts zu erkennen. Der Reformbedarf sei riesig, mutige Entscheidungen vonnöten. **DK**

Verbandstag 2006 am 13. Juli:

„Genossenschaft und Mittelstand - gewinnen durch Partnerschaft“

Traditionell eng ist die Verbindung zwischen dem Mittelstand sowie den mittelständischen Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern. Das spiegelt sich auch in der Themensetzung des diesjährigen Verbandstages des Genossenschaftsverbandes Bayern e.V. (GVB) am 13. Juli ab 10 Uhr im Internationalen Congress Center München (ICM) Messegelände wider: „Genossenschaft und Mittelstand - gewinnen durch Partnerschaft.“

Der Verbandstag ist mit rund 1.400 Teilnehmern das zentrale öffentliche Forum des Genossenschaftsverbandes Bayern zu wirtschafts- und finanzpolitischen Fragestellungen. Zu diesen wird vor aktuellem Hintergrund unter anderem der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, in seinem Grußwort Stellung beziehen. □

müsegennossenschaften dar, die im Jahr 2005 zusammen über 40.000 Tonnen Obst und Gemüse absetzen konnten.

Eine starke Idee

Götzl verwies darauf, „dass unsere mittelständischen Wurzeln für die bayerischen Genossenschaften identitätsbildend sind“. Denn die genossenschaftliche Unternehmensform sei eine starke Idee, stütze den ländlichen Raum und lebe den Mittelstandsgedanken.

Von den insgesamt 1.138 bayerischen Genossenschaften

den ländlichen und gewerblichen Genossenschaften stehen. Jedem zwölften Bayern sicher-ten die Genossenschaften auf diese Weise entweder direkt oder indirekt einen Arbeitsplatz.

Massive Säule der lokalen Wirtschaft

Die genossenschaftlichen Unternehmen stellten eine massive Säule der bayerischen Volkswirtschaft, insbesondere aber der lokalen Wirtschaft dar - gerade in strukturschwachen Gebieten. Die bayerischen Genossenschaften böten Sicherheit,

Unternehmenssteuerreform:

OB Schaidinger fordert Ausbau der Gewerbesteuer

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, hat an die Bund-Länderarbeitsgruppe von Union und SPD appelliert, sich nachdrücklich für die Beibehaltung der Gewerbesteuer auszusprechen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte in der Generalaussprache des Bundestags zum Haushalt bekräftigt, dass es bei der geplanten Unternehmenssteuerreform „mutige Schritte“ geben wird. Der Vorsitzende des Städtetags kommentierte dies mit den Worten: „Mutige Schritte ja, aber bitte in Richtung Stärkung der Städte und Gemeinden“.

Schaidinger erwartet von den Koalitionsfraktionen, dass sie den Vorschlägen von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück folgen, der dem Vernehmen nach die Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer verbreitern will. Eine solche zusätzliche Stabilisierung der Gewerbesteuer läge auf der Linie dessen, was die Städte schon seit Jahren fordern.

Schaidinger: „Mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer wäre es möglich, die nominalen Sätze für die Steuer zu senken.

Damit könnte auch ein Ziel der Unternehmenssteuerreform erreicht werden, niedrigere, im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähigere Steuersätze zu erreichen“.

Starke Städte brauchen gesicherte Finanzen

Schaidinger wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Argument, die Gewerbesteuer wäre im europäischen Vergleich wettbewerbsverzerrend, nicht stichhaltig ist. Er be-

rufte sich dabei auf den Bundesfinanzhof. Dieser hat in seiner Begründung zu einem Urteil vom 18. September 2003 festgehalten, dass eine Reihe europäischer Staaten eine Steuer erhebt, die mit der deutschen Gewerbesteuer bis ins Detail vergleichbar ist.

Der Vorsitzende des Städtetags hat in mehreren Gesprächen mit Abgeordneten sowohl der CSU wie auch der bayerischen SPD den Eindruck gewonnen, dass dort durchaus Verständnis für die Forderung der Kommunen nach Beibehaltung der Gewerbesteuer besteht. Er appellierte deshalb an die bayerischen Vertreter im Bundestag, sich zu Gunsten der Kommunen einzusetzen. Schaidinger: „Um im internationalen Vergleich ein guter Standort zu sein, brauchen wir starke Städte. Und starke Städte brauchen gesicherte Finanzen.“ □



Hürden gemeinsam meistern.
Zinslasten senken –
Marktchancen nutzen

Machen Sie Ihr Finanzmanagement zum Chancenmanagement:
Die erfahrenen Spezialisten der Deutschen Bank bieten moderne Finanzinstrumente an, die zielgenau und praxisorientiert auf Kommunen, kommunale Betriebe und Unternehmen zugeschnitten sind. Ihre Chancen: Zinsaufwand senken, Verpflichtungen schneller abbauen und neue Spielräume für Investitionen schaffen.

Mehr dazu erfahren Sie im Internet oder direkt von Ihrem Ansprechpartner:
Hans-Jürgen Gerlach, Tel.: 0 89-23 90 22 09
E-Mail: hans-juergen-ge.gerlach@db.com

www.deutsche-bank.de/oeffentlicher-sektor

Leistung aus Leidenschaft.

Deutsche Bank



Versicherungskammer Bayern:

Im Wettbewerb behauptet

Steigerung der Beiträge um 3,6 Prozent
Auch 2006 wird überdurchschnittliches Wachstum erwartet

München - Der Konzern Versicherungskammer Bayern, der größte öffentliche Versicherer der Bundesrepublik, konnte auch 2005 die Erfolge der vergangenen Jahre fortsetzen. Wie der Vorstandsvorsitzende Friedrich Schubring-Giese bei der Bilanzpressekonferenz in München erklärte, prägten drei Eckpfeiler das Jahresergebnis 2005: Die Versicherungskammer Bayern ist auch im letzten Jahr wieder stärker gewachsen als der deutsche Versicherungsmarkt. Die Beiträge erhöhten sich stärker als die Kosten und die Kapitalerträge haben kräftig zugenommen.

Die gebuchten Bruttobeiträge im selbst abgeschlossenen Geschäft - also ohne Rückversicherungsgeschäft - stiegen Schubring-Giese zufolge um 3,6 Prozent auf 5,37 Milliarden Euro, der deutsche Versicherungsmarkt wuchs um 3,2 Prozent. Unter Einbeziehung des aktiven Rückversicherungsgeschäfts stiegen die Beiträge der Versicherungskammer auf 5,43 Milliarden Euro.

Höherer Jahresüberschuss

Den Jahresüberschuss konnte der Konzern ebenfalls wieder erhöhen. Er lag bei 90,2 Millionen Euro oder 21,1 Prozent über dem Vorjahr. Die Verwaltungskosten stiegen moderat um 1,5 Prozent, „damit wurde das Ziel Beitragswachstum über Kostenwachstum auch 2005 erreicht“. Der Kapitalanlagenbestand der Versicherungsgruppe stieg von 28,5 Milliarden Euro auf 30,1 Milliarden Euro, das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen wuchs um 21,6 Prozent auf 1,52 Milliarden Euro.

Im Lebensversicherungsmarkt war das Neugeschäft des Jahres 2009 durch die Einführung des Alterseinkünftegesetzes und dem damit verbundenem Boom

Ende 2004 geprägt. Der Neugeschäftsrückgang fiel bei der Versicherungskammer mit einem Minus von 16,4 Prozent moderat aus. In der gesamten Branche ging das Neugeschäft um 21,7 Prozent zurück.

Guter Jahresabschluss

Die gebuchten Bruttobeiträge der Lebensversicherungsunternehmen des Konzerns stiegen um 6,2 Prozent und überschritten mit 2,04 Milliarden Euro erstmals die Zwei-Milliarden-Grenze. Der Vertragsbestand betrug Ende 2005 unverändert 1,9 Milliarden Stück. Die Stornoquote in der Lebensversicherungssparte lag mit 3,8 Prozent nach wie vor deutlich unter dem Marktwert von fünf Prozent. Auch die Verwaltungskostenquote blieb mit 1,9 Prozent unter dem Durchschnitt der Branche. Der Rohüberschuss konnte von 354,9 auf 451,4 Millionen Euro erhöht werden. „Ein erfreulicher Abschluss eines schwierigen Jahres“, so Schubring-Giese.

Der Krankenversicherungsmarkt war 2005 geprägt von der Unsicherheit über die Entwicklung des Gesundheitswesens.

Trotzdem konnten die Krankenversicherer des Konzerns ihren Wachstumskurs fortsetzen.

Die gebuchten Bruttobeiträge wurden um 3,8 Prozent von 1,59 Milliarden Euro auf 1,65 Milliarden Euro gesteigert. Knapp 2,4 Millionen Krankenversicherungskunden registrierte die Versicherungskammer Bayern 2005, das waren 110.000 mehr als im Vorjahr. Das Neugeschäft ist auf 93,3 Millionen Euro gewachsen. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle stiegen um 3,6 Prozent und somit weniger stark als die Beitragseinnahmen. Die Schadenquote konnte weiter auf 64,3 Prozent gesenkt werden. Auch 2005 lag die Verwaltungskostenquote mit 2,7 Prozent wieder unter dem Marktdurchschnitt von 2,9 Prozent.

Kompositversicherung

Ein schwieriges gesamtwirtschaftliches Umfeld und ein erheblicher Preiskampf in der Kfz-Sparte prägten den deutschen Kompositversicherungsmarkt. Die Versicherungskammer schloss das Jahr 2005 mit einem Beitragsplus von 0,5 Prozent ab. Die gebuchten Bruttobeiträge lagen bei 1,68 Milliarden Euro. Um knapp 1,0 Prozent auf 9,6 Millionen Stück erhöhte sich die Anzahl der selbst abgeschlossenen Verträge. Die Bruttoschadenquote bei den Kompositversicherern stieg nach zwei sehr günstigen Schadensjahren wieder an und lag bei 69,1 Prozent.

Gesundheitsfonds

Robert Baresel, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer, nahm Stellung zur Gesundheitsreform. Er betonte, dass der derzeit diskutierte Gesundheitsfonds zur Reform der Krankenversicherung keine geeignete Lösung sei, das deutsche Gesundheitswesen auf eine nachhaltige Basis zu stellen. Der Gesundheitsfonds gebe keine Antwort auf die größten Probleme, wie beispielsweise auf die demografische Entwicklung oder die steigenden Kosten aufgrund des medizinisch-technischen Fort-

schritts. Langfristig könnten diese Probleme nur durch mehr Kapitaldeckung gelöst werden. Baresel erklärte weiter, dass etwa 50.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Fortbestand der privaten Krankenversicherung abhängen und eine Schwächung der PKV jedes einzelne Unternehmen betreffen könne.

Optimistische Prognose

Für das laufende Jahr rechnet der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft mit einem Wachstum des Marktes von 2,0 Prozent. Für den

Konzern Versicherungskammer Bayern liegen die gebuchten Bruttobeiträge in den ersten fünf Monaten über alle Sparten bei einem Plus von 5,8 Prozent. Für das Jahresende rechnet der Vorstand damit, das Marktwachstum um ein bis zwei Prozent zu übertreffen. „Wenn sich die Schadenssituation im langjährigen Durchschnitt bewegt und es keine unerwarteten Turbulenzen auf den Kapitalmärkten gibt, so sollte es möglich sein, auch 2006 ein ähnlich gutes Ergebnis zu erreichen wie im vergangenen Jahr“, so Schubring-Giese. **E. Scholl**

Junge Union Oberfranken:

Kommunalfinanzen in Schiefelage

Im Rahmen eines Fachgesprächs mit dem Kronacher Kreisvorsitzenden des Bayerischen Gemeindetags, Stockheims Bürgermeister Albert Rubel, setzte sich die Junge Union Oberfranken in Neukirchen mit der Schiefelage der kommunalen Finanzen auseinander. Weiteres Thema war auch eine kommunale Gebietsreform bis 2020, die den Landkreisen Kronach, Coburg und Lichtenfels eine Perspektive bieten kann.

Albert Rubel betonte die Verantwortung der kommunalen Mandatsträger: „Jeder muss seine Hausaufgaben machen.“ Jammern helfe niemanden weiter, allerdings sollten die Kräfte gebündelt werden, damit die Unterstützung aus München und Berlin für die strukturschwachen Gebiete nicht nachlasse.

Rubel machte in diesem Zusammenhang auf das bestehende Fördergefälle zu Thüringen und Tschechien, die große Zahl von Pendlern, die hohe Arbeitslosenquote, die niedrigen Löhne in den neuen Bundesländern, auf Betriebsverlagerungen, das Wegbrechen von Arbeitsplätzen und den damit zusammenhängenden Verlust von Kaufkraft und Investitionszurückhaltung sowie die schlechten überregionalen Verkehrsanbindungen aufmerksam. Darüber hinaus hob er die Rolle der jungen Kommunalpolitiker hervor. Es sei wichtig, langsam in Verantwortung hineinzuwachsen. Angesichts der negativen demographischen Entwicklung im Landkreis Kronach seien die Ideen der jungen Leute wichtig.

Gebietsreform - ja oder nein?

In der anschließenden Diskussion wurde auch die Frage nach einer Gebietsreform aufgeworfen. JU-Bezirksvorsitzende Kathrin Gwosdek betonte, eine Zusammenlegung der Landkreise Kronach und Lichtenfels oder Kronach und Coburg könnte Kosten einsparen. Allerdings müsste dabei auch die Bevölkerung dahinter stehen. Alle kommunalen Mandatsträger sollten sich zunächst an einen Tisch setzen, um herauszufinden, welche Ziele der Landkreis Kronach und seine Gemeinden verfolgen, um anschließend ein gemeinsames Leitbild für Oberfranken und den Frankenwald zu entwerfen. „Erst dann macht es Sinn, sich zu leistungsstärkeren Einheiten zusammenzuschließen, wobei eine von oben verordnete Gebietsreform immer noch der falsche Weg ist“, erklärte Gwosdek.

Synergieeffekte nutzen

JU-Kreisvorsitzender Jonas Geissler sprach sich für eine stärkere Nutzung von Synergieeffekten aus. Die „Neidhammelei“ in Oberfranken müsse ein Ende haben. Bislang würden viele Kreise in Oberfranken eher gegeneinander statt miteinander arbeiten. Bei einer Gebietsreform müssten aber die Mentalitätsunterschiede der Oberfranken, verschiedene historische und kulturelle Entwicklungen sowie die sprachlichen und geographischen Unterschiede berücksichtigt werden. KPV-Kreisvorsitzender Wolfgang Förtsch unter-

strich die positiven Effekte kommunaler Zusammenarbeit. Dies sei im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2008 für die CSU ein zentrales Thema.

Senioren im Visier

Die stellvertretende KPV-Kreisvorsitzende Anita Swiduruk schlug ihrerseits vor, bei der Konzeption für die Entwicklung des Landkreises die Senioren stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

Handwerkskammer für München und Oberbayern:

Erfreuliche Situation

Gute Nachrichten für das Münchner und oberbayerische Handwerk: „Der Aufschwung ist endlich im Handwerk angekommen“, so Heinrich Traublinger, MdL, Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, in seiner Rede vor der Vollversammlung in München. Mit einem Halbjahresumsatz von rund 13,4 Milliarden Euro, einem Plus von nominal 3,5 Prozent, wird die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsentwicklung übertroffen.

Auch der Beschäftigtenabbau kommt allmählich zum Stillstand. Zum 30. Juni werden knapp 280.000 Beschäftigte erwartet - ein Rückgang von nur noch 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt. Auch die Sonderentwicklung beim Betriebswachstum schwächt sich ab. Rund 66.000 Betriebe zur Jahresmitte 2006 bedeuten ein Plus von 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Doch umfangreiche Steuer- und Abgabenerhöhungen gefährden 2007 die Erholung.

Warnung vor Bremspuren

„Das größte Steuererhöhungspaket der Nachkriegsgeschichte in Höhe von rund 70 Milliarden Euro wird nicht ohne Bremspuren an der Binnenkonjunktur vorübergehen“, warnte Traublinger. Vor dem Hintergrund ansteigender Steuereinnahmen müssten alle Maßnahmen noch einmal auf den Prüfstand. Besonders die Verteuerung der Konsumnachfrage sei ein gefährliches Spiel, so Traublinger: „Der Kostenabstand zwischen ehrlicher Arbeit und Schwarzarbeit darf nicht noch größer werden! Sinnvoll wäre es deshalb, die Abzugsfähigkeit der Handwerkerrechnungen auszubauen.“

Für die anstehende Unternehmensteuerreform forderte Traublinger eine Nettoentlastung der Einzel- und Personunternehmen. Eine geringere Besteuerung des nicht entnommenen Gewinns solle hierbei ein wichtiges Element sein. Bei der Erbschaftsteuerreform kritisierte Traublinger die Einschränkung, die Absenkung nur beim Erhalt aller Arbeitsplätze zu gewähren. Zusätzlich zum drastischen Anstieg der Steuerlast bereite dem Handwerk auch die Entwicklung der Lohnzusatzkosten Sorgen. Zwar sollen

die beschlossenen Änderungen die Summe der Beitragssätze von heute 41 auf 39,4 Prozent senken. Doch dieses Ziel sei realistisch nicht mehr erreichbar.

Großer Handlungsbedarf bestehe im Gesundheitswesen, so Traublinger weiter. Nötig seien die Stärkung der Eigenvorsorge, die Entlastung von versicherungsfremden Leistungen und die Ausschöpfung aller Effizienzspielräume. Mit Bezug auf das Gleichbehandlungsgesetz wandle sich Traublinger gegen eine Überfüllung der EU-Vorgaben. Der Gesetzesentwurf gehe in zahlreichen Punkten darüber hinaus, indem er zusätzliche Merkmale in den zivilrechtlichen Diskriminierungsschutz aufnehme und Gewerkschaften und Betriebsräten ein Klagerecht einräume, selbst wenn der betroffene Arbeitnehmer dies gar nicht wolle.

Ausbildungssituation

Bernd Lenze, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für München und Oberbayern, nahm Bezug auf die aktuelle Ausbildungssituation: „Allein im vergangenen Jahr wurden im Kammerbezirk 4.570 Ausbildungsplätze neu eingeworben. Außerdem wurden 3.700 EQJ-Plätze angeboten. Die Vorgaben aus dem nationalen Ausbildungspakt wurden damit deutlich übererfüllt.“ Insgesamt wurden 2005 im oberbayerischen Handwerk 8.799 Lehrverträge neu abgeschlossen. Dies seien zwar 2,9 Prozent weniger als im Vorjahr, allerdings vor dem Hintergrund der 2005 immer noch rückläufigen Beschäftigung im Handwerk. Aktuell hätten mehr als 26.000 Jugendliche eine Lehrstelle in oberbayerischen Handwerksbetrieben. **□**

VERKEHRSBERUHIGUNG

ohne Investitionen und ohne zusätzliche Planstellen.

Unser mittelständisches Unternehmen bietet seit vielen Jahren den bayerischen Kommunen Personaldienstleistungen im Bereich der kommunalen Verkehrsüberwachung an. Dabei stellen wir im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung qualifiziertes Personal sowie die komplette Technik und Material zur Verfügung. So werden unsere Kunden in die Lage versetzt, die Verkehrsüberwachung - ohne zusätzliche Planstellen und ohne Investitionen - im eigenen Hause selbst durchzuführen.

Diese dezentrale Struktur wird der immer lauter werdenden Forderung nach Bürgernähe gerecht. Der zuständige Sachbearbeiter sitzt im eigenen Rathaus.

Unsere Abrechnungsmethode pauschal nach Aufwand (z.B. Kosten pro Verstoß) auf Grundlage fälschungssicherer Dokumente (Bilder, Protokolle etc.) ist übersichtlich, leicht nachzuvollziehen und somit überprüfbar.

Unsere Kunden ahnden mit unserer Hilfe Verkehrsverstöße von der Erfassung über die Verarbeitung bis hin zum kompletten Verwarnungs- und Bußgeldverfahren. Hierbei richten wir uns streng nach den Richtlinien des Bayerischen Innenministeriums.

Die Kompetenz der GKVS erstreckt sich über den gesamten Bereich der Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs.

Für nähere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung. Lernen Sie uns kennen - kostenlos und unverbindlich!



Gesellschaft für
kommunale Verkehrsüberwachung
mbH

Spitalstraße 10
90513 Zirndorf

Tel. 0911/965 39-74
Fax 0911/965 39-75

www.gkvs.de
info@gkvs.de



Partner der
AK DB

GAB-Altlastensymposium 2006:

Schwerpunkt Alttablagerungen

Das Haus der Bayerischen Wirtschaft in München war Schauplatz des Altlastensymposiums 2006 der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB). Vor dem Hintergrund, dass in Bayern derzeit an der Umsetzung einer Finanzierungslösung zur Erkundung und Sanierung kommunaleigenen Hausmülldeponien gearbeitet wird, bildeten heuer die Alttablagerungen im Sinne des Bundes-Bodenschutzgesetzes aus fachlicher, finanzieller und rechtlicher Sicht ein Schwerpunktthema. Gezielt wurden Unternehmen der Sanierungsbranche sowie Teilnehmer aus Wissenschaft und Umweltbehörden angesprochen.

„Mit dem neu eingerichteten Unterstützungsfonds für Gemeinden sind in Bayern die Weichen für die Altlastensanierung gestellt“, erklärte Bayerns Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard. Mit dem neuen Unterstützungsfonds sei ein neues und wichtiges Instrument zur Erkundung und Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien geschaffen worden. Der Fonds eröffne auch für die im Altlastenbereich tätigen Ingenieurbüros und Sachverständigen neue und interessante Betätigungsfelder. Bis 2010 stünden insgesamt 50 Millionen Euro für kreisangehörige Gemeinden

zur Verfügung. „Betroffene Gemeinden erhalten damit gegen einen relativ geringen Beitrag eine Absicherung vor einem hohen finanziellen Risiko. Zugleich werden Sie vor einer finanziellen Überbelastung geschützt“, erklärte Bernhard.

Unterstützungsfonds

Das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Bodenschutzgesetzes und des Bayerischen Abfallgesetzes ist seit 1. Mai 2006 in Kraft. Derzeit gibt es 1055 gemeindeeigene Hausmülldeponien mit der Priorität A. Kernpunkt des Gesetzes ist die Ein-

richtung eines Unterstützungsfonds zur finanziellen Unterstützung kreisangehöriger Gemeinden bei der Erkundung und Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien (Laufzeit 2006 bis 2010). Der Unterstützungsfonds wird durch Beiträge des Freistaates und der Gemeinden in Höhe von jeweils 5 Millionen Euro pro Jahr zu gleichen Teilen finanziert. Die Beiträge des Freistaates stammen aus den aufgelaufenen Zinserträgen des Altlastensanierungsfonds; jene der Gemeinden richten sich nach der individuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und sind nach oben begrenzt.

Bewährtes Modell

Um keine neuen bürokratischen Hürden aufzubauen, wurden die mit dem Unterstützungsfonds verbundenen Aufgaben der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern übertragen, die bereits mit der Sanierung gewerblicher Altlasten befasst ist. Dazu wurde die GAB als bewährtes paritätisch finanziertes Kooperationsmodell zwischen Staat und Wirtschaft Ende April 2006 um die kommunalen Spitzenverbände erweitert.

Als kostengünstigste Möglichkeit einer nachhaltigen Deponiesanierung bezeichnete Jürgen Kanitz, CDM Consult GmbH, Bochum, die Aerobisierung ehemaliger Siedlungsabfalldeponien. Durch die Entwicklung der Städte und Gemeinden seien diese Flächen heute weit in die jeweiligen Siedlungsgebiete gerückt, so dass sich häufig die Frage nach einer Flächennutzung in direkter Nachbarschaft stelle. Laut Kanitz kommt hier das DEPO+-

Mailing-Maßnahmen reichen. Zum anderen aber vor allem auf die gute Kooperation der Rewindo-Gesellschafter. Denn obwohl auf dem Markt Wettbewerber, ziehen die großen deutschen Kunststoffprofilhersteller in Sachen Recycling am gleichen Strang. Die Recyclingfähigkeit ihrer Produkte bedeutet einen zusätzlichen Vorteil auch für ihre Kunden. Denn Umweltschutz, Ressourcenschonung und durch Recycling Geld sparen, sind gewichtige Argumente. □

Verfahren zur in-situ Aerobisierung (= in-situ Stabilisierung bei Standorten, die vornehmlich mit Hausmüll und/oder mit hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen verfüllt wurden) zur Anwendung. Biogene Organik werde vollständig mineralisiert und als CO₂ soweit ausgetragen, dass nach Abschluss der Maßnahme kein Gasbildungspotenzial mehr vorhanden sei.

DEPO+-Verfahren

Die große Geschwindigkeit der aeroben Umsetzung verkürze die Nachsorgekosten und mache das Ende der biologischen Aktivität messtechnisch erfassbar, stellte Kanitz fest. Die Kosten der Aerobisierung betrügen bis zu 3 Euro je m³ Deponat. Das Besondere am DEPO+-Verfahren sei, dass die Luft mittels Saugbelüftung in den Deponiekörper gelange. Auf diese Weise würden Betriebschwierigkeiten vermieden. Die erste Aerobisierungsanlage wurde bereits 1986 in Betrieb genommen und ist seit Mitte der 90er Jahre abgeschlossen. Zahlreiche Projekte sind seitdem dazu gekommen.

Flächenrecycling

Die Erkundung und Sanierung von Alttablagerungen wurde anschließend umfassend am Beispiel der Deponie Weiden-West, des Schlackenbergs Sulzbach-Rosenberg sowie einer ehemaligen Farbenfabrik in Segnitz am Main dargestellt.

„Wenn in der Bundesrepublik Deutschland das Flächenrecycling nicht von allen Beteiligten gewünscht und auch politisch gewollten Erfolg hat, so liegt es in aller Regel nicht daran, dass Boden- oder Grundwasserunreinigungen nicht sachverständig erkundet, bewertet bzw. saniert werden könnten“, betonte Matthias Morgenstern, URS Deutschland GmbH, Zirndorf. Insbesondere seien es wirtschaftliche Hindernisse, die ein erfolgreiches Flächenrecycling behinderten oder sogar komplett verhinderten.

Grundsätzlich bestehe ein Bedarf an der Bewertung kontaminierter Flächen und die grundsätzliche Vorgehensweise zur Wertermittlung sei unstrittig. Die Ableitung der altlastenbedingten Kosten sei aber sorgfältig und angemessen auszuführen. Methoden zur Abbildung von Unschärfen in der Kostenprognose wie auch langfristiger Sanierungsmaßnahmen

stünden zur Verfügung. Gleichwohl bestehe weiter Diskussionsbedarf, der interdisziplinär angegangen werden müsse. Schließlich bestimme am Ende der Markt den Preis. Morgenstern: „Es wäre wünschenswert, wenn die Gutachterausschüsse für die Bewertung bebauter und unbebauter Grundstücke vermehrt auch altlastenbezogene Einflüsse auf die Kaufpreise auswerten und veröffentlichen würden.“

Ausgewählte Projekte

„Flächenrecycling ist ein immer wichtiger werdender Teil einer nachhaltigen Stadtentwicklung“, erklärte Julia Friz, DIBAG Industriebau AG, München. In der Praxis eines Wirtschaftsunternehmens verfolge es keine ideellen Ansprüche. Wie bei jedem wirtschaftlichen Handeln sei ein Produkt herzustellen, das vom Markt angenommen werde und sich gewinnbringend verkaufen lasse. Anhand ausgewählter Projek-

te (u. a. Herkules-Park und ehemaliger Milchhof in Nürnberg) stellte Julia Friz die wesentlichen Punkte der Projektentwicklung auf vorgezogenen Flächen vor.

In ihrem kurzen Abriss zeigte sie auf, dass unabhängig davon, welches Problemfeld im Flächenrecycling bewältigt werden muss, Politik und regionale Verwaltungspraxis die Entwicklungszeiträume und damit die Wirtschaftlichkeit des Flächenrecyclings wesentlich beeinflussen. Jede Fläche benötige ein individuelles Konzept sowie Tatkraft und Visionen auf Seiten aller Beteiligten.

Die beste Förderung des Flächenrecyclings könne die öffentliche Hand durch Beschleunigung und Vereinfachung der Genehmigungs- und Abstimmungsprozesse erreichen. Dazu seien häufig keine Forschungs- und Förderprogramme oder Gesetzesänderungen nötig, sondern vielmehr kooperatives und schnelles Handeln. DK

Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes:

Gordischer Knoten nicht durchgeschlagen

„Das Gespräch der Beteiligten hatte einen konstruktiven Charakter“, erklärte bvse-Vizepräsident Ullrich Didszun vor der Presse in Berlin anlässlich eines Treffens der betroffenen Wirtschaftskreise zur Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes im Bundesumweltministerium. Er forderte mit Nachdruck, die konstruktiven Ansätze in den nächsten Wochen zu konkretisieren.

Als „erfreulich“ bewertet der bvse, dass die Verantwortlichen im Umweltministerium erkannt haben, dass die bisherige Praxis bezüglich der Sammlung von Bildschirmgeräten einen ökologischen Rückschritt darstellt.

Die Entsorgungspraktiker beklagen in diesem Zusammenhang, dass die Bildschirmgeräte nicht separat und bruch sicher erfasst werden und deshalb eine anschließende hochwertige Verwertung, gemessen an den Zielen des Gesetzes, unmöglich gemacht wird.

Nach den Worten Didszuns werden nun zwei Alternativen diskutiert, um dieses Problem in den Griff zu bekommen: Die bisherige Sammelgruppe 3 könnte aufgeteilt werden in eine eigene Gruppe für die Bildschirmgeräte sowie eine Gruppe für die restliche Informationstechnik (IT), Unterhaltungselektronik (CE) und Telekommunikation (TK).

Als zweite Alternative käme in Betracht, die restlichen IT-, CE-

und TK-Geräte zukünftig gemeinsam mit den Haushaltskleingeräten zu sammeln.

Schwieriger gestalteten sich die Gespräche hinsichtlich der Abholkoordination. Übereinstimmend wurde zwar die momentan unbefriedigende Praxis kritisiert, die Lösungsvorschläge der beteiligten Gruppen liegen derzeit jedoch noch weit auseinander.

Der Vorschlag des bvse, die Containergestaltung mit der Abholanordnung zu verknüpfen, wurde insbesondere von den Herstellern der IT-, CE- und TK-Geräte unterstützt. Hersteller der „Weißen Ware“ favorisieren hingegen weiter die Umsetzung der „Flickenteppichlösung“. „Beide Systemansätze sind jedoch grundsätzlich dazu geeignet, die jetzigen ungünstigen Konstellationen aufzulösen“, so Ullrich Didszun. Der bvse begrüßt daher die Ankündigung des BMU, angesichts des divergierenden Meinungsbildes tragfähige Lösungen in Einzelgesprächen auszuloten. □



Reste eines Altfensters aus Kunststoff. □

Die TASI und das Kunststofffenster-Recycling:

Eine positive Jahresbilanz

Das Inkrafttreten der TA Siedlungsabfall (TASI) vor einem Jahr steht für den Wandel in der Entsorgungswirtschaft hin zu noch mehr Abfallverwertung. Für ausgebauter Altfenster aus Kunststoff bedeutet das Verbot der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle zwei Verwertungsoptionen: die energetische Behandlung in Müllverbrennungsanlagen oder das Recycling.

Für das Recycling spricht eine Reihe von Gründen:

- günstige Kosten für die Verwertung im Vergleich zu den weiter steigenden Gebühren für die Entsorgung;
- die Möglichkeit der nahezu vollständigen Wiederverwertung alter Kunststofffenster;
- Recyclingservice und -technik der Rewindo und ihrer Partner;
- die Verantwortung für Ressourcen- und Umweltschonung.

Dass Verwertung Vorrang vor Beseitigung hat, darauf hat sich die europäische PVC-Branche unabhängig von gesetzlichen Regelungen in Form einer freiwilligen Selbstverpflichtung längst verständigt. Die Grundsätze und Ziele dieser Freiwilligen Selbstverpflichtung sind in der Vereinbarung „Vinyl 2010“ festgeschrieben.

In der Selbstverpflichtung bekennen sich die Hersteller und Verarbeiter von PVC zu den Grundsätzen des „Responsible Care“ und benennen konkrete Ziele auch für das Kunststofffenster-Recycling. Dabei sind zwei Zeitpunkte relevant: das Jahr 2010 mit konkreten Recycling-Zielen in Tonnage aufsummiert für alle relevanten PVC-Produkte. Und als Halbzweitschritt das Jahr 2005 mit Quotenvorgaben für bestimmte PVC-Abfälle.

Für das zurückliegende Jahr kann Deutschland mit konkreten und sehr positiven Zahlen aufwarten. Denn von den er-

fassbaren verfügbaren Mengen an Altfenstern von 9.700 Tonnen wurden deutlich mehr als die angestrebten 50 Prozent wiederverwertet. Fast 7.400 Tonnen sortenreines Recyclat wurden in zwei hochmodernen Recyclinganlagen zurückgewonnen.

Aufklärungsarbeit

Betrieben werden die Recyclinganlagen von den Firmen Tönsmeier Kunststoffe GmbH in Höxter und VEKA Umwelttechnik GmbH in Behringern. Beide sind Recyclingpartner der Rewindo-Initiative. Gesellschafter der Rewindo sind neun führende Kunststofffenster-Profilhersteller mit zusammen 13 namhaften Profil-Marken. Aufgabe der von diesen Firmen 2002 gegründeten Rewindo GmbH ist es, die Umsetzung der Ziele der Selbstverpflichtung in Deutschland zu organisieren und zu dokumentieren.

Die Aufklärungs- und Servicearbeit der Rewindo GmbH in Sachen Kunststofffenster-Recycling richtet sich vor allem an Abbruchunternehmen, Fensterbauer, Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften. Dass sie sich lohnt, zeigen die Recyclingquoten. Diese Erfolge führt Rewindo-Geschäftsführer Michael Vetter zum einen auf die konsequenten Kommunikationsaktivitäten von Rewindo zurück, die von Messeauftritten bis zu Anzeigenschaltungen und

Heiße Kurven.



Die führenden deutschen Kunststofffenster-Profilhersteller arbeiten gemeinsam in der Initiative Rewindo für weniger Ressourcenverbrauch und mehr PVC-Recycling. Und das freiwillig und mit großem Erfolg. 2005 wurden mehr als 7.000 Tonnen reines PVC-Recyclat aus ausgebauten Fenstern und Rollläden zurückgewonnen. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft. Unterstützen Sie uns dabei.

www.rewindo.de/Infoline 0228. 921 28 30

Scharfe Kurven.



PVC-Recyclat aus alten Fenstern und Rollläden nach Aufbereitung

bvse präsentiert Studie

Warum der Gelbe Sack nicht in die Graue Tonne gehört

Prof. Dr. Thomas Pretz: „Werkstoffliches Recycling als Beitrag zum Ressourcenschutz ist nur auf Grundlage der getrennten Sammlung möglich“

Bonn. „Die getrennte Erfassung von Sekundärrohstoffen hat in Deutschland Zukunft“, erklärte bvse-Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Fischer bei der Vorstellung des Gutachtens „Ressourcenwirtschaft ohne getrennte Abfallsammlung?“. Fischer: „Die Studie weist eindrucksvoll die Stärken der Vorselektion durch den Verbraucher auf. Hier geht es nicht um Pädagogik, es geht um ökologische und ökonomische Vorteile sowie die nachhaltige Versorgung unserer Wirtschaft mit wertvollen Sekundärrohstoffen.“

Prof. Dr. Thomas Pretz, Leiter des Institutes für Aufbereitung und Recycling fester Abfallstoffe an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH), betonte, dass das Recycling die Aufgabe erfüllen müsse, konkurrenzfähige Produkte für den Markt zu erzeugen. Am Beispiel der Kunststoffverpackungen zeige die Studie auf, welche Aufbereitungsverluste in jedem Teilprozess der Recyclingkette entstehen und welche Produktmenge am Ende erzeugt werden kann.

Kürzere Verfahrenskette

Pretz: „Bei einer Vorsortierung durch die Verbraucher wird eine kürzere Verfahrenskette für das Recycling benötigt als bei der Mischtonne. Die Ausbeute an Recyclingprodukten ist mit der Vorselektion durch die Verbraucher deutlich besser!“

Bessere Qualität

Aber auch die Qualität der Recycling-Produkte sei mit der Vorselektion deutlich besser, wie Prof. Dr. Pretz darstellte. „Die Qualität von Recyclaten wird maßgeblich durch die Anwesenheit von organischen „Störstoffen“ beeinflusst. Je trockener die Sammelware ist, umso „sauber“ kann das Recyclingprodukt werden. Der Experte warnte jedoch davor, die Einführung der Biotonne

als Lösung dieses Problems zu betrachten. Pretz machte deutlich, dass bei dieser Variante oftmals keine Tonne eingespart würde, sondern nur eine Tonne gegen eine andere ausgetauscht würde und die zusätzlich entstehenden Kosten vom Bürger zu tragen wären.

Graue Tonne unverzichtbar

Vor allem müsse aber jedes Entsorgungssystem eine Lösung für die Abfälle anbieten, die nicht sinnvoll verwertet werden könnten. Pretz: „Jede getrennte Sammlung, also auch die Biotonne, verlangt nach einem Entsorgungsweg (SENKE), an den keine qualitativen Ansprüche gestellt werden. Ohne eine SENKE, wie die Graue Tonne, funktioniert es nicht!“

Einwohnerspezifische Kosten

Die Studie weist zudem nach, dass die Kosten des Kunststoffrecyclings einwohnerspezifisch umso höher sind, je schlechter der Grad der Vorsortierung ist. Pretz: „Das ist auch einleuchtend, denn ohne die Verbrauchertrennung muss eine 10-fach größere Abfallmenge technisch aufbereitet werden.“

Wertvoller Beitrag zum Klimaschutz

Hans-Günter Fischer: „Die getrennte Haushaltssammlung

nutzt dem Verbraucher und der Wirtschaft. Das werkstoffliche Recycling erbringt einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz und ist unverzichtbar, wenn es um das Ziel der Ressourcenschonung und der Gewinnung wertvoller Sekundärrohstoffe geht.“

Erfolgsmodell der getrennten Erfassung

„Statt Interessenpolitik für einzelne Unternehmen“ solle sich die Politik „nun klar und eindeutig für die sowohl von Umwelt- und Verbraucherorganisationen als auch von Verbänden der Recyclingwirtschaft wie der Kommunen geforderte Optimierung des Erfolgsmodells der getrennten Erfassung bekennen“.

Umfassende Informationen zu diesem Thema gibt es im Internet unter: <http://www.getrennte-erfassung.bvse.de>

Elektroaltgeräte-Entsorgung holpert

Erhebliche Schwierigkeiten bei der Containerlogistik machen Nachbesserung des Systems erforderlich

In Deutschland gilt jetzt die Rücknahmepflicht für Elektroaltgeräte nach dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG). Bürger können alte Computer, Fernseher und Haushaltsgeräte in ihren Kommunen kostenfrei abgeben. Hersteller und Importeure müssen die Geräte nach dem Stand der Technik behandeln und verwerten.

Die Erfahrungen der ersten Wochen haben die Befürchtungen des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) bestätigt, der bereits vor dem Systemstart vor erheblichen logistischen Schwierigkeiten und unverhältnismäßigen Systemkosten gewarnt hatte.

Der VBS hält eine Nachbesserung des Systems für dringend erforderlich.

Fremde Container

Die privaten bayerischen Entsorgungsunternehmen, die im Auftrag der Elektrogeräteindustrie die Altgeräteentsorgung durchführen, stehen vor großen logistischen Schwierigkeiten, da keineswegs immer dieselbe Firma, die einen Container an einer der Übergabestellen für die Altgeräte aufstellt, auch mit dessen Abholung beauftragt wird. Container fremder Firmen müssen in Eigeninitiative wieder zurückgeführt werden. Regelungen dafür fehlen im Gesetz allerdings ebenso wie die dringend erforderliche Transparenz für die Dienstleister. „Die Erfahrungen der ersten Wochen haben gezeigt, dass man in diesem System fast immer auf einen fremden Container trifft“, so Reinhard Büchl, Präsident des VBS. Daher verursache das System fast fünfzig Prozent unnötige Leerfahrten.

Offene Fragen

Die Praxis der Altgeräteentsorgung sieht so aus, dass der Entsorger, der einen Container abholt, innerhalb von 48 Stunden in Eigeninitiative das Unternehmen ausfindig machen muss, das den Container aufgestellt hat. Die beiden Entsorger müssen dann über den Preis für die Rückführung verhandeln und einen Vertrag schließen, der unverzüglich abzuwickeln ist. Nach Ansicht des VBS ist es völlig unverständlich, wieso die Stiftung Elektroaltgeräte-Register (EAR) nicht die dringend notwendige Transparenz darüber herstellt, welches Unternehmen wo welchen Container aufgestellt hat. Völlig ungeklärt ist auch die Frage, was geschehen soll, wenn sich die beiden Ent-

sorgungsunternehmen nicht einigen. Der VBS hatte bereits frühzeitig auf den enormen Verwaltungsaufwand des Systems hingewiesen.

Immense Verwaltungskosten

So liegen die Kosten für die Verwaltung durch das EAR sowie die Logistik im Schnitt fast so hoch wie die reinen Entsorgungskosten. „Das System, wie es sich jetzt darstellt, ist ineffizient, extrem umständlich und für die Entsorgungsunternehmen wie für die Hersteller teuer“, sagte Reinhard Büchl. Er nannte als Beispiel die reinen Verwaltungsgebühren für die Anordnung der Bereitstellung und Abholung eines Containers durch das EAR von umgerechnet rund 30 pro Tonne. Das entspricht etwa 20 bis 30 Prozent der Entsorgungskosten. Dazu komme der immense Transportaufwand. Noch nicht inbegriffen sei der interne Aufwand bei den Entsorgern, um die erforderlichen Informationen zu beschaffen.

Kostenlose Datenbank

Wird dafür kurzfristig keine Lösung gefunden, sieht sich die Entsorgungswirtschaft gezwungen, die bisher nicht unerheblichen Mehrkosten der Elektroindustrie in Rechnung zu stellen. Der VBS unterstützt daher nachdrücklich die Forderung des BDE zur Einrichtung einer kostenfreien, kennwortgeschützten Datenbank, in der für die verschiedenen Systembetreiber die örtlichen Dienstleister auf einer neutralen Plattform aufgeführt sind. Um die Weiterverarbeitung der Abholaufträge möglichst automatisch vornehmen zu können und somit Zusatzkosten und Zeit einzusparen, gibt es bereits konkrete Vorschläge für eine Schnittstelle. Der Aufwand für die Programmierung einer solchen Schnittstelle wäre vergleichsweise gering, so dass von dieser Möglichkeit aufgrund der vielen noch ungelösten Probleme dringend Gebrauch gemacht werden sollte. Diese Maßnah-

Bilanz: Ein Jahr Deponieverbot nach AbfallablagervVO:

TASi-Probleme längst nicht ausgeräumt

Umweltpolitische Zielsetzung richtig - Probleme ehrlich anpacken

Ein Jahr nach Inkrafttreten des Verbotes, Abfälle unbehandelt auf Deponien zu verbringen, zieht der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung eine differenzierte Bilanz.

„Nach wie vor unterstützt der bvse die umweltpolitische Zielsetzung dieser Regelung, aber unsere Vorbehalte bezüglich der praktischen Ausgestaltung der TASi (Technische Anleitung Siedlungsabfall) haben sich leider bestätigt“, erklärte Hans-Günter Fischer, bvse-Hauptgeschäftsführer.

Aggressiver Verdrängungswettbewerb

Fischer kritisierte, dass große Entsorgungskonzerne die TASi-Umstellung genutzt hätten, um einen aggressiven Verdrängungswettbewerb zu starten. „Wir müssen jetzt verhindern, dass es zu einer Struktur wie im Energieversorgungssektor kommt, wo wenige Konzerne den privaten wie gewerblichen Kunden die Preise diktieren“. Er forderte die Politik auf, „genau hinzusehen“ und die „unüberhörbaren Warnungen“ des Bundeskartellamtes zur Kenntnis zu nehmen.

Er warnte auch davor, die vorhandenen Engpässe bei den Vorbehandlungskapazitäten einseitig der privaten Entsorgungswirtschaft in die Schuhe zu schieben. Fischer: „Bei näherem Hinsehen wird erkennbar, dass es praktisch in allen Bundesländern Kommunen gibt, deren Entsorgungspläne - aus welchen Gründen auch immer - nicht aufgegangen sind.“ Nach Auffassung des bvse unterstreiche die Forderung des niedersächsischen Umweltministers Sander nach Öffnung von Deponien, dass man es sich mit

Schuldzuweisungen nicht so einfach machen sollte. „Wir unterstützen die niedersächsische Forderung nicht, plädieren aber für eine ehrliche und sachliche Diskussion und werben dafür, das rechtliche Instrumentarium der TASi zu nutzen, um die ersten Kapazitätsprobleme bei der thermischen Vorbehandlung zu beherrschen“, erklärte der bvse-Hauptgeschäftsführer.

Fischer wies darauf hin, dass gerade der Mittelstand mit enormen Problemen zu kämpfen habe. So wurde nach Inkrafttreten der TASi-Regelung von den Betreibern der Müllverbrennungsanlagen massiv an der Preisschraube gedreht. Vertraglich zugesicherte Kontingente wurden gekündigt, Lieferungen wegen angeblicher Qualitätsmängel zurückgeschickt. Teilweise hätten sich private Anlagenbetreiber auch geweigert, vor dem 1. Juni 2005 Verträge abzuschließen, weil sie wussten, dass sie nach dem 1. Juni erhebliche Preissteigerungen durchsetzen könnten. „Die TASi wurde zu einem Angriff auf die mittelständische Struktur der Branche genutzt“.

Beitrag zur Ressourcenschonung

„Trotz aller Probleme wollen wir kein Zurück. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft mit hochwertiger stofflicher Verwertung, mit der Gewinnung dringend benötigter Sekundärrohstoffe sowie der Herstellung und Nutzung qualitativ hervorragender Ersatzbrennstoffe. Das tut nicht nur dem Klima gut, sondern ist ein wichtiger Beitrag zur Ressourcenschonung, auf die Deutschland als führende Industrienation dringend angewiesen ist.“

men können aber nach Auffassung des VBS nur eine Übergangslösung darstellen. „Die Hersteller müssen sich jetzt klar zum Flickenteppichmodell bekennen“, forderte Büchl. Bei diesem System werden den Herstellern zur Rücknahme und Verwertung entsprechend ihren Marktanteilen feste kommunale Gebiete zugeordnet, in denen sie ihrerseits Entsorger beauftragen können. Das hätte den Vorteil, dass die Kommunen nur mit einem Verwertungs- bzw. Entsorgungsbetrieb zu tun hätten. Es müssten an den Sammelstellen keine eigenen Container für jeden Hersteller aufgestellt, bzw. Container zurückgeführt werden. Die Container könnten einfach gewechselt, Leerfahrten vermieden werden.

DSD-Entsorgerverträge:

Vergabe beginnt

Glasverwertung gesichert
Kostenoptimierung

Auf große Resonanz stieß Ausschreibung der Duales System Deutschland GmbH (DSD), die in einem offenen Wettbewerbsverfahren Entsorgungsleistungen für den Grünen Punkt nachgefragt hatte. Insgesamt 4.305 Angebote reichten die Entsorger für 949 Lose ein. Neu vergeben werden die Aufträge für die Sammlung und Sortierung von Leichtverpackungen (LVP) sowie die Sammlung und erstmals auch die Verwertung von fast einer Million Tonnen Glas. Schon jetzt ist klar, dass die Glasverwertung gesichert ist.

Bis Mitte Juli werden die Verträge mit den Bestbietern unter Dach und Fach sein. Die Auswertung zeigt, dass die durch die Umsetzung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) bedingte Kostensteigerung im letzten Jahr aufgefangen werden kann. Realisiert wird dies durch eine stärkere Sortiertiefe bei den nach Arten getrennten Kunststoffverpackungen und durch die Möglichkeit, künftig ein Ersatzbrennstoff-Vorprodukt bereitzustellen.

Wertstoff und Abfall Container

Von Oberflur- bis Unterflursystemen

Die ganze Bandbreite von Sammelcontainern in einem Prospekt

Die hohe Akzeptanz bei der getrennten Wertstoff & Abfallsammlung und die Anforderungen an eine moderne Stadt- und Landschaftsgestaltung ziehen auch steigende Anforderungen an die Sammel-systeme nach sich. Werden die Systeme nicht dem Sammelverhalten und den örtlichen Gegebenheiten angepasst, so haben wir die bekannten Folgen wie Überfüllung, Verschmutzung, Sichtbehinderung, erhöhter Entleerungszyklus etc. Individuelle Lösungen sind hier gefragt.

Als einer der führenden Hersteller von Umweltschutzausrüstungen hat die Firma Bauer aus Südlohn ihre Wertstoff & Abfallcontainer um weitere Innovationen ergänzt. Alle neuen Produkte, als auch Produkte zur Versenkung oder Umhausung von Müllbehältern, wurden in dem neu überarbeiteten Prospekt "Wertstoff & Abfallcontainer" integriert.



made by ...



Von Oberflur- über Halunterflur- bis hin zu Unterflursystemen sind dort aufgeführt. Alle Systeme sind in einer Vielzahl von Ausführungsvarianten lieferbar. So sind u.a. Container für verschiedene Wertstoffe, mit unterschiedlichen Aufnahmevorrichtungen, in mehreren Größen und mit 1 bis 3 Kammern erhältlich. Viele Glascontainer sind mit dem blauen Engel versehen (da lärmarm) und der Schalleistungspegel beim Einwurf beträgt max. 91 dB gem. RAL-UZ 21 Ausgabe April 2003. Eine Kennzeichnung gemäß der neuen Richtlinie 2000/14 EG ist selbstverständlich.

Aufgrund der verschiedenartigen Sammelcontainer kann das Südlohn Unternehmen maßgeschneiderte Lösungen anbieten. Das dies auch angenommen wird, zeigen viele erfolgreich im Einsatz befindliche Container u.a. in Städten, Freizeitparks und an Autobahnraststätten.

Angefordert werden kann der neue Prospekt direkt beim Hersteller, Bauer GmbH in Südlohn per e-mail: info@bauer-suedlohn.de oder unter folgender Fax-Nummer: 02862 709-155.

Bauer GmbH · Eichendorffstr. 62 · 46354 Südlohn
Tel.: 02862 709-0 · Fax: 02862 709-155
Internet: www.bauer-suedlohn.de

4. Marktreidwitzer Bodenschutztag:

Die europäische Dimension

Für die verstärkte Nutzung der Erdwärme hat sich Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf bei den 4. Bayerischen Bodenschutztagen in Marktredwitz, Landkreis Wunsiedel, ausgesprochen. Nach der Begrüßung von OB Dr. Birgit Seelbinder meinte Schnappauf: „Ab August stehen landesweit geothermische Planungskarten für Hausbesitzer, Architekten, Planer und Kommunen im Internet zur Verfügung. Denn die Erdwärmenutzung stellt nicht zuletzt durch die steigenden Öl- und Gaspreise eine wirtschaftliche Alternative dar, die zudem Ressourcen schon und Klima schützt.“

„In der oberflächennahen Geothermie steckt eine nahezu unerschöpfliche Energiequelle, die ganzjährig zur Verfügung steht und bei fachgerechtem Bau Boden und Grundwasser nicht belastet“, so der Minister.

Hilfreiches Kartenwerk

Mit den Planungskarten könne für ganz Bayern anhand farblicher Markierungen festgestellt werden, wo oberflächennahe Erdwärme mit welcher Technik genutzt werden kann. „Das Kartenwerk ist eine wertvolle Orientierungshilfe für alle am Bau Beteiligten und schafft bei den Hausbesitzern zugleich ein Bewusstsein für den Einsatz umweltschonender Technologien“, erklärte Schnappauf. Geothermische Energie könne im privaten Wohnbereich, in Schulen, Kindergärten oder Krankenhäusern eingesetzt

werden, aber beispielsweise auch zum Heizen von Gewächshäusern im Gartenbau.

Jörg Frauenstein und Arnd Wieland vom Umweltbundesamt Dessau verwiesen darauf, dass die Schaffung eines EG-rechtlichen Rahmens zum Bodenschutz in den Mitgliedsstaaten übereinstimmend als notwendig erachtet werde. Die Diskussionen auf europäischer Ebene hätten aber auch gezeigt, dass es eine Universallösung schlechthin nicht gibt.

Differenzierte Ansätze

Vielmehr seien neben Europa einheitlichen Rahmenbedingungen und Systemlösungen auch differenzierte Ansätze gefragt, die thematisch nicht immer in allen Mitgliedsstaaten gleichermaßen zutreffen müssen und so nicht zwangsläufig den Kom-

promiss der „25“ erfordern. Es bleibe abzuwarten, ob und wie sich diese Erkenntnis in der zukünftigen Bodenrahmenrichtlinie widerspiegelt.

Deutschland verfüge mit seinem modernen Bodenschutzrecht über große Erfahrung im föderalen Bodenschutz, „weshalb Deutschland die europäische Bodenschutzpolitik auch noch stärker als bisher mitgestalten kann und soll“, erklärten die Referenten. Im Bereich der begleitenden Forschung entwickelten sich neue Formen der Kooperation, die Europa in die Lage versetzen können, mit den vorhandenen finanziellen Mitteln einen deutlichen Mehrwert zu generieren. Ein europäischer Forschungsraum biete dazu beste Voraussetzungen und stärke die Chancen im globalen Wettbewerb.

Münchener Situation

Mit „Altlastbewältigung und Flächenrecycling in einer Kommune“ befasste sich Renate Zöllner, Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München. Ihren Ausführungen zufolge sind in Oberbayern derzeit ca. 6500 altlastverdächtige Flächen erfasst. Hiervon fallen ca. 3.250 Flächen in den Zuständigkeitsbereich der LH München - „3250 Flächen, die für die Planungsbehörde ein Planungs- und für das Referat für Arbeit und Wirtschaft ein Investitionshindernis darstellen, 3250 Flächen, die bei der Naturschutzbehörde als potentielle Biotopstörer gehandelt werden oder für das Kommunalreferat als dem Verwalter städtischen Grundeigentums einen Wertverlust oder die Quelle nicht kalkulierbarer Haftungsansprüche bedeuten“. Mit einem gegenüber 1992 um 60 Prozent gesunkenen Budget, elf Mitarbeitern und einer Vielzahl gesetzlicher Regelwerke und Verordnungen müssten Altlasten in München bewältigt werden.

Abbau von Fachpersonal

Die Zeiten, in denen Altlastprobleme, von der Erkundung bis zur Sanierung mit ausreichend finanziellen Mitteln, pragmatischem Geist, einer Portion wissenschaftlicher Unkenntnis, gesunden Menschenverstand und ohne einschlägige

gesetzliche Grundlagen gelöst wurden, seien vorbei, betonte Zöllner. Was aber, so gab sie zu bedenken, nützten letztlich die nun vorhandenen einschlägigen Rechtsinstrumente, wenn unter dem Druck der leeren Kassen Fachpersonal in der Verwaltung zunehmend abgebaut wird? „Wie sollen Genehmigungen fachlich realisiert werden, wenn auf der Seite der Antragsteller und Verwaltung nicht gleich kompetente Fachleute sitzen - frei nach dem Motto ‚wir verstehen von der Sache nichts, haben aber ein Gesetz‘“?

Trend zur Altlastsicherung

Letztlich sei der Zuwachs wissenschaftlicher Erkenntnisse direkt proportional zur Anzahl der gebildeten Fachausschüsse. Altlasten würden nicht mehr mit schwerem Gerät im Zuge von Baumaßnahmen vom Baggerfahrer beseitigt, sondern durch einschlägiges Fachpersonal gesichert. „Doch ist zum Beispiel gerade diese derzeit erkennbare Tendenz der Altlastsicherung, die auch im Bundesbodenschutzgesetz der Sanierung gleichgestellt ist, im Sinne einer Lösung bzw. Bewältigung wirklich der richtige Weg?“ fragte die Referentin. Sicherung bedeute eine Verlagerung der Lösung auf mehr oder minder bestimmte Zeit in die Zukunft. Doch müsse man darüber nachdenken, ob die Verlagerung eines Problems in spätere Generationen wirklich nachhaltig ist.

„Umweltschutz beim Staatsanwalt“

München jedenfalls dokumentiere so weit als möglich den Wiedereinbau, die Verbringung und den Verbleib von Bodenmaterial, um gerüstet zu sein für Bauanfragen oder Umnutzungen, betonte Renate Zöllner. Eine Kontrolle über den Verbleib von verunreinigten Böden unterhalb der abfallrechtlichen Gefahrenrelevanz sei nicht mehr vorgesehen. Rechtlich betrachtet sei die Kreisverwaltungsbehörde schwach aufgestellt und aufgrund der derzeitigen personellen und finanziellen Lage darüber hinaus nicht mehr in der Lage, Umweltdelikte durch einschlägige Kontrollen oder selbstveranlasste Untersuchungen aufzudecken. Zöllners Fazit: „So stehen wir heute in immer mehr Fällen da, wo wir vor 20 Jahren angefangen haben - Umweltschutz beim Staatsanwalt.“ DK

10. Hofer Umwelttag:

Umfangreiche Palette an Aktivitäten

Bereits zum zehnten Mal fand der Hofer Umwelttag statt. Rund 80 Aussteller präsentierten zusammen mit der oberfränkischen Stadt ihre Aktivitäten zur Gestaltung einer lebenswerten, umweltverträglichen und sozial gerechten Entwicklung. Die Palette der von einzelnen Bürgern, Vereinen, Organisationen und Firmen dargestellten Leistungen reichte vom Alevitischen Kulturverein über den Bauernmarktverein, Kindergärten, Solarfirmen bis zum Wasserwirtschaftsamt und dem Landesamt für Umwelt. Traditionell trat die Kreis- und Stadtparkasse Hof als Hauptsponsor des Umwelttages auf und machte die passende kulturelle Untermauerung möglich.

Nachdem die Veranstaltung in den ersten zwei Jahren in der Altstadt durchgeführt wurde, wechselte man im Jahr 1999 erstmals auf das Gelände des Bürgerparks Theresienstein, der das passende Umfeld für Begegnungen, Gespräche, Informationen, Darstellungen und Kontakte bietet. Mit einem umfangreichen Rahmenprogramm an kulinarischen, musikalischen und spielerischen Angeboten wurde darüber hinaus für Unterhaltung gesorgt.

Zukunftsweisende Umwelttechnik

Der Hofer Umwelttag entwickelt sich immer mehr auch zu einer Umweltmesse. Dies zeigt sich daran, dass zahlreiche Firmen, Institutionen und Vereine aus der Region teilnahmen und zukunftsweisende Umwelttechnik präsentierten.

Beim finnischen Pavillon unmittelbar neben dem Botanischen Garten sowie in der Kastanienallee wurde in diesem Jahr das Thema „Wasser erleben in Oberfranken“ aufgegriffen. Beiträge hierzu boten die Wasserwacht Hof, die Hofer Bachpaten, das Wasserwirtschaftsamt, das Familienzentrum Mütterclub und die Zoologische Gesellschaft Hochfranken 1907 e.V.

Der Abenteuerladen Bürgerstraße hatte eine Kletterschlinge aufgebaut, an der man seine Kraft und Geschicklichkeit testen konnte. Auch das Technische Hilfswerk Hof sprach speziell Kinder und Jugendliche mit Mitmach-Aktionen an. Das Landesamt für Umwelt war mit einem Luftqualitätsmesswagen vertreten und bot Führungen und Erläuterungen zu den speziellen technischen Geräten im Innenraum an. Der Bürgerkreis Stadtplanung und

Umwelt der lokalen Agenda 21 stellte seine verschiedenen Projekte vor und bot eine Mitmachaktion zum Thema „Ideen für eine Neugestaltung der Luftbrücke am Hauptbahnhof“. Die Kreis- und Stadtparkasse Hof informierte über Photovoltaik und die Möglichkeiten der Förderung, der Kreisverband Hof für Gartenbau und Landespflege über schmackhafte Wild- und Küchenkräuter. Der Kompostring stellte seine Produktpalette vor und gab Tipps für richtiges Kompostieren.

Für Wiedereröffnung der Höllentalbahn

Der Alevitische Kulturverein stellte sich vor und präsentierte ein abwechslungsreiches Kulturprogramm mit Folkloretänzen und Musik. „Öffentlicher Personennahverkehr, Nahverkehr und Radwegenetz“ war das Thema der Präsentation des Landratsamts Hof und der ÖPNV Gemeinschaft Hof.

Daneben waren auch die Fahrgastinitiative „Pro Bahn“ und der Verein „Höllennetz e.V.“ vertreten, der für die Wiedereröffnung der Höllentalbahn von Blankenstein nach Marxgrün warb. Am Stand des Abfallzweckverbandes Hof konnte man seine Kenntnisse im Zusammenhang mit der Mülltrennung überprüfen und an einem Abfall-WM-Mülltonnen-Torwandschießen teilnehmen.

Im Wintergarten auf der Galerie präsentierte sich schließlich der Bauernmarktverein Landkreis Hof, der sich die regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte zum Ziel gesetzt hat. Verschiedene Marktständen und -stände stellten eindrucksvoll die Direktvermarktung der regionalen Landwirtschaft unter Beweis. DK

Auszeichnung mit Umwelt-Urkunden:

Kemptener Schule setzt Zeichen

Gemeinschaftsaktion fördert Einsatz von Recyclingpapier LfU-Präsident Göttle: Ökologisch bessere Alternative

Der Präsident des bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), Albert Göttle, hat die Kemptener Berufs- und Wirtschaftsschule mit Umwelt-Urkunden ausgezeichnet: 36 Klassen der Schule haben sich freiwillig dafür entschieden, künftig nur noch Schulmaterialien aus Recyclingpapier zu verwenden. Göttle: „Umweltschutz fängt schon in der Schule an: Wer Recyclingpapier mit dem ‚Blauen Engel‘ verwendet, setzt auf die ökologisch eindeutig bessere Alternative.“

Für eine Trendwende im seit Jahren rückläufigen Markt bei den Öko-Papieren in den Schulen engagiert sich die Gemeinschaftsaktion Initiative 2000plus: unter dem Motto „Wir setzen Zeichen“ zeichnet sie Schulen aus, die freiwillig die umweltfreundliche Alternative verwenden wollen.

Auch die Stadt steigt um

Mehr als 170 Schulklassen in 45 Schulen in 22 bayerischen Städten haben bislang daran teilgenommen. LfU-Präsident Göttle, der auch Schirmherr der Initiative in Bayern ist, würdigte die Kemptener Schule als Vorbild für andere bayerische Schulen. Auch die Stadt Kempten zieht mit: Oberbürgermeister Ulrich Netzer hat sich für die Stadt verpflichtet, nun in den Geschäftspapieren der Stadtverwaltung ebenfalls auf Recyclingpapier umzusteigen.

Deutliche Vorteile

Der Papierverbrauch ist in den vergangenen 50 Jahren in Deutschland um das Siebenfache angestiegen. Jeder Bundesbürger verbraucht durchschnittlich 230 Kilogramm pro Jahr. Damit gehört Deutschland nach den USA zu den weltweit größten Pro-Kopf-Verbrauchern. Nirgendwo in Europa wird so eifrig Altpapier gesammelt wie in Deutschland, in Bayern zum Beispiel jährlich rund 80 Kilogramm pro Einwohner. Zwei Drittel wird als Rohstoff wieder in den Kreislauf zurückgeführt. Das Recycling von Altpapier hat unbestreitbare Vorteile in der Ökobilanz: Die Aufberei-

tung von Altpapier kommt mit weniger Energie-, Wasser- und Chemikalienverbrauch aus als die Herstellung aus Primärfasern. Auch die europäische Papierindustrie hat sich deshalb verpflichtet, ihren Altpapiereinsatz zu erhöhen. Nachholbedarf gibt es vor allem bei den grafischen Papieren, wie den Geschäftspapieren und Schulheften: hier liegen die Altpapieranteile insgesamt nur bei rund 20 Prozent.

Geringer Anteil

Bis Anfang der neunziger Jahre gehörten umweltfreundlich hergestellte Schulmaterialien noch zum guten Ton. Heute sind nur noch etwa fünf Prozent der bundesweit 200 Millionen Schulhefte aus dem umweltfreundlichen Papier hergestellt, obwohl modernes Recyclingpapier für Schule und Büro im Schnitt nicht teurer als andere Papiere ist und längst nicht mehr grau. Auch Kopierer und Drucker können es problemlos einsetzen. Weil aber die Nachfrage zurückgegangen ist, verschwindet das Öko-Papier mit dem ‚Blauen Engel‘ zunehmend aus den Regalen.

Suchplattform

Durch Information die Nachfrage wieder anzukurbeln, ist eines der zentralen Ziele der Initiative 2000plus, mit Fortbildungen für Lehrer, Info-Materialien und der Urkunden-Aktion „Wir setzen Zeichen“. Für alle, die umsteigen wollen, gibt es im Internet eine Suchplattform der Geschäfte, die Recyclingpapier mit dem Blauen Engel führen: www.heftefinder.de □

Nürnberg, Germany
13. – 16. 9. 2006

GaLaBau 2006

17. Internationale Fachmesse Urbanes Grün und Freiräume
Planen – Bauen – Pflegen

Inspiration für die Zukunft

www.galabau.info-web.de
www.galabau.info-web.de

Veranstalter
NürnbergMesse GmbH
Tel. +49 (0) 9 11. 86 06-49 90
besucherinfo@nuernbergmesse.de

NÜRNBERG MESSE

GaLaBau 2006 in Nürnberg:

Freiräume gestalten

Vom 13. bis 16. September Treffpunkt für Gestalter, Planer und Kommunen

Auch die 17. GaLaBau, die vom 13. bis 16. September in Nürnberg stattfindet, steht im Zeichen der lebenswerten Gestaltung des Wohn- und Arbeitsumfeldes. Hier treffen sich Fachbesucher aus Kommunen, Landschaftsarchitekturbüros und Garten- und Landschaftsbau-Betrieben, um sich über neue Trends zu informieren, aber auch, um unter den Ausstellern die geeigneten Partner für ihre Projekte zu finden.

Das Wohnumfeld hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Bevölkerung. Immer mehr Menschen leben in Städten, in denen der begrenzte Raum kreative Gestaltungsideen erfordert. Denn wo wenig Wert auf multifunktionelle Architektur, lebendige Begrünung und attraktive Freiraumgestaltung gelegt wird, entwickeln sich schnell soziale Brennpunkte. Eine Herausforderung, die Kommunen, Architekten, Landschaftsarchitekten, aber auch Landschaftsgärtner in den kommenden Jahren gemeinsam meistern müssen.

Zulieferer gut gerüstet

Dabei spielt die ansprechende Gestaltung urbaner Freiräume eine erhebliche Rolle. Die Zulieferer sind für diese Aufgabe gut gerüstet. Sie bieten eine umfassende Palette an Park- und Objektmöbeln, Müllboxen und Containermöbeln oder Zaun- und Torsystemen an - mit pfiffigem Design und langlebigen Materialien. Und sie nutzen die GaLaBau 2006, um genau die passenden Zielgruppen anzusprechen.

Zukunftsweisendes PPP

Der Sparzwang der Kommunen geht auch an der Zulieferindustrie aus dem Bereich der Freiraumgestaltung nicht spur-

los vorüber. Schwierige Zeiten erfordern daher innovative Konzepte. Als zukunftsweisend könnte sich hier das Public Private Partnership (PPP) erweisen, also die langfristige, vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und der Privatwirtschaft. Wo öffentliche Gelder knapp sind, können beispielsweise private Unternehmen im Rahmen eines Betreibermodells ein Infrastrukturprojekt errichten und betreiben. Gerade für Aussteller, die mit ihren Produkten zu einem hochwertigen Wohn- und Arbeitsumfeld beitragen, bietet die GaLaBau die ideale Plattform, um mit Besuchern aus Kommunen die Möglichkeiten für PPP-Projekte auszuloten.

Ausstattung auch im Privatgarten gefragt

Natürlich wird auch im privaten Umfeld Wert auf eine ansprechende Gestaltung gelegt. Auf Ausstattungen im Privatgarten hat sich die Firma gartenakzente aus dem bayerischen Eschenlohe spezialisiert, deren Produkte direkt an den Privatkunden, aber auch an den Landschaftsgärtner als Wiederverkäufer vertrieben werden. Geschäftsführer Wolfgang Huber verspricht sich auf der GaLaBau einen intensiven Kontakt zu der Zielgruppe aus dem Garten- und Landschaftsbau. Seine Aufgabe sieht er in der umfas-

senden Information der Fachbesucher: „Indem sie den Kunden im Rahmen einer hochwertigen Gartengestaltung auch hochwertige, fertige Ausstattung anbieten, haben Landschaftsgärtner die Möglichkeit, sich nicht nur als serviceorientierter Dienstleister zu profilieren, sondern auch noch etwas zu verdienen. Leider sehen viele diese Chance noch nicht.“

Knapp 900 Aussteller

Statt passiv auf den wirtschaftlichen Aufschwung zu warten, entwickelt die Branche des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaues aktiv Konzepte, um auch in Zukunft ein attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld zu sichern. Konzepte, die sich durch die Zusammenarbeit von Planern, Kommunen, Zulieferern und ausführenden Betrieben realisieren lassen. Mit knapp 900 Ausstellern und rund 50.000 Fachbesuchern bringt die GaLaBau in Nürnberg zusammen, was zusammen gehört.

Erstmals wird es auf der Ga-

Bayerischer Gärtnerei-Verband:

100-jähriges Jubiläum

Stoiber: „Mittelständische Gartenbaubetriebe sind eine wichtige Säule der Landwirtschaft in Bayern“

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat unternehmerische Kreativität als entscheidenden Erfolgsfaktor des Mittelstandes und insbesondere des bayerischen Gartenbaus bezeichnet. Beim 100-jährigen Jubiläum des Bayerischen Gärtnerei-Verbandes in Buchendorf hob Stoiber hervor, dass die Gärtnereien in Bayern heute moderne zukunfts- und kundenorientierte Unternehmen seien.

Stoiber: „Mut zu Investitionen und Innovationen ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Mit ihrem fachlichen Know-how und ihrem kundenfreundlichen Service sind die bayerischen Gärtner auf dem richtigen Weg in eine erfolgreiche Zukunft. Der Gartenbaustandort Bayern profitiert davon, dass unsere bayerischen Gärtner Experten darin sind, sich im ‚grünen Markt‘ wettbewerbsfähig und zukunftsorientiert zu positionieren.“

Dynamischer Wirtschaftsfaktor

Die bayerischen Gärtner sind nach den Worten des Ministerpräsidenten ein erfolgreicher Berufsstand. Als mittelständische Familienbetriebe sind sie ein dynamischer und bedeutender Wirtschaftsfaktor und eine stabile Säule der Agrarwirtschaft in Bayern. Mit über 42.000 Beschäftigten erzielt der Gartenbau in Bayern rund 1,37 Milliarden Euro Umsatz. Davon entfallen knapp zwei Drittel auf den Erwerbsgartenbau und ein Drittel auf den Garten- und Landschaftsbau.

Berufliche Zukunft

Dem Bayerischen Gärtnerei-Verband gehören heute über 1.300 gartenbauliche Betriebe in ganz Bayern an. Als besonders positiv würdigte Stoiber, dass die Gartenbaubetriebe gerade jungen Menschen eine berufliche Zukunft bieten. In den anerkannten Ausbildungsbetrieben arbeiten zur Zeit rund 2.800 Auszubildende. Damit stellt der Gartenbau über die Hälfte aller Auszubildenden im Bereich Landwirtschaft. Stoiber: „Das ist angesichts der angespannten Situation auf dem Ausbildungsmarkt nicht nur gelebte Genera-

tionverantwortung, sondern auch der Garant für junge und qualifizierte Mitarbeiter.“

Innovations-Medaille

Auch in diesem Jahr wird während der Messe die GaLaBau-Innovations-Medaille verliehen. Ausgezeichnet werden neue und fortschrittliche Produkte und Verfahren für den Bau und die Pflege landschaftsgärtnerischer Anlagen. Die Medaille gilt in der Branche inzwischen als eine Art Qualitätssiegel. Alle Aussteller der GaLaBau, die ein neues Produkt oder eine wesentliche Weiterentwicklung anbieten, sind zur Teilnahme eingeladen. Detaillierte Informationen wie Teilnahmebedingungen sind beim Auslober der Innovations-Medaille, dem BGL, erhältlich. □



Für die Schwanfelder Schüler stand ein lebhafter und erlebnisreicher Unterricht auf dem Programm. □

Mit allen Sinnen spielend lernen:

„Entdecke die Hecke“

Rollende Spielkiste an der Schwanfelder Grundschule

Lernen mal ganz anders: Für 27 Kinder der Schwanfelder Grundschule im Landkreis Schweinfurt stand in der Woche vor Pfingsten ein lebhafter und erlebnisreicher Unterricht auf dem Programm. Drei Tage lang war die Rollende Spielkiste mit dem Projekt „Entdecke die Hecke“ zu Gast in der Klasse 2b.

Das Projekt, das den Lehrplan durch praktisches Erleben ergänzt, dauerte von Montag bis Mittwoch jeweils zirka drei Stunden. Die Schüler konnten dabei selber kreativ werden, erfuhren gleichzeitig viel Wissenswertes über den Aufbau und Nutzen der Hecke sowie über die Tiere, die in und an Hecken leben. „Der Lebensraum Hecke wird bei diesem Projekt mit allen Sinnen erfahren“, sagt die Verantwortliche der Rollenden Spielkiste, Christine Seuffert von der Kommunalen Jugendarbeit des Landkreises Schweinfurt.

Erlebnis im Mittelpunkt

Langeweile kommt dabei nie auf. Denn neben den interessanten Informationen, die die Grundschüler erfahren, stehen bei dem Projekt Erlebnis und Praxis im Mittelpunkt. So haben die Schwanfelder Schüler in dieser Woche gemalt, ein Heckenmobile erstellt, ein Murrellabyrinth und ein Memory über die Pflanzen der Hecke gebastelt. Beeindruckt waren die Kinder von der „Selbsterfahrung in der Hecke“ und von Dosenlupenbeobachtungen. Begeistert zeigten sich auch Bürgermeister

Hans-Georg Eichelbröner und Schulleiterin Claudia Schmidt, die sich am dreitägigen Projekt ergebnisse des dreitägigen Projektes anschauten.

Seit zwei Jahren bietet die Rollende Spielkiste verschiedene Projekte in Kooperation mit den Grundschulen im Landkreis Schweinfurt an. „Entdecke die Hecke“, „Eine Kiste voller Waldzauber“, „Geheimnisvolle Wissenswelt“ und „Wassertropfen-Expedition“ lehnen sich an den Lehrplan an, sind also Ergänzung zum Unterricht. Wichtige Ziele sind dabei die enge Zusammenarbeit mit den Klassenlehrern, spielerisches Lernen, das Erfahren verschiedener Erlebnisräume sowie das Fördern von Kreativität und Fantasie.

Die Rollende Spielkiste ist ein Bus des Landkreises Schweinfurt, der seit über 20 Jahren ganzjährig für Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren unterwegs ist. Die Kommunale Jugendarbeit bietet damit themenbezogene und bedarfsorientierte Projektarbeit an. Jedes Jahr nehmen in allen Landkreisgemeinden rund 1400 Kinder und 650 Erwachsene an den verschiedenen Bühnenthemen und Workshops der Rollenden Spielkiste teil. □

Erstes Bürgermeistertreffen der FW Oberbayern:

Mehr Handlungsspielraum für Kommunen!

Als großen Erfolg erachtet die Bezirksvorsitzende der Freien Wähler, Eva Gottstein, das erste Bürgermeistertreffen der FW in Oberbayern. Wolnzachs Bürgermeister Josef Schäch konnte 50 FW-Kommunalpolitiker im Hopfenmuseum begrüßen. Sie diskutierten mit dem neuen Landesvorsitzenden Hubert Aiwanger über die politischen Ziele der „Freien“ im Hinblick auf das Wahljahr 2008.

Aiwanger forderte erneut deutlich mehr Handlungsspielraum für die Kommunen und weniger Bevormundung durch den Staat: „Bürokratische Planwirtschaft ist am Ende noch immer in der Hose gegangen“, sagte er. Wenn Ministerpräsident Stoiber sich jetzt wieder bei den Kommunalpolitikern sehen lasse, sei dies nur Zeichen seines schlechten Gewissens und die Angst vor einem miserablen Abschneiden bei den Wahlen 2008, mutmaßte Aiwanger.

Zu Recht müsse Stoiber befürchten, dass die Freien Wähler 2008 ihre kommunalpolitische Bedeutung ausbauen und auch in den Landtag einziehen werden. Schließlich sei die CSU für den derzeitigen „parteiübergreifenden Frust“ an der politischen Basis verantwortlich und die kommunale Selbstverwaltung de facto bereits abgeschafft. Als politische Schwerpunkt-

themen der Freien Wähler im Hinblick auf 2008 nannte Aiwanger unter anderem die Bildungspolitik, die Stärkung des benachteiligten ländlichen Raumes sowie eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik an den Interessen des Mittelstandes.

Warnendes Beispiel

Die öffentliche Grundversorgung der Bürger, z. B. die Wasserversorgung, dürfe nicht zum Spekulationsobjekt für Investmentgesellschaften werden. Der Strommarkt gelte hier als warnendes Beispiel. „Wir Freien Wähler sind die politische Kraft, die diese Themen noch glaubwürdig vertreten kann, weil wir die erforderliche Unabhängigkeit besitzen“, so der Vorsitzende abschließend. „Wir sind es dem Bürger schuldig, unseren politischen Einfluss auszubauen!“ DK

BOKI MOBIL KOMMUNALFAHRZEUG
EIN KONZEPT-UNZÄHLIGE LÖSUNGEN

Ab 1200 mm Fahrzeugbreite

INFO DURCH: **KIEFER GMBH**
 HASSENBERGERSTR. 1246
 84402 DORFEN
 TELEFON: (08081) 414-0
 TELEFAX: (08081) 414-99
 www.kiefergmbh.de

GZ-Gespräch mit Landshuts Oberbürgermeister Hans Rampf:

Pragmatiker mit Visionen

Positive Haushaltsentwicklung und verschlankte Stadtverwaltung auf den Weg gebracht

„Die Stadt hat ein sicheres Fundament, um neue Wege zu gehen!“ ist Hans Rampf überzeugt. Landshuts Oberbürgermeister, der am 1. Januar 2005 nach mancherlei Dissonanzen die Nachfolge von Josef Deimer antrat, hat es in kurzer Zeit geschafft, trotz der laufenden Kürzung von Leistungsgesetzen die niederbayerische Bezirkshauptstadt auf den Weg der Entschuldung zu bringen. Das bedeutet: Sowohl die Jahre 2005 als auch 2006 werden mit einer Nettoneuverschuldung von Null abgeschlossen. Durch den Stopp in der Ausgabenpolitik und aufgrund einer stabilen Einnahmesituation ist Rampf zufolge „eine Kehrtwende eingeleitet“, was ihn sichtlich mit Stolz erfüllt. 2006 könnte seiner Meinung nach sogar ein „Sensationsjahr“ werden.

Für heuer rechnet die Stadt mit einem Anstieg der Gewerbesteuer auf 36,5 Mio. Euro - „der höchsten Gewerbesteuer, die Landshut jemals eingenommen hat“, erklärt der OB. Wegen der höheren Steuereinnahmen wird die Gewerbesteuerumlage um mehr als 2,3 Mio. Euro auf 6,8 Mio. Euro ansteigen. Netto verbleibt der Stadt voraussichtlich ein Betrag von 3,1 Mio. Euro, weshalb kein Raum für große Sprünge vorhanden sei und „Haushaltsdisziplin weiterhin oberstes Gebot“ bleibe.

Gewerbesteuer „reformbedürftig“

In diesem Zusammenhang macht Rampf kein Hehl aus seiner Überzeugung, dass die Gewerbesteuer in der jetzigen Form „reformbedürftig“ ist. Sie sei nicht zukunftsträchtig, weil schwankend. Für Kommunen, die zum Teil hoch verschuldet sind, biete sie für die nächsten fünf oder sechs Jahre keine Planungssicherheit. Die sicherste Steuer sei dagegen derzeit die Umsatzsteuer. Eine Erhöhung an ihrer Beteiligung, versehen mit einem Hebesatz, könne korrigierend einwirken.

Neue Wegmarken

Für Landshut war das Ende der Ära Deimer eine Zäsur, für den ehemaligen CSU-Fraktionsvorsitzenden die Chance, neue Marksteine zu setzen: „Das beginnt bei der Verwaltungsreform und endet unter Umständen bei der betriebswirtschaftlichen Formulierung der einen oder anderen städtischen Unternehmung“. Dabei kommt es Hans Rampf zugute, dass die Wogen innerhalb der CSU geglättet sind und sich insbesondere das Verhältnis zu Bürgermeister Ludwig Zellner, der kürzlich sein zehnjähriges Amtsjubiläum feierte, deutlich entspannt hat.

„Die Stimmung ist grundsätzlich positiv“, erklärt Rampf und verweist dabei auch auf die von ihm in Angriff genommene dreistufige Schlankheitskur der Verwaltung. Seit 1. April gibt es

durch Umstrukturierungen bzw. Zusammenlegungen in der Verwaltung vier Ämter und ein Referat weniger. Mit diesem ersten Schritt sei bewiesen worden, „dass wir keine Luftblasen produzieren“.

Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst „nicht in Zement gegossen“

Bereits bei seinem Amtsantritt wusste Rampf, der Pragmatiker, der Mann aus der Wirtschaft, dass er das Bewusstsein vermitteln muss, „dass auch die Sicherheit der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst nicht in Zement gegossen ist“. Weil die Stelleinsparungen sozial verträglich und ohne Zeitdruck über die Bühne gehen müssten, sei das diffizile Vorhaben auch besser zu transportieren.

Stelleneinsparungen

Inzwischen wird die zweite Stufe vorbereitet, die zusammenführen soll, was thematisch zusammengehört. In Stufe 3 schließlich sollen dann alle Veränderungen in Angriff genommen werden, die organisatorisch einen größeren Vorlauf benötigen, wie etwa die Verlegung des Stadtsteueramts als Sachgebiet in das Amt für Finanzen und Wirtschaft. Unterm Strich wird es nach Darstellung des Stadtoberhauptes ein Referat, mindestens acht Ämter und drei Sachgebiete weniger geben. Das Referat Schulen, Stiftungen und Sozialwesen beispielsweise wird zusammengeführt mit dem Referat Recht, Sicherheit und Ordnung.

Interne Arbeitsgruppe

Rampf setzte bei der Neuorientierung bewusst auf eine interne Arbeitsgruppe, die er mit der Erstellung eines Konzepts betraute sowie auf die Unterstützung des Kommunalen Prüfungsverbandes. Eine wesentliche Voraussetzung für die Verwaltungsreform war der Umzug verschiedener Ämter ins neue Rathaus II: Von Novem-

ber 2004 bis Februar 2005 konnten dort zwölf Standorte zusammengeführt und auch ein „gut angenommenes“ Bürgerbüro eingerichtet werden: ein Schritt, der nicht nur nach außen zu mehr Kundenorientierung, sondern auch intern zu mehr Wirtschaftlichkeit und Effizienz in den Arbeitsabläufen führen sollte.

Verfahrensmanager in der Vermittlerrolle

Dazu zählt auch der Einsatz eines Verfahrensmanagers, der dafür sorgen soll, dass Genehmigungsverfahren weiter verkürzt und rasche Entscheidungen zur schnelleren Umsetzung von Investitionen ermöglicht werden. Seine Vermittlerrolle, laut Rampf von Teilen der Bürgerschaft durchaus häufig wahrgenommen, dient dem Ziel, ein noch investitionsfreundlicheres Klima zu schaffen.

Langfristige Maßnahmen

Neben diesen kurzfristig umzusetzenden Schritten sind bereits auch mittel- und langfristige



Bürgermeister Christian Meier zwischen Vizbürgermeister Stefan Förtsch (links) und Vizelandrat Gregor Schmitt (rechts). fpo

Marktgemeinde Egloffstein:

Bürgermeister Meier feierte 65. Geburtstag

Kreisrat Christian Meier (CSU) konnte am 2. Juli seinen 65. Geburtstag feiern. Aus diesem Anlass fanden sich viele Gratulanten im sommerlichen Garten der Bürgermeistersfamilie auf dem Oberen Berg ein. Der Reigen der offiziellen Gratulanten wurde angeführt von Vizelandrat Gregor Schmitt und Vizebürgermeister Stefan Förtsch.

Aus allen Glückwunschan-sprachen klang die große Wertschätzung heraus, der sich der Kommunalpolitiker allenthalben erfreut. Seit 30 Jahren amtiert Christian Meier als Bürgermeister der Trubachtal-gemeinde Egloffstein; in den Markt-gemeinderat zog er schon 1972.

Der gelernte Bankkaufmann baute in Egloffstein die Raiffeisenbank neu auf und war 23 Jahre ehrenamtlicher Vorsitzender des Genossenschaftsverbandes im Landkreis Forchheim.

Aus fünf mach' eins

Als ehrenamtlicher Bürgermeister des Marktes Egloffstein galt es u. a. im Rahmen der Gemeindegebietsreform aus fünf früheren Gemeinden eine neue Einheit zu schmieden. Die Verwaltungsgemeinschaft mit Obertrubach war nur ein Zwischenspiel und wurde zum 1. Januar 1980 wieder aufgelöst. Zudem ist der Jubilar Vorsitzender des Abwasserzweckverbandes Trubachtal und des Schulverbandes Egloffstein.

Als Arbeitsschwerpunkte ragen aus seinem kommunalen Schaffen heraus: Sanierung Trink-

Maßnahmen angedacht - etwa die Zusammenführung der bauamtlichen Betriebe (Bauhof) und des Stadtgartenamts, wobei dann auch die Betriebsform überdacht werden soll. Weiter denkt der Rathauschef an eine Zusammenführung von Skulpturenmuseum und städtischen Museen sowie die Überführung des Marktwe-sens an die Messe GmbH, wobei der Verbraucherschutz im Ordnungsamt bleiben soll.

Bürgerbeteiligung

Bürgerzufriedenheit impliziert Bürgerbeteiligung. Zunächst war es eine Vision, jetzt aber steht das neue ÖPNV-Konzept, das das Busfahren in Landshut vereinfachen soll. Von frühmorgens bis spät nachts wird man künftig sein Fahrtziel bequem erreichen können. Nur durch die Fußgängerzone fahren die Stadtbusse seit Anfang Juni nicht mehr. Die Kernstadt ist nun vollständig verkehrsberuhigt. Das neue Bus-system - derzeit ist man dabei, auf Erdgas-Busse umzurüsten - wurde durchweg positiv angenommen, was Rampf zufolge entscheidend damit zu tun hat, „dass alle gesellschaftlichen Gruppierungen in den Entscheidungsprozess mit einbezogen wurden“. Noch in diesem Jahr soll damit begonnen werden, die Fußgängerzone umzugestalten. Ein Ideenkreis sammelt hierzu momentan Vorschläge.



„2006 könnte ein Sensationsjahr für Landshut werden“, meinte in einer ersten Stellungnahme Oberbürgermeister Hans Rampf im Gespräch mit den Redakteurinnen der Bayerischen Gemeindezeitung, Doris Kirchner (links) und Anne-Marie von Hassel (rechts). Foto: Faber

MVV-Anbindung

„Deutliche Signale“ glaubt der Oberbürgermeister indes in punkto MVV-Anbindung zu erkennen: Nach einem Gespräch mit Verantwortlichen bestehe die konkrete Möglichkeit, „dass wir uns dem MVV mit relativ bescheidenen finanziellen Mitteln anschließen. Gerade vor dem Hintergrund, dass 80 Prozent der außerhalb arbeitenden Landshuter Pendler Richtung München fahren und mit Blick auf die problematische Flughafen-anbindung - siehe Marzlinger Spange - wäre dies ein Riesensiegewinn“, ist Rampf überzeugt.

Kultur ein

„Schatz der Zukunft“

Dass das Stadtoberhaupt bei allen Reformbestrebungen die kulturellen Belange und die Traditionspflege nicht vergisst, versteht sich für ihn von selbst. „Schließlich ist Kultur für Landshut ein Schatz der Zukunft, der nicht mit Geld zu bezahlen ist.“ Rampf denkt daran, künftig verstärkt über Stiftungen zu arbeiten. Umschichtung laute das Zauberwort.

Aufzug zur Burg Trausnitz

Eine touristische Idee der besonderen Art ist ein möglicher Schrägaufzug vom Dreifaltigkeitsplatz zur Burg Trausnitz. Bei einem Gedankenaustausch mit Finanzstaatssekretär Franz Meyer erklärte sich dieser einverstanden, dass die Stadt eine Machbarkeitsstudie erstellt und der Bayerischen Schlösserverwaltung vorlegt. In der Finanzierungsfrage wird von Seiten der Stadtverwaltung, in der die Realisierungsverantwortung

liegt, an ein PPP-Modell gedacht.

Preisgünstiges Wohnen

Auch beim Thema Wohn- und Baupolitik hat sich der OB einiges einfallen lassen, wobei er deutlich darauf hinweist, dass sein Vorgänger es geschickt verstanden habe, eine ausgewogene Wohnungspolitik zu gestalten, „sprich eine Ghetto-bildung mit Hochhäusern in Grenzen zu halten und zudem einen gewissen sozialen Mittelstand zu pflegen“. Im Zuge des Wegfalls der Eigenheimzulage habe die Stadt „ein mindestens ebenso interessantes Alternativfamilienmodell“ entwickelt. Mehr als hundert Häuser in attraktiver Lage sollen jungen Familien die Möglichkeit bieten, komfortabel und preisgünstig zu wohnen. Die Stadt plant beispielsweise, pro Kind eine Ermäßigung beim Erwerb von Bauland zu gewähren.

Verbesserungswürdiger Branchenmix

„Etwas umfunktionieren“ will Rampf dagegen den Branchenmix in der Landshuter Innenstadt. Die hohe Kaufkraftabschöpfung im Bereich Nahrungsmittel berge langfristig die Gefahr einer „Fressmeile“. Zwar sei die Nachfrage großer internationaler Firmen durchaus vorhanden, erklärt der Oberbürgermeister, die Häuserstruktur jedoch oftmals sanierungsbedürftig. Die beiden Abteilungen Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing böten hier an, Hausbesitzer beim Ablauf von Mietverträgen zu begleiten bzw. zu beraten. Wichtig sei es, „dass Hauseigentümer, Stadt und Kernstadt zusammen-rücken“. DK

Bürgermeisterwahlen in Bayern:

Traumergebnis für Anna Eder

Mit überwältigender Mehrheit ist Deggendorfs Oberbürgermeisterin Anna Eder in ihrem Amt bestätigt worden. Die 55-Jährige erreichte 70,4 Prozent der Stimmen; ihre Herausforderer Thomas Trautwein (SPD) und Karl Hauser (FDP) kamen auf 24,4 bzw. 5,2 Prozent. Anna Eder hatte die Wahl im Jahr 2000 gegen vier Kontrahenten gewonnen und war erste Rathauschefin Niederbayerns geworden.

Die strahlende Siegerin betonte in einer ersten Stellungnahme, sie wolle alles tun, um die positive Stimmung in der Stadt aufrechtzuerhalten. Auch liege ihr daran, für einen weiteren Aufschwung Deggendorfs zu sorgen. CSU-Vorsitzender Edmund Stoiber bezeichnete das Wahlergebnis als „großartigen Vertrauensbeweis“ für die Rathauschefin. Der Wahlsieg sei außerdem ein weiterer Beweis dafür, „dass die CSU die Kommunalpartei in Bayern ist, die vor Ort fest verwurzelt ist und die Interessen der Bürger am besten vertritt“.

Gewählt wurde zudem in vier weiteren Gemeinden. Groß war dabei die Überraschung in Weihenhorn: Dort setzte sich der Kandidat der „Überparteilichen Wähler“ und der SPD, Wolfgang Fendt, mit 60 Prozent der Stimmen gegen den CSU-Berwerber Ernst Peter Keller durch. Im unterfränkischen Mellrichstadt gewann mit Eberhard Streit ebenfalls ein unabhängiger Kandidat die Wahlen. Er siegte mit 69 Prozent der Stimmen gegen Christian Herbig. Mit einem deutlichen Wahlsieg für den Amtsinhaber Dr. Herbert Kränzlein (SPD) endete die Bürgermeisterwahl in Puchheim. Auf Kränzlein entfielen 67,2 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Sein Herausforderer Georg von Kleinsorgen (CSU) kam auf 32,8 Prozent. Kränzlein tritt damit seine vierte Amtsperiode an. In Gaißach, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, trat Amtsinhaber Nikolaus Trischberger ohne Gegenkandidat an. Der CSU-Politiker, der sich um eine dritte Amtszeit bewarb, kam auf 88 Prozent der Stimmen. DK

„Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt“:

Münchner Stiftungs-Botschaft

Im Rahmen des ersten verkaufsoffenen Sonntags in der Münchner Innenstadt hat die Stiftung „Bündnis für Kinder. Gegen Gewalt“ als Partner der Innenstadtgeschäfte mit ihrem Stand am „Familien-Beach“ die Menschenmassen angezogen.

Mit den „Ich bin unschlagbar“-T-Shirts zeigten viele Kinder Flagge gegen Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Gemeinsam mit TV-Moderator und Stiftungsratsmitglied Michael Schanze stellte Familienministerin Christa Stewens die Stiftung vor. Hierfür standen die beiden Prominenten für eine „E-Card-Fotoaktion“ zur Verfügung. Die Fotos, die nun um die Welt gehen sollen tragen die Botschaft „Ich bin unschlagbar“ via E-Card ins world wide web.

Mit einem von MINI München zur Verfügung gestellten „Ich bin unschlagbar“-MINI Cooper Cabrio, den Schauspielerin und Stiftungsratsmitglied Sunny Melles in Empfang nahm, wird die Stiftung künftig auf den Straßen in München und im Umland unterwegs sein, und die Bündnis-Botschaft zu transportieren. Im Rahmen eines großen Gewinnspiels wurde der MINI für eine Woche verlost.

Auch am Informationsstand der Stiftung war der Run auf Infos, Giveaways und Shirts, die gegen eine Spende ab fünf Euro vergeben wurden, groß. DK

BKPV-Ratgeber zum neuen kommunalen Finanzwesen

Das doppische Haushalts- und Rechnungswesen ist eine harte Nuss
Aus dem Jahresbericht 2005 des Prüfungsverbandes

Als die Innenministerkonferenz im November 2003 nach eingehenden Beratungen Leitlinien für ein neues „doppisches Haushalts- und Rechnungswesen“ für die Kommunen verabschiedete, war den Praktikern bewusst: Hier ist eine harte Nuss zu knacken. Kein Wunder, wenn sich nun der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV), dem u. a. 548 Gemeinden, alle 71 Landkreise und 37 Verwaltungsgemeinschaften als Mitglieder angehören, in seinem jetzt vorliegendem Jahresbericht 2005 ausführlich der Problematik widmet, die sich aus dem Abschied vom althergebrachten Geldverbrauchskonzept in der Etatgestaltung ergibt.

Fest steht: Von einem einheitlichen kommunalen Haushaltsrecht in ganz Deutschland wird kaum die Rede sein können, selbst wenn sich die Waage zwischen den zulässigen Alternativen – eine erweiterte kameralistische Buchführung oder das doppische Haushalts- und Rechnungswesen – sich mehr und mehr zu Gunsten des Letzteren neigt (Vorgezeichnet in einer Gemeinde-HVO-Doppik). In den 2003er Leitlinien ist ein Wahlrecht eingeräumt.

Präferenz in Richtung Doppik

Nun sei, so der Münchner Prüfungsverband, bereits bundesweit eine eindeutige Präferenz in Richtung Doppik festzustellen. Eine Mehrheit der Bundesländer sehe unter Berücksichtigung angemessener Übergangsfristen den obligatorischen Übergang auf dieses System der doppelten Buchführung vor. Allerdings dürfe nicht übersehen werden, dass sich die Konzepte in den einzelnen Bundesländern vor allem hinsichtlich der Bilanzgliederung und Vermögensbewertung zum Teil deutlich voneinander unterscheiden. „So sind zum Beispiel neben der Bewertung des Vermögens in der Eröffnungsbilanz anhand vorsichtig geschätzter Zeitwerte (Nordrhein-Westfalen) einerseits und anhand historischer Anschaffungs- und Herstellungskosten (Hessen) andererseits auch Mischformen aus beiden Bewertungsverfahren vorgesehen (Niedersachsen); eine länderübergreifende Vergleichbarkeit ist nur eingeschränkt zu erwarten.“

In Bayern liegt – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – noch kein verbindlicher Rechtsrahmen für den Übergang zu einem „Ressourcen-Verbrauchs-

konzept“ vor. Dieses wird auf die Errechnung/Offenlegung des zur Bereitstellung der Verwaltungsleistungen notwendigen Ressourcenaufwandes und des Ressourcenaufkommens abzielen.

Politik mit einbeziehen

Die Reform des Haushaltsrechts sei also ein Ausfluss des neuen Steuermodells und sollte daher auch als wesentlicher Teil eines solchen verstanden werden. „Die isolierte, nicht in ein steuerpolitisches Gesamtkonzept eingebettete Umstellung des Rechnungswesens ist unseres Erachtens wirkungslos, da allein durch den Wechsel des Buchführungssystems weder die Wirtschafts- und Finanzlage unmittelbar verbessert werden. Vor diesem Hintergrund sollte sich der Umstellungsprozess nicht nur auf die Verwaltung beschränken, sondern von Anfang an auch die politischen Entscheidungsträger einbeziehen.“

Konzeptionelle Einbindung

Die Umstellung auf das doppische System müsse also in ein Gesamtkonzept eingebunden werden, so der BKPV, in dem die Ziele festgelegt sind, die mit dem Wechsel der Buchführung erreicht und verändert werden können und sollen.

„Dabei sollte man sich vor allem auch über die Grenzen des Wechsels des Buchungsstils im Klaren sein: Auch die doppelte Buchführung liefert wie die Kameralistik letztendlich nur Datenmaterial, das in steuerungsrelevante Informationen übersetzt werden muss oder mit anderen Worten: Auch die doppelte Buchführung bewirkt nur das, was man daraus macht!“

Seit September 2005 gibt es

eine „Arbeitsgruppe Doppik“ beim bayerischen Innenministerium. Vertreter der Spitzenverbände, des Prüfungsverbandes sowie einzelner Pilotkommunen gehören ihr an. Beraten wird über die Grundlagen für ein späteres Gesetz. Inzwischen haben sich ohne verbindlichen Rechtsrahmen die „Pilotgemeinden“ Hallbergmoos und Putzbrunn, daneben München, Nürnberg, Königsbrunn, auch die Landkreise Ebersberg und Mühldorf a. Inn in das Abenteuer der Umstellung auf das doppelte Haushalts- und Rechnungswesen gestürzt.

Der BKPV selbst beteiligt sich aktiv an der Erarbeitung von formellen und materiellen Vorschriften. Eine weitere Arbeitsgruppe von Städtetag und Landkreistag hatte dem Prüfungsverband Eckpunkte für Bewertungsrichtlinien zur Hand gegeben, die den Erprobungskommunen Beistand zur Gestaltung einer neuartigen Eröffnungsbilanz gewähren.

Auch externe Berater

Für den BKPV sind fundierte Kenntnisse besonders qualifizierter Mitarbeiter vonnöten für einen erfolgreichen Start des neuen Finanzwesens. Dabei müsse unter Umständen auf das Know-how externer Dritter

Altlastenfall Schonungen:

Einigung über weiteres Vorgehen

Sinner: Betroffene Grundstückseigentümer brauchen Klarheit - Kostenbelastung wird auf ein zumutbares Maß beschränkt

„Unser gemeinsames Ziel ist es, alle von den Altlasten in Schonungen betroffenen Grundstücke dauerhaft altlastenfrei zu stellen“, betonte Staatsminister Eberhard Sinner nach einem Arbeitsgespräch von Vertretern der Staatsregierung, des Landtags, des Landkreises, der Gemeinde und der betroffenen Grundstückseigentümer in Schonungen.

Zwischen allen Beteiligten wurde nach den Worten Sinners Einigkeit erzielt, dass die seit April vorliegende Sanierungsvariantenstudie mit Blick auf die materiellen und rechtlichen Voraussetzungen für eine altlastenfreie Zukunft Schonungen nochmals eingehend beleuchtet wird. Sinner: „Wir wollen, dass die betroffenen Grundstückseigentümer, die Gemeinde und der Landkreis baldmöglichst Klarheit über die Sanierung haben.“

Gesprächsteilnehmer

An dem Gespräch nahmen neben Minister Sinner auch die Landtagsabgeordneten Henning Kaul, Gerhard Eck, Dr. Otto Hünnerkopf, Robert Kiesel und Prof. Hans Gerhard Stockinger, Landrat Harald Leitherer und Bürgermeister Kilian Hartmann, Mitglieder des Schonunger Gemeinderats sowie Vertreter der Solidargemeinschaft umweltbewusster Bürger (SuB) mit ihrem Vorsitzenden Theo Kohmann teil. Die SuB ist die Interessengemeinschaft der betroffenen Bürger Schonungen. An der Vereinbarung des weiteren Vorgehens waren auch die RAe Wolfgang Baumann und Dr. Ralf Roßkopf sowie Dipl.-Geol. Robert Hartmann vom Ing.-Büro CDM im Auftrag der SuB beteiligt.

Sinner begrüßte die Zusage des Vorsitzenden des Umweltausschusses im Bayerischen Landtag Henning Kaul, die

zurückgegriffen werden. Im übrigen ändere die Nutzung der doppischen Buchführung nichts an der Zuständigkeit der örtlichen und überörtlichen Prüfungsorgane. Nachzulesen sind im 2005er Geschäftsbericht der Prüfer detaillierte Empfehlungen etwa hinsichtlich der erstmaligen Bewertung von Vermögensgegenständen in den Eröffnungsbilanzen (erstmalige Inventur!), bezüglich des Ausweises einer Ergebnisrücklage oder Pensionsrückstellungen für die Beamten sowie einer „produktorientierten Gliederung des Haushalts“.

Struktur des Haushaltsplans vorlegen

Politik und Verwaltung müssen aber noch unbedingt Struktur und Detaillierungsgrad des künftigen produktorientierten Haushaltsplans festlegen, heißt es weiter. Und abschließend: „Ein übergeordnetes Ziel der Reform des Gemeindehaushaltsrechts ist u. a. die Vermittlung eines vollständigen Bildes der tatsächlichen Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommunen.“

Wird aufgrund kurzfristiger Überlegungen auf die Berücksichtigung wesentlicher Verpflichtungen einer Kommune von vornherein verzichtet, wird damit ein entscheidender Vorteil des neuen Haushalts- und Rechnungswesens sogleich verspielt. Zudem besteht die Gefahr, dass durch gezieltes Weglassen wesentlicher Verpflichtungen zu Lasten künftiger Generationen der Eindruck tatsächlich nicht vorhandener Handlungsspielräume erzeugt wird. **mhb**

Landkreis Miesbach und Hartz IV:

Paradebeispiel für erfolgreiche Arbeitsvermittlung

„Der Landkreis Miesbach ist das Paradebeispiel für eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung auf kommunaler Ebene.“ Mit diesen Worten hat Bayerns Arbeitsministerin Christa Stewens in Miesbach die Arbeit des Landratsamtes gewürdigt. Bei einem Treffen mit Landrat Norbert Kerkel und dem Landtagsabgeordneten Jakob Kreidl sagte sie: „Durch zielgerichtete innovative Qualifizierungs- und Eingliederungsmaßnahmen ist es den Miesbachern als einzige in Deutschland gelungen, im vergangenen Jahr die Zahl der Langzeitarbeitslosen zu verringern.“

Der Landkreis Miesbach ist mit den Städten Erlangen und Schweinfurt sowie dem Landkreis Würzburg eine von vier so genannten Optionskommunen, die die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen selbständig ohne die Bundesagentur für Arbeit durchführen. In Miesbach wurden Modellprojekte und Qualifizierungsmaßnahmen wie „Fit im Job“, dem „Pack mas e.V.“ und die „Kompetenz auf Abruf gGmbH“ eingeführt. Mit diesem Maßnahmenbündel und insbesondere auch durch das Bewerbungszentrum Miesbach, in dem erfahrene Coaches passgenaue Strategien zur Integration in den Arbeitsmarkt entwickeln, konnte die Langzeitarbeitslosigkeit um vier Prozent abgebaut werden.

Die innovativen Ansätze in Miesbach hätten gezeigt, dass die Integration von Langzeitarbeitslosen funktionieren könne. „Der Schlüssel ist eine Stärkung des Entscheidungsspielraums der Träger vor Ort“, erläuterte die Ministerin und forderte: „Darüber hinaus muss das Hartz IV-System generell verbessert und so ausgestaltet werden, dass wirklich nur die Hilfebedürftigen Unterstützung erhalten.“

Mit Hartz IV habe der Gesetzgeber zum Teil falsche Anreize geschaffen. Die dadurch geschaffene Vielzahl neuer Antragsteller überfordere die zuständigen Stellen und lasse die Kosten explodieren. Stewens: „Um diese Entwicklung zu stoppen, müs-

stückseigentümer durch seine finanzielle Beteiligung überfordert werden.“ Übereinstimmung wurde darüber erreicht, dass eine für die Grundstückseigentümer möglichst einfache und unbürokratische Lösung anzustreben ist. Auch was die gemeindeeigenen Grundstücke anbelangt, wird sich die Staatsregierung bemühen, Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung für die Gemeinde zu finden.

Arsen und Schwermetalle einer Farbenfabrik

In der Gemeinde Schonungen wurden Belastungen des Bodens und des Grundwassers durch arsen- und schwermetallhaltige Rückstände einer seit 1930 nicht mehr existierenden Farbenfabrik gefunden. Betroffen sind nach derzeitigen Erkenntnissen insgesamt rund 120 Grundstücke. Ziel der Sanierung ist es, eine Gefährdung für die menschliche Gesundheit, Nutzpflanzen und insbesondere das Grundwasser dauerhaft auszusräumen.

Staatsminister Sinner verwies darauf, dass die Staatsregierung bereits erhebliche Anstrengungen unternommen hat, um die Belastung für die Bürger so gering wie möglich zu halten. Durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Kostentragung im zentralen Untersuchungsbereich zwischen Bürgerinitiative, Freistaat, Landkreis und Gemeinde habe man die Kostenbelastung für die betroffenen Grundstückseigentümer auf lediglich rund sechs Prozent der bisherigen Untersuchungskosten reduziert. Sinner: „Wir werden auch weiterhin den Rahmen des rechtlich und finanziell Möglichen zur Entlastung der Bürger in Schonungen ausschöpfen.“ □

sen vor allem die zusätzlichen Leistungen beseitigt werden, die nicht zur Sicherung des Existenzminimums notwendig sind. Hierunter fallen beispielsweise die Beiträge für die Rentenversicherung und die befristeten Zuschläge, die den Übergang vom Arbeitslosengeld I ins Arbeitslosengeld II abfedern sollen.“ Dem Missbrauch könne durch stärkere Kontrollen und durch härtere Sanktionen bei Arbeitsunwilligen begegnet werden. Beispielsweise dürfe es nicht passieren, dass jemand auf Kosten der Steuerzahler lebt, weil er Sparguthaben oder Immobilien verschwiegen hat, die er eigentlich zur Bestreitung des Lebensunterhalts einsetzen muss. **DK**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KP in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschluffermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Tourismusverband Franken:

Ehrenmedaille für Prof. Grimm

Auf Vorschlag seines 1. Vorsitzenden, Staatsminister Dr. Werner Schnappauf, verlieh der Tourismusverband Franken seine Ehrenmedaille an Prof. Dr. Claus Grimm, den Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte.

Die Verleihung fand im Rahmen der Mitgliederversammlung des Tourismusverbandes Franken im Großen Kurhaussaal in Bad Steben statt. Mit der Ehrenmedaille würdigt der Tourismusverband die beispielhafte Zusammenarbeit mit dem Haus der Bayerischen Geschichte bei der Umsetzung kultureller Themen durch die Veranstaltung von Landesausstellungen und Sonderausstellungen sowie kulturhistorischer Projekte.

So steht auch die diesjährige Landesausstellung „200 Jahre Franken in Bayern“ im Museum Industriekultur in Nürnberg in der Tradition der großen Ausstellungen des Hauses der Bayerischen Geschichte zu fränkischen Themen. Eine Entwicklung, die 1984 mit „Glück und Glas“ in Lohr am Main begann und in so erfolgreichen Ausstellungen wie „Reichsstädte in Franken“ (1987 Rotheburg o.T.), „Siehe der Stein schreit aus der Mauer“ (1988/89 Würzburg), „Kilian, aller Franken Patron“ (1989 Würzburg), „Philipp Franz von Siebold“ (Würzburg 1993), „Lucas Cranach“ (Kronach 1994), „Bayern entsteht“ (Ansbach 1996), „Ein Herzogtum und viele Kronen“ (Coburg 1997), „Bayern & Preußen & Bayerns Preußen“ (Kulmbach 1999), „Kaiser Heinrich II.“ (Bamberg 2002), „Das Rätsel Grünwald“ (Aschaffenburg 2002/03), sowie „Edel und frei. Franken im Mittelalter“ (Forchheim 2004) ihre regelmäßige Fortsetzung fand.

Angesichts des kulturellen Reichtums und der Vielzahl an historischen Sehenswürdigkeiten in Franken darf man sich auch für die Zukunft auf Ausstellungen und Kooperationsprojekte des Hauses der Bayerischen Geschichte freuen. □

Mit Spezialprogramm aus dem Besuchertief

Mainfränkisches Museum hatte 2005 erstmals genug Geld in der Eintrittskasse

Inhaltlich spannende Themen mit einem attraktiven und vielfältigen Rahmenprogramm zu verbinden, dieses Konzept verfolgt Dr. Claudia Lichte, Leiterin des Mainfränkischen Museums in Würzburg, seit ihrer Amtseinführung im Jahr 2004 konsequent. Dass ihr ausgefeiltes Konzept aufgeht, bewies unter anderem die Sonderausstellung „aufgetischt“ über Tafelsitten vergangener Zeiten. Die Schau mit vielen Spezialaktionen sorgte dafür, dass im vergangenen Jahr erstmals seit Gründung des Zweckverbands die im Haushaltsplan festgeschriebene Höhe der Eintrittsgelder zur Finanzierung des Museumsbetriebs erreicht wurde.

115.000 Euro Eintrittsgelder soll das Museumsteam den Vorgaben des Zweckverbands gemäß jährlich erwirtschaften. Bisher gelang dies nie, der

und Bezirk Unterfranken um 300.000 Euro zu entlasten. Vor drei Jahren musste die Stadt noch 60 Prozent der Umlagesumme von 1,8 Millionen Eu-

er sich einem 35-köpfigen Aufsichtsteam der Stadt gegenüber, das durch einen „unglaublich hohen“ Krankenstand auffiel. Bei den Mitarbeitern handelte es sich überwiegend um erkrankte Bedienstete der Stadt, die ihren Job im Garten- oder Straßenamt aus Gesundheitsgründen nicht mehr ausüben konnten. Viele dieser Mitarbeiter gingen inzwischen in Rente oder wurden versetzt, lediglich fünf Angestellte der Stadt leisten heute noch Aufsicht in den Museumsräumen. Der Rest der Aufsichts- und Kassennmannschaft bildet das Team einer Firma, mit dem das Mainfränkische Museum mittlerweile kooperiert.

Service-Plus

Um ein Service-Plus zu erreichen, leisten außerdem rund 100 Volunteers freiwillig Dienst im Museum. Diese, betont Semmel, nehmen jedoch niemandem den Arbeitsplatz weg. Die Aufgaben der ehrenamtlichen Helfer bestanden ausschließlich darin, Museumsbesucher persönlich zu begrüßen und bei Fragen für sie da zu sein. Außerdem, so Semmel, führen die Freiwilligen seit mehreren Monaten eine Besucherbefragung durch: „Dabei zeichnet sich bisher ab, dass viel zu wenig Würzburger Bürger in unser Museum kommen.“

Neue Restauratorin

Die Einsparung von 300.000 Euro innerhalb von drei Jahren gelang, obwohl das Museum neues Personal erhielt. Im Sommer 2005 wurde die Stelle einer Restauratorin neu besetzt, mit Sabine Kreitmaier aus Gerolzhofen (Kreis Schweinfurt) hielt Anfang des Jahres eine Museologin Einzug in das Haus auf dem Festungsberg. Ihre Aufgabe besteht in den kommenden Jahren darin, die rund 70.000 noch nicht erfassten Exponate des Museums zu inventarisieren.

Die an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur in Leipzig ausgebildete Museumsspezialistin, eine von insgesamt 184 Bewerbern auf die neue Stelle, wird zunächst bis 2009 im Mainfränkischen Museum beschäftigt sein. Ob eine Erhöhung der Eintrittspreise zu einer zusätzlichen Einnahme führen kann, auch das wird aktuell im Museum überprüft.

Sponsorensuche

Geschäftsführer Semmel macht kein Hehl daraus, dass er persönlich gegen eine Erhöhung des Eintrittspreises von derzeit drei Euro ist. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit sei dies kontraproduktiv. Nicht vom Tisch ist die seit 2004 schwelende Diskussion um Eintrittsgelder für Kinder und Jugendliche. Weil diese das Museum derzeit kostenlos besuchen dürfen, besteht auf dem ersten Blick eine deutliche Diskrepanz zwischen der Anzahl der Besucher und den Eintrittsgeldern. So suchten im Jahr 2005 rund 103.000 Menschen das Museum auf, nicht einmal die Hälfte davon leistete jedoch ihren Obolus an der Museumskasse.

Gespart werden soll weiterhin dadurch, dass bei jedem extern vergebenen Auftrag und jeder Anschaffung hart um Rabatte gefeilscht wird. Auch die Jagd nach Sponsoren wird intensiv vom Museumsteam betrieben. Dies jedoch, gibt Semmel zu, gestaltet sich in Zeiten, in der jede Kultureinrichtung um Mäzene wirbt, äußerst schwierig: „Meist kommt uns das Stadttheater zuvor.“ **Text und Bild: Pat Christ**



Das Mainfränkische Museum auf der Würzburger Festung Marienberg lockte 2005 erstmals wieder mehr Besuch an.

deutschlandweit zu beobachten. Insgesamt gelang es Semmel seit Januar 2003, die Zweckverbandsmitglieder Stadt Würzburg

ro finanzieren, der Bezirk hatte 40 Prozent des ungedeckten Bedarfs zu übernehmen. Im vergangenen Jahr ist laut Semmel eine Gesamtumlage von nur noch 1,5 Millionen Euro nötig. Die Einsparungen wurden hauptsächlich durch personelle Änderungen erreicht.

Unzureichende Situation

Als Semmel den Posten des Geschäftsführers übernahm, sah



Hermann Schorer (Mitte) mit Landrat-Stellvertreter MdL Max Strehle (r.) und Schwabmünchens Zweitem Bürgermeister Heinz Schwarzenbacher.

Schwabmünchen:

Kommunale Verdienstmedaille an Hermann Schorer

Hermann Schorer aus Schwabmünchen wurde von Innenminister Dr. Günther Beckstein mit der Kommunalen Verdienstmedaille in Bronze ausgezeichnet.

Der Stellvertreter des Augsburger Landrats und Landtagsabgeordnete Max Strehle überreichte Schorer die Auszeichnung, die nur Persönlichkeiten zuteil wird, die sich in herausragender Weise um die Belange der kommunalen Selbstverwaltung verdient gemacht haben.

In seiner Würdigung betonte Strehle, dass Schorer auf über 30 Jahre kommunalpolitischen Wirkens zurückblicken kann. Er setze sich seit 1972 als Stadtrat tatkräftig für die Bürgerinnen und Bürger Schwabmünchens ein und habe wichtige Impulse gesetzt.

Insbesondere in seiner Funktion als Referent für die Land- und Forstwirtschaft und als

stellvertretender CSU-Fraktionsvorsitzender war Schorer an vielen Entscheidungen der Stadt und seiner Ortsteile maßgeblich beteiligt.

Um die Allgemeinheit verdient gemacht

„Sie haben sich in höchstem Maße um die Allgemeinheit verdient gemacht“, so der Vize-Landrat. Er betonte, dass in einer Zeit, in der Verantwortungsbewusstsein und selbstloses Handeln Einzelner zum Wohle der Allgemeinheit keine Selbstverständlichkeit mehr darstellen, herausragende Beispiele eine besondere öffentliche Anerkennung verdienen. □

Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Wenn es mit dieser Hitze so weiter geht, berufe ich die nächste Ratssitzung im Biergarten unter den großen Kastanien ein.“ Mein Chef, der Bürgermeister, wusste mal wieder nicht, wie er sich bei der drückenden Schwüle im Dienstzimmer einirnigen Kühlung verschaffen sollte.

Ich weiß nicht, wie Sie, liebe Leserinnen und Leser, die letzten schwülheißen Tage verbracht haben. Nachdem das Wetter pünktlich zum Beginn der Fußballweltmeisterschaft Übergangslos von „arktisch“ auf „subtropisch“ umschaltete, hatte der Körper ja gar keine Zeit, sich auf den Sommer so richtig einzustellen. Im Rathaus jedenfalls hätte man einen Film nach einer Romanvorlage von Joseph Conrad oder Rudyard Kipling drehen und jeder einzelne von uns hätte überzeugend einen schwitzenden Kolonialbeamten spielen können.

Bruno der Bär im Zentrum der Aufmerksamkeit

Wenn es eines überzeugenden Beweises bedurft hätte, dass nichts mehr so ist, wie es einmal war, dann hat ihn der Juni geliefert. Temperaturen wie sonst Anfang August und trotz Weltmeisterschaft sowie hektischer Betriebsamkeit im politischen Berlin eine zu Herzen gehende Sommerloch-Tiergeschichte. Bruno der Bär und nicht Steinbrück der Steuerhörer füllte die Seiten der Gazetten und errang fast mehr Aufmerksamkeit als Poldi, Schweini und Klinsi oder wie die Recken des neuen deutschen Selbstbewusstseins so putzig heißen.

Zwar meinten kundige Zeitgenossen, der Bär mit dem englischen Decknamen „JJ one“ hätte Migrationshintergrund, weil er slowenische Eltern und ein italienisches Zuhause habe. Ich sage aber: Er war ein echter Bayer. Gemütlich und stattlich anzusehen, ausdauernd und trittfest in unwegsamem Gelände, schneidig und ohne Respekt vor der Obrigkeit. In einem Land, in dem seit hundert Jahren das Jennerwein-Lied ein Evergreen ist und in dem ein Franz-Xaver Krenkl wegen seiner Unbotmäßigkeit dem König gegenüber (wer ko', der ko') Kultstatus genießt, muss ein Bär Respekt finden, der sich sei-

ner Häscher nicht achtend vor einer Polizeistation schlafen legt, auf amerikanische Fallen nicht reinfällt und seine finnischen Verfolger im Hochgebirge schlicht versägt. Ein starker Anarch also, der erst von bayerischen Waidmännern zur Strecke gebracht wurde, was das Ansehen der Jäger weder in Öko-Teestuben noch Kinderzimmern gehoben hat - obwohl eigentlich jeder wissen sollte, welch wichtige Rolle die Jäger für das ökologische Gleichgewicht in unseren Wäldern haben.

Bei all der Bruno-Mania hatten die besonnenen Stimmen fast keine Chance, die die Frage stellten, ob wir überhaupt bereit wären, unseren zivilisationsgeprägten Lebensraum mit einem Tier zu teilen, das frei seinen Instinkten folgt und über beträchtlich mehr Kraft verfügt als der Mensch. Denn so innovativ die Wortschöpfungen vom Normalbären über den Problembären hin zum Schadbären waren - es liegt nun mal in der Natur eines Bären, Bienenvölker auszuplündern und in ungeschützt weidenden Schafherden ein Selbstbedienungsrestaurant ohne Kassenschalter zu sehen.

Mein Chef, der Bürgermeister, war jedenfalls heilfroh, in der heiklen Sache Bruno keine Entscheidungen fällen zu müssen. Über unser gebrochenes Verhältnis zur Natur nachzudenken, lohnt sich seiner Meinung nach aber allemal. Denn anders lässt es sich nicht nennen, wenn die halbe Nation glaubt, ein kraftstrotzendes Wildtier könne ohne weiteres hier leben, ohne dass auch wir unser Verhalten an die Tatsache seiner Existenz anpassen müssen. Vielleicht ist es doch keine Ironie, dass der ausgestopfte Bruno in das Museum „Mensch und Natur“ soll, sondern dort könnte der richtige Ort sein, über dieses Spannungsverhältnis nachzudenken. Einstweilen lege ich dem Bürgermeister das heutige Kalenderblatt hin. Den Satz von Winston Churchill können sich wechselseitig die Bärenfreunde und die Bärenskeptiker vorhalten: „Uns Menschen ist es zwar gelungen, das Raubtier in uns auszuschalten, nicht jedoch den Esel.“

The Sabriul

Japaner auf Erfolgskurs in der Wirtschaftsregion Passau

Auf der Suche nach lukrativen Investments entdecken asiatische Unternehmen auch Wirtschaftsregionen außerhalb von Ballungsräumen für sich. Entscheidend sind Standortfaktoren wie qualifizierte Arbeitskräfte, eine moderne Universitäts- und Hochschullandschaft, attraktives Preis-Leistungsverhältnis, sowie natürlich die Verfügbarkeit hochleistungsfähiger Telekommunikationsstrukturen.

Die japanische SUMIDA Unternehmensgruppe mit Sitz in Tokio hat mit der 78-prozentigen Beteiligung an der börsennotierten VOGT electronic AG die Wirtschaftsregion Passau für sich entdeckt. Mit dem Einstieg des japanischen Konzerns nach einer stringenten Restrukturierung des VOGT Konzerns gelang den Vorständen Dr. Jürgen Sturhahn und Larissa Vogel Ende 2005 die Kehrtwende.

Das renommierte Unternehmen schreibt unter bayerischer japanischer Flagge wieder schwarze Zahlen. „Wir haben von unseren japanischen Partnern den Auftrag, am Standort Oberzell zu wachsen“, erklärt Vorstand Jürgen Sturhahn dem Passauer Landrat und fügt hinzu: „Abhängig von der zukünftigen Entwicklung werden weitere Investitionen bzw. Ansiedlungen erwartet.“

„Wenn ein asiatischer, weltweit agierender Marktführer im High-Tech-Bereich in der Wirtschaftsregion Passau investiert, so hat dies durchaus überregionale Signalwirkung und spricht für unseren Standort“, freut sich Landrat Hanns Dorfner, der sich von den Vorstandsmitgliedern Dr. Sturhahn und Larissa Vogel die aktuelle Lage des Konzerns seit Beteiligung der Japaner erläutern ließ. Natürlich ist der bedeutende, innovative VOGT Konzern in

Obernzell der Anlass des Investments der Japaner, aber die attraktiven Standortfaktoren könnten dazu beitragen, dass weitere asiatische Unternehmen aus dem High-Tech-Sektor die Wirtschaftsregion Passau ebenfalls für sich entdecken.

Die strategische Lage der Region Passau inmitten des Dreiländerecks Bayern - Tschechien - Österreich bietet eine hervorragende Nähe zu den Märkten in Ost- und Südosteuropa. Der Flughafen in München ist von Passau aus staufrei in ca. 60 Minuten erreichbar. Ebenso spricht das hervorragende Preis-Leistungsver-

hältnis für sich. Gegenüber Ballungsräumen wie München bietet die Wirtschaftsregion Passau einen Kostenvorteil von mehr als 30 Prozent, dies bei einem sehr hohen Freizeitwert, umgeben von Europas größtem Golfresort in Bad Griesbach sowie einer einzigartigen Thermenwelt in Bad Füssing.

Wesentlicher Faktor ist und bleibt die Verfügbarkeit von qualifiziertem Fachpersonal. Nur mit Qualifikation und hohem Automatisierungsgrad könnten die niedrigen Lohnkosten im Ausland kompensiert werden. Als einen bedeutenden Standortvorteil benennt Sturhahn die sehr geringe Fluktuationsrate. Die heimischen Arbeitskräfte der Region Passau zeichnen sich durch langjährige Betriebstreue und hohe Produktivität aus. □

Italienischer Verdienstorden für Regierungspräsident Angerer

Der Italienische Konsul in Nürnberg, Dr. Massimo Darchini, verlieh im Hotel Maritim Nürnberg im Auftrag des Italienischen Präsidenten den Verdienstorden „Commendatore della Repubblica Italiana“ an Hans Angerer, Regierungspräsident von Oberfranken. Angerer, 1941 in Berchtesgaden geboren, hatte u. a. ab 1979 im Bayerischen Staatsministerium des Innern fast zwei Jahrzehnte lang verantwortungsvolle Spitzenfunktionen als Mitarbeiter im Ministerbüro, als persönlicher Referent des Amtschefs, als Haushaltsreferent und zuletzt als Leiter der Kommunalabteilung wahrgenommen. Seit 1998 ist er als Regierungspräsident höchster Repräsentant des Freistaates Bayern im Regierungsbezirk Oberfranken. Mit Ablauf des Jahres 2006 wird der Geehrte nach weit über drei Jahrzehnten aktiven Dienstes für den Freistaat Bayern in den Ruhestand treten. □

Manfred Thümmeler zum 60. Geburtstag:

Untrügliches Gespür für das Machbare

Manfred Thümmeler, langjähriger erster Bürgermeister der Stadt Pegnitz, stellvertretender Landrat des Landkreises Bayreuth sowie Bezirksvorsitzender der KPV Oberfranken, feierte am 2. Juli seinen 60. Geburtstag. Das tatkräftige Mitglied des Hauptausschusses der Landes-KPV Bayern begann bereits 1978 mit der Wahl in den Pegnitzer Stadtrat, sich in besonderem Maße für die Belange der Bürger in Pegnitz und allen Ortsteilen einzusetzen. Dass er sich ob seines herausragenden Engagements innerhalb kürzester Zeit einen ausgezeichneten Ruf erwarb, beweist die Tatsache, dass er nach gerade vier Jahren Stadtratstätigkeit mit 36 Jahren bei zwei Gegenkandidaten zum Stadtoberhaupt gewählt wurde.

Mit seinem Amtsantritt machte es sich Thümmeler zur Aufgabe, die Eigenständigkeit der gewachsenen Ortschaften und Ortsgemeinschaften zu erhalten, gleichzeitig aber die einzelnen früher selbstständigen Gemeinden, die im Zuge der Gemeindegebietsreform nach Pegnitz eingemeindet wurden, in die Stadt zu integrieren und die neue Großgemeinde Pegnitz zu einer echten gemeinschaftlichen Einheit zu formen.

Gemeinschaftliche Einheit

Mit stets ausgewogenen, alle Ortsteile gleichermaßen berücksichtigenden Entscheidungen ist ihm dies rückblickend hervorragend gelungen. So hat sich der Jubilar im Bereich der Wasserversorgung gegen viele Widerstände für einen Ausbau des Zweckverbands zur Wasserversorgung der Jura-Gruppe und damit für eine auf Jahre gesicherte

Versorgung des gesamten Stadtgebiets eingesetzt. Innerhalb weniger Jahre wurden praktisch alle Ortsteile an diese Versorgung angeschlossen. Aktuell stellt die Festlegung der Wasserschutzgebiete Hollfelder Mulde und Veldensteiner Mulde eine neue Herausforderung dar.

Verfechter von PPP

Insbesondere auf dem Gebiet der Abwasserbeseitigung hat sich Thümmeler stets bemüht, durch das Einbinden von Privaten und deren Know-how (PPP-Modelle) Investitionskosten zu reduzieren. So konnten auf diesem Wege die für die Sanierung und Erweiterung der zentralen Abwasseranlage Pegnitz ursprünglich veranschlagten Kosten in Höhe von rund 35 Mio. Euro durch optimierte Planungen auf Grund der Nutzung eben dieses Know-hows der privaten Wirtschaft auf 26,5 Mio. Euro gesenkt werden. Sämtliche Schulgebäude, für die die Stadt bzw. der Schulverband Pegnitz Sachaufwandsträger sind, wurden in der bisherigen Amtszeit von Bürgermeister Thümmeler entweder grundlegend saniert (Hauptschule) oder neu gebaut (Grundschule). Auch den weiter-

führenden und überregionalen Schulen in Pegnitz gilt die uneingeschränkte Unterstützung des Rathausschefs.

Die Stadt Pegnitz war darüber hinaus eine der ersten Kommunen, die bereits 1994, also vor der gesetzlichen Forderung, die 100-prozentige Deckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen sichergestellt hat. Seit 1978 als Schul- und Jugendreferent des Stadtrats und anschließend als Bürgermeister ist Thümmeler das „Soziale Pegnitz“ ein besonderes Anliegen, weshalb er unterschiedlichste Aktivitäten in allen Bereichen des sozialen Miteinanders nachhaltig unterstützt. So bereitet er derzeit die Gründung eines Förder- und/oder Stiftungsvereins „Pegnitz für Kinder“ vor.

Entscheidender „Motor“

Die Stadt Pegnitz ist eine der wenigen kreisangehörigen Gemeinden ihrer Größenordnung (15.000 Einwohner), die Träger eines Krankenhauses waren. Das Stadtkrankenhaus Pegnitz (Versorgungsstufe I, 125 Planbetten) wurde früher als Regiebetrieb geführt. Gerade auf diesem Gebiet hat Thümmeler frühzeitig viel Überzeugungsarbeit geleistet und schließlich 1997 durchgesetzt, das Haus in ein Selbstständiges Kommunalunternehmen - das erste in Bayern - umzuwandeln. Die letzte für den Fortbestand des Krankenhauses eminent wichtige Entscheidung war der Verkauf des Hauses an die Sana Klinik GmbH. Auch hier war Thümmeler

der entscheidende „Motor“, der frühzeitig erkannte, dass das Haus - u. a. aufgrund der vom Bund festgelegten Konvergenzkriterien - unter kommunaler Führung nicht überlebensfähig ist.

Durch unbürokratische Entscheidungen hat der Jubilar auch den Arbeitsmarkt nachhaltig positiv beeinflusst. Zudem wurden mit der Überarbeitung des Flächennutzungsplans für das gesamte Stadtgebiet (rund 100 km²) und der Aufstellung von Bebauungsplänen für viele Einheimische Baumöglichkeiten am Ort geschaffen.

„AK Unser Pegnitz“

In der bisherigen Amtszeit von Bürgermeister Thümmeler wurden in die Bereiche Stadtanierung und Dorferneuerung rund 30 Mio. Euro investiert. Das Stadtoberhaupt legte dabei größten Wert darauf, dass die einzelnen Maßnahmen nicht nur der Sicherung erhaltenswürdiger Gebäude und Ensembles, sondern auch und gerade der Stärkung örtlicher Gemeinschaften dienen. Auf seine engagierte Initiative hin wurde der „Arbeitskreis Unser Pegnitz“ gegründet, in dem viele Einzelhändler, Gewerbetreibende und Selbstständige der Innenstadt zusammengeschlossen sind.

Völlig neue Wege hat der eingeleitete Kommunalpolitiker auf dem Gebiet der interkommunalen Zusammenarbeit beschritten. Mit seinem unnachahmlichen Gespür für Entwicklungen

und Tendenzen hat er eine Arbeitsgemeinschaft mit weiteren Gemeinden initiiert, die sich aktuell am 7. Juni zur „AG Wirtschaftsband A 9-Fränkische Schweiz“ zusammengeschlossen hat. Großen Wert legt Thümmeler auf die Förderung der Jugend und des Sports. Auf seine Initiative ist es zurückzuführen, dass der Stadtrat bereits 1984 den so genannten Null-Tarif für Sportstätten eingeführt hat: Sämtliche Sportvereine mit Sitz in Pegnitz können Sportstätten für den Bereich der Schüler und Jugend größtenteils unentgeltlich nutzen, die anfallenden Mieten werden von der Stadt Pegnitz übernommen.

Kämpfer für das Ehrenamt

Die „Volkshochschule Pegnitz e. V.“ hat der Jubilar von bescheidenen Anfängen zu einer modernen Einrichtung der Volksbildung weiter entwickelt. Das heutige Angebot wird überregional angenommen. Die Teilnehmerzahlen haben sich von wenigen hundert auf über 4.000 gesteigert. Als Vorsitzender des „Vereins Hilfe für das behinderte Kind e. V.“ setzt er sich intensiv für die Förderung lern- und körperbehinderter Kinder und Jugendlicher ein. Der Verein ist Träger von drei Förderschulen in Pegnitz, Weidenberg und Bayreuth.

Manfred Thümmeler ist ein Verfechter des Ehrenamtes. Auch hier geht er mit gutem Beispiel voran und bekleidet in zahlreichen Vereinen verantwortliche Positionen. **DK**

Vorschau auf GZ 14

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 14, die am 20. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- Kommunale Baupolitik
- Winterdienstplanung • Kommunalfahrzeuge
- Fachliteratur

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Außen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 • 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 • Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER
Wartehallen
Ein Geschäftsbereich der HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen
Telefon: +49(0)4431/935549 · Telefax: +49(0)4431/935588
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

ORION
• transparente Überdachungssysteme
• Fahrradparksysteme
• Stadtmöblierung
Wahlstraße 10 · 91052 Bamberg
Tel. 09151 8030-0 Fax 09151 8030-1
www.orion-bausysteme.de

Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH
Ludwigstraße 10 · 91052 Bamberg
Tel. 09151 8030-0 Fax 09151 8030-1
www.funeralia.de

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienste - U
Kommunaltechnik GmbH
D 71364 Winnenden
Tel. 07195 69 05 00 • Fax 07195 69 05 77
E-Mail info@schmidt-sport.de • www.schmidt-sport.de
Entdecke die Welt des Spielens!

Kindergarteneinrichtungen

élbe Produktion • Vertrieb GmbH & Co
Industriestr. 1 • D-91285 Möttingen
Tel. 0915 381 39 0 • Fax 0915 381 39 99
E-Mail info@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Masten

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Papierkörbe

der Umwelt zuliebe
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen
Telefon: +49(0)4431/935549 · Telefax: +49(0)4431/935588
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

élbe Produktion • Vertrieb GmbH & Co
Industriestr. 1 • D-91285 Möttingen
Tel. 0915 381 39 0 • Fax 0915 381 39 99
E-Mail info@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05 00 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 Kürnnersbruck/Amberg
Tel.: +49(0)9621/7685-0 · Fax +49(0)9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de · www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
www.orion-bausysteme.de

Wassermähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

dekoration + werbung
vertragshandel für **Felitto Star**
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
postfach 1141
90519 oberasbach
ruf nürnberg 0911/693965
telefax 0911/695963
email: deko-jochum@online.de
internet: www.deko-jochum.de

Winterdienst • Schneeräumgeräte • Streumaschinen

SCHMIDT
SCHMIDT Winterdienste - U
Kommunaltechnik GmbH
D 71364 Winnenden
Tel. 07195 69 05 00 • Fax 07195 69 05 77
E-Mail info@schmidt-sport.de • www.schmidt-sport.de
Entdecke die Welt des Spielens!

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de